Antifaschistisches Infoblatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 98 | Frühjahr 2013 | 3,50 EUR | Ausland 4,50 EUR

Ökofaschismus und Esoterik



Inhalt

AIB 98 1 · 2013

Rubriken

3 Editorial

4 Kurzmeldungen

56 Rezensionen

Titel

6 Nicht nur Spinnerei
Über die politischen Dimensionen der Esoterik

10 Ökofaschismus und Esoterik

14 Mit Rohkost zum Reich
Das »Königreich Deutschland«

16 »Die Mondverschwörung«

NS-Szene

18 Die Achse Chemnitz – Ludwigsburg
B&H-Aktivitäten und NSU-Unterstützung

22 »Die Rechte« in NRW

24 Das »Hilfskomitee Südliches Afrika«

26 Neonazis, Makerspaces, Nerds

Braunzone

28 Neue zentrale Punkte des Rechtskonservatismus

Antifa

30 Den Überblick behalten
Das Projekt »Rechtes Land«

Gesellschaft

32 Tödlich unpolitisch
Zur Erfassung von Todesopfern rechter Gewalt

34 Faschismus, eine »charismatische Herrschaft«?

Rassismus

38 Verleugnende Verdrängung
Rassismus in der DDR und die Folgen bis heute

40 Sarazenengeflüster

Geschichte

42 Umkämpfte Erinnerung

46 Der Brandanschlag in Solingen

Repression

50 Stellvertreterprozess
Beobachtungen aus Dresden

International

52 Objekt 21 | Österreich

54 Europas Rechte ein Jahr vor der Europawahl 2014 | Europa







Foto: Jakob Hürner

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin
mail@antifainfoblatt.de
www.antifainfoblatt.de
facebook.com/AntifaschistischesInfoblatt
twitter.com/AntifaInfoBlatt
www.antifainfoblatt.de/pgp
PGP-Fingerprint:
9A93 A6CE EBBE 6DB5 D1CB 21C4 C5E4 FDA9 E521 4388

Editorial

Liebe Antifas, Freund_innen und Genoss_innen, liebe Leser_innen,

In dieser Ausgabe widmen wir uns dem großen Bereich der Esoterik. Dort werden jährlich viele Milliarden Euro umgesetzt – Zahlen, welche den Umsatz des klassischen Neonazibusiness weit in den Schatten stellen und erklärlich machen, warum so viele Verlage, Autor_innen und obskure Gruppierungen in dieser Szene mitmischen wollen.

Zum Schwerpunkt gehören einführende Überblicksartikel über die historischen Ursprünge und heutigen politischen Dimensionen der Esoterik und deren Querverbindungen zur extremen Rechten. Ein Interview mit Thomas Frickel, Regisseur des Dokumentarfilms »Die Mondverschwörung«, schließt das Thema ab.

Fast eineinhalb Jahre nach dem Auffliegen des rechts-terroristischen »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) und etwa 13 Jahre nach dem Verbot des neonazistischen Musiknetzwerkes Blood&Honour (B&H) in Deutschland, müssen wir uns nach wie vor mit dem Wirken dieser Organisation beschäftigen. Trotz Verbot bestanden die alten B&H-Strukturen und Freundschaften weiter und formten ein Netzwerk der gegenseitigen Unterstützung und des Hasses. In dem Artikel über die »Achse Chemnitz – Ludwigsburg« beschreiben wir die Verbindung von B&H-Aktivitäten und NSU-Unterstützung in Ost- und Westdeutschland und zeigen dass der NSU eben keine isoliert agierende Neonazizelle, sondern tief in der neonazistischen Szene verwurzelt war.

Im Ressort International werfen wir einen Blick über die Grenze auf die österreichische Neonaziorganisation Objekt 21, die tief in das kriminelle Milieu des südlichen Nachbarlandes verstrickt war.

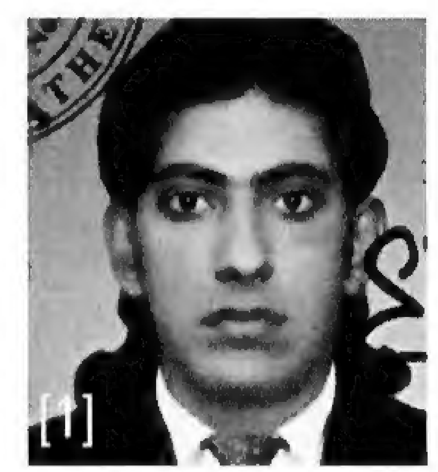
Rassismus tötet in Griechenland. Am 17. Januar 2013 wurde im Athener Stadtteil Petralona der 26-jährige Pakistaner Shehzad Luqman ermordet. Nachdem seine beiden Angreifer zugestochen hatten, konnten sie zunächst flüchten, aber aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung von der Polizei ermittelt werden. Obwohl bei den Tätern Propagandamaterial der neonazistischen Partei Chrysi Avgi gefunden wurde, behaupteten Polizei und Medien zunächst, Verkehrsstreitigkeiten seien das Motiv für die Tat gewesen. In der Nacht auf den 2. Februar 2013 führte die griechische Polizei eine Razzia gegen Straßenverkäufer_innen im Zentrum von Athen durch. Bedrängt stürzte der 37-jährige Chiekh Babakar Ndiaye aus dem Senegal in der Metrostation Thiseio aus einer Höhe von sieben Metern in die Tiefe und starb.

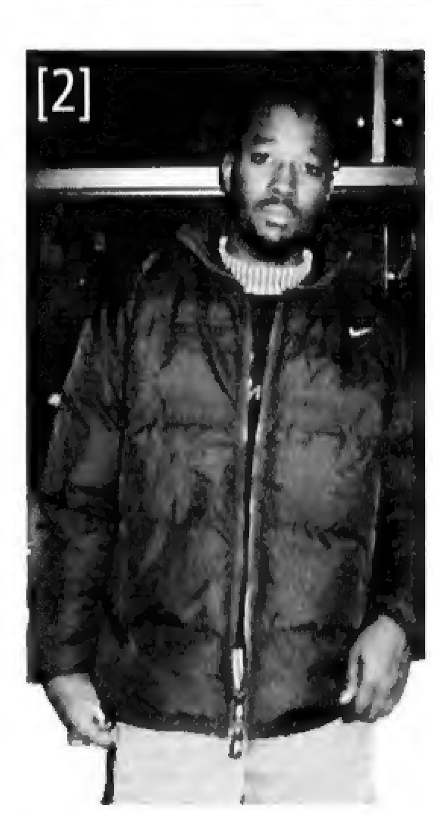
Stolz sind wir darauf, Euch unsere neu gestaltete Website präsentieren zu können. Wir denken, dass sie den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht wird. Unter www.antifainfoblatt.de könnt ihr Euch selbst ein Bild davon machen. Um unsere Recherchen, Einschätzungen und Analysen für Euch noch besser nutzbar zu machen, haben wir die Möglichkeit geschaffen, unser Online-Archiv ab der Ausgabe Nr. 50 kostenlos zu nutzen.

Für die Zukunft werden wir eine »Moving Wall« einrichten. Das heißt: Wer die aktuellen Artikel des AIB möglichst aktuell und zeitnah lesen möchte, kauft weiterhin die Printausgabe. Zeitversetzt werden wir aber nach und nach alle Artikel über unsere Website veröffentlichen.

Dazu ein Hinweis in eigener Sache: Unsere umfangreiche, kostenintensive und zeitaufwendige Arbeit wird seit 1987 und auch zukünftig rein ehrenamtlich geleistet. Auch wenn wir im Sinne einer breiten, unkommerziellen antifaschistischen Öffentlichkeit ein kostenloses Online-Archiv anbieten, stellen Abonnements unsere finanzielle Basis dar. Ein solches Abo könnt Ihr direkt über unsere Homepage abschließen. Und spenden könnt ihr dort auch. Wir hoffen, dass unser Open-Access-Angebot nicht zu einem Rückgang unserer Auflage und damit zu einem finanziellen Einbruch führt. Weil sich diese Sache mit dem »Internet« aber nunmehr durchgesetzt zu haben scheint, sind wir bereit, das Risiko einzugehen und schauen gespannt auf den weiteren Verlauf.

Nach unserer sehr netten Winter-Party (ein Dank an alle, die da waren und uns unterstützt haben!) freuen wir uns jetzt schon auf die Feierlichkeit zur hundertsten Ausgabe des AIB am 4. Oktober 2013 im legendären SO36 in Berlin. Ihr seid herzlich eingeladen! ■





[1] Shehzad Luqman
[2] Chiekh Babakar Ndiaye

Wir verwenden in unseren Texten oft die Schreibweise »_innen«.
Dazu: www.antifainfoblat.de/gap

Keine Neonazidemonstration in Dresden

Bereits auf dem Weg zum Startpunkt gescheitert. So lautet das Fazit für den Fackelmarsch am 13. Februar 2013 in Dresden, zu dem das »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« (AgV) mobilisiert hatte. Die etwas mehr als 800 Neonazis setzten aufgrund antifaschistischer Proteste und Blockaden keinen Schritt auf die angemeldete Route. Die Neonazimobilisierung anlässlich des 13. Februar erlebt damit einen neuen Tiefpunkt, ein adäquater Ersatz ist nicht in Sicht. Bereits im vergangenen Jahr konnten die Neonazis ihren Fackelmarsch nur auf einer Mini-Route durchführen, was noch vor Ort zu Auseinandersetzungen zwischen Organisatoren und angereisten Teilnehmenden aus Mecklenburg-Vorpommern geführt hatte. Schon die Mobilisierung verzeichnete in diesem Jahr erhebliche Rückschläge. Nicht einmal 1.000 Teilnehmende konnten vom AgV zur Fahrt nach Dresden überzeugt werden, womit die Neonazis auf das Niveau des Jahres 2001 zurückgefallen sind. Diejenigen, die dennoch anreisten, kamen zum großen Teil aus Sachsen und den östlichen Bundesländern. Die bundesweite Mobilisierung ist damit nahezu komplett weggebrochen. Die nächsten zwei Jahre könnten für mehr Klarheit über die Zukunft der Demonstration sorgen: zum einen wird 2014 in Sachsen der Landtag neu gewählt und die NPD kämpft erneut um den Wiedereinzug. Zum anderen jährt sich 2015 die Bombardierung Dresdens zum 70. Mal. Beide Aspekte sprechen dafür, dass die Neonazis nochmals Anstrengungen unternehmen werden, am 13. Februar einen »Trauermarsch« durchzuführen. Dass sie jedoch eine geeignete Strategie finden, diesen durchzusetzen, ist nicht abzusehen. Tönte das AgV in den Vorjahren noch, dass die Junge Landsmannschaft Ostdeutschland unfähig wäre, einen »würdigen Aufmarsch« zu organisieren, beweist es nun schon seit zwei Jahren, dass die eigene Unfähigkeit nicht geringer ist. Eine Option für die Neonaziszene, die Niederlage in Dresden zu kompensieren, wäre der Export des »Trauermarschs«. Seit 2011 werden dafür drei Varianten in der Neonaziszene debattiert und versucht: 1.) Es erfolgt eine Dezentralisierung der Aktionen zum 13. Februar, wie es das AgV seit 2007 mit seiner Aktionswoche propagiert. 2.) Die Neonazis entdecken die Bombardierung ihrer jeweiligen Heimatstadt. 3.) Es gelingt eine zentrale bundesweite Ersatzdemonstration für Dresden zu etablieren. Die einzige Möglichkeit, die derzeit dafür in Frage käme, ist Magdeburg. Mit stabilen Mobilisierungszahlen von etwa 1.000 Teilnehmenden ist sie seit Jahren etabliert. Die Zusammenarbeit mit Dresden wurde Schritt für Schritt intensiviert. Dennoch: Magdeburg wird Dresden, allen Anstrengungen zum Trotz, nicht ersetzen können. Das liegt sowohl am besonderen Mythos um Dresden, der sich in Reichweite, Hartnäckigkeit und kultureller Verankerung wohl nur zu dieser Stadt finden lässt. Zum anderen ist es dem kontinuierlichen Engagement von Dresden Nazifrei zu verdanken, dass den Neonazis die Gewissheit genommen wurde, mit mehreren tausend Teilnehmenden Demonstrationen durchsetzen zu können. Denn diese sind auch in einer solchen Größen blockierbar. ■

Urteile in Sachsen und Berlin

Am 26. Mai 2011 starb der wohnungslose André K. in Oschatz nahe Leipzig, nachdem ihn sechs junge Männer über mehrere Stunden brutal gequält und misshandelt hatten. Nach einem einjährigen Prozess verkündete das Leipziger Landgericht am 25. Januar 2013 das Urteil gegen die geständigen Täter. Die beiden Haupttäter, der Neonazi Ronny Schleider und Sebastian Bach wurden zu 13 bzw. 10 Jahren Haft verurteilt, drei angeklagte Jugendliche zu Jugendstrafen von drei bzw. zwei Jahren und neun Monaten sowie eine weitere Person wegen unterlassener Hilfeleistung zu zehn Monaten auf Bewährung. Die Strafen scheinen zwar hoch, das Gericht verurteilte jedoch wegen gemeinschaftlichen Totschlags und nicht, wie es die Nebenklage und antifaschistische Initiativen für die beiden Haupttäter gefordert hatten, wegen Mordes aus niedrigen Beweggründen. Die dafür erforderliche Prüfung einer sozialdarwinistischen Tatmotivation lehnte die zuständige Kammer trotz einschlägiger Informationen ab. Sowohl Tathergang als auch die extrem rechte Einstellung von mindestens zwei Tätern deuten darauf hin, dass André K. sterben musste, weil er wohnungslos war und den Tätern als minderwertig galt.
Mit einem rassistischen Motiv zog der Berliner Stephan Henkel am 9. Oktober 2011 zu einer Pizzeria in Oberschöneweide und stach einen Angestellten, laut Anklage »aus tiefer Abneigung gegen Mitbürger nichtdeutscher Herkunft«, nieder. Nur durch eine Not-OP überlebte er die Attacke. Als sich Henkel am 2. Februar 2012 in Haft befand, folgte ein weiterer brutaler Angriff: Einen vietnamesischen Mithäftling stach er in der Justizvollzugsanstalt Plötzensee nieder, als dieser nichtsahnend auf seinem Bett saß. Auch hier das Motiv Rassismus, auch hier entging der Betroffene nur knapp dem Tod. Seit Ende letzten Jahres musste sich Henkel vor dem Berliner Landgericht für die zwei Mordversuche verantworten und wurde im Februar 2013 freigesprochen, da er wegen einer schweren psychischen Erkrankung zum Tatzeitpunkt »schuldunfähig« gewesen sei. Da allerdings unstrittig war, dass Henkel, der seine Wohnung mit Hakenkreuzen bemalt hatte und Hitler-DVDs sammelte, die Taten auch begangen hat, ordnete das Gericht die Unterbringung in eine psychiatrische Anstalt an. Stephan Henkel sei »gefährlich« und wird solange dort untergebracht bis Gutachter ihm Besserung attestieren. Falls dies nicht passiert, kann die Unterbringung auch lebenslänglich sein. ■

»Thor Steinar«: Konfliktpotential als gerichtsbekannte Tatsache

Die juristischen Auseinandersetzungen um die Ladengeschäfte des in der rechten Szene beliebten Modelabels »Thor Steinar« haben Präzedenzcharakter. In Berlin wurde im Oktober 2012 der Räumungsklage gegen einen »Thor Steinar«-Laden im Stadtteil Friedrichshain von der Zivilkammer des Landgerichts stattgegeben, weil der Laden sich von »Tromsø« (norwegische Stadt) in »Thor Steinar« umbenannt hatte. Die »Verwendung von skandinavischen Orts- und Vornamen« war dem Mieter, der Skytec Outlet GmbH (Sitz in Mittenwalde), in einem gerichtlichen Vergleich mit dem Friedrichshainer Vermieter vor dem Berliner Kammergericht (12 U 5/11) im September 2011 untersagt worden.



Vorangegangen war eine erste Räumungsklage im Dezember 2010 wegen »arglistiger Täuschung«. Nach Ansicht des Bundesgerichtshofs vom August 2010 (XII ZR 192/08 und XII ZR 123/09) obliegt dem Mieter vor Abschluss des Mietvertrages eine Aufklärungspflicht gegenüber dem Vermieter darüber, dass die von ihm zum Verkauf angebotene Kleidung mit der extrem rechten Szene in Verbindung gebracht wird. Dabei ist es unerheblich ob die Marke tatsächlich Teil der Szene ist oder einfach nur dahingehend Konfliktpotential birgt. Verletzt der Mieter diese Aufklärungspflicht, kann der Vermieter den Mietvertrag anfechten.

Im Falle des Friedrichshainer Ladens war die »arglistige Täuschung« strittig, weil der Verkauf von »Thor Steinar« explizit im Mietvertrag genannt wurde. Das Landgericht gab der Räumungsklage damals aber dennoch statt (32 O 680/09), weil der Umfang des Konflikts um »Thor Steinar« dem Vermieter nicht bewusst war. Vor dem Kammergericht kam es dann zum obenstehenden Vergleich der u.a. beinhaltete, dass der 2009 eröffnete Laden bis Januar 2015 in Friedrichshain bleiben dürfe. Der Vermieter brachte damals außerdem vor, dass sich sogar der norwegische Botschafter wegen der Verwendung von Staatswappen und Städtenamen bei der Bundesregierung beschwert hätte und es dem Vermieter nicht zumutbar sei, neben den andauernden Beschädigungen am Haus durch Dritte, auch noch in diplomatische Verwicklungen gezogen zu werden. Der Rechtsanwalt von Skytec, Roman Petereins (Königs-Wusterhausen bei Berlin) bot in der Güteverhandlung 2011 eine Umbenennung in »Braunau« (Geburtsstadt von Adolf Hitler) an. Der Vermieter entgegnete damals, dass er sich gegen alle Namen wehren werde, die geeignet sind, die Öffentlichkeit zu provozieren.

Das Landgericht sieht nun in der Verwendung des Namens »Thor Steinar« oder auch in der Verkürzung »Steinar« als großes Ladenschild eine solche Provokation, die durch den Vergleich von 2011 vermieden werden sollte. Dabei ist es unerheblich, dass »Thor Steinar« eine eingetragene Marke ist – sie provoziert öffentliche Reaktionen, die »angesichts der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte couragierte und heftige Gegenwehr« hervorrufe. Obwohl Skytec dafür nicht die Verantwortung trage, ist es dennoch Tatsache und müsse auch in der Rechtsprechung berücksichtigt werden.

Der Bruch der Vereinbarung durch Skytec in Sachen Namenswahl ist nicht nur Auslegungssache, sondern auch im Sinne der allgemeinen Rücksichtsnahmepflichten der Vertragspartner (§§ 241 II, 242 BGB) geboten. Anstatt einen neutralen Namen zu montieren, soll er zahlreiche Sachbeschädigungen am Gebäude provoziert haben – die auch 2012 durch die »Konflikt beladene Situation« von Dritten verübt wurden.

Skytec hat gegen die Entscheidung des Landgerichts Berufung eingelegt. Denn nach der Demontage des Schildes »Thor Steinar« im Dezember 2012 kam es trotzdem zu Farbattacken – der Name allein könne also nicht ursächlich für die Beschädigungen sein. Nun muss wieder das Kammergericht ran: Für Herbst 2013 wird mit einer Verhandlung gerechnet. Derweil geht der Protest gegen den Friedrichshainer Laden ins fünfte Jahr. Egal wie es ausgeht, kann konstatiert werden, dass die Hartnäckigkeit antifaschistischer Proteste als gerichtsbekannte Tatsachen interessante juristische Möglichkeiten eröffnet.

Die Brandenburger Marke Thor Steinar wird von den Firmen Mediatex, Skytec Outlets und Protex hergestellt und vertrieben und hat laut Mitteilung des »Blick Nach Rechts« einen Jahresumsatz von knapp 8,2 Mio Euro (2010), der u.a. durch 12 Ladengeschäfte erwirtschaftet wird. Der Wechsel der Geschäftsführer der Stammfirma Mediatex 2008 (Mohammed M. Aweida aus Dubai) und 2010 (Marco Wäspe aus der Schweiz) sowie die Wechsel der Gesellschafter 2009 (Zarooni, Dubai) und 2010 (Fashion Brands Trading-AG, Schweiz) haben wenig an der Ausrichtung der Marke geändert. Die Markenrechte liegen übrigens immer noch beim »Thor Steinar«-Gründer Axel Kopelke, der schon 2007 in die Schweiz ausgewandert sein soll. ■

Nicht nur Spinnerei

Über die politischen Dimensionen der Esoterik

Esoterik kann man durchaus bequem als Spinnerei abtun und sich zum Zeitvertreib Filme wie »Die Mondverschwörung« oder »Iron Sky« ansehen. Sich als Antifaschist_innen aber ernsthaft mit dem Thema auseinanderzusetzen, heißt nicht nur, nach den Neonazis in der Esoszene zu suchen, auch wenn es derer mehr als genug gibt. Es gilt, ein Jahrzehnte altes Phänomen zu analysieren, das, je näher man es betrachtet, mehr und mehr Raum einzunehmen und immer schwerer zu fassen scheint.

Eike Sanders (apabiz)

Zur Relevanz des seit Jahrzehnten expandierenden Esoterikmarktes seien ein paar Zahlen genannt: 10,6 Prozent des Umsatzes von Sachbüchern entfiel 2011 in Deutschland auf die Warengruppe »Psychologie, Esoterik, Spiritualität, Anthroposophie«[1]. Schätzungen gehen davon aus, dass im gesamten Bereich der Esoterik 18–25 Milliarden Euro Umsatz jährlich gemacht werden, inklusive der zahlreichen Seminare, Behandlungen etc[2]. In Berlin erreichen die beiden sich über Anzeigen finanzierenden Zeitschriften »SEIN« und »KGS – körper geist seele« Auflagen von monatlich 20.000 bzw. 18.000 Exemplaren. Sie sind nicht nur in einschlägigen Praxen und Läden umsonst zu haben, sondern liegen in fast jedem Bioladen rum. Doch wovon reden wir bei Esoterik? Vom Yoga-Hype? Von Horoskopen und Feng Shui? Von Sekten und Heiden? Von UFOs und Neuschwabenland? Von Verschwörungstheorien und Reichsbürgern? Eine eindeutige Definition gibt es nicht.

Laut einer Shellstudie aus dem Jahr 2006 glauben 46 Prozent der Befragten, dass Schicksal und Vorherbestimmung ihr Leben beeinflussen, 23,8 Prozent glauben an den Einfluss von Engeln und guten Geistern – an Satan und böse Geister glauben allerdings nur 8,8 Prozent[3]. Rund 77 Prozent der Deutschen lesen regelmäßig oder zumindest manchmal ihr Horoskop in der Zeitung[4]. An die Existenz von UFOs glauben 13 Prozent. Bei der Gründung des sich spirituell gebenden »Königreich Deutschland« waren immerhin rund 450 Menschen anwesend, wie die SEIN berichtete[5].

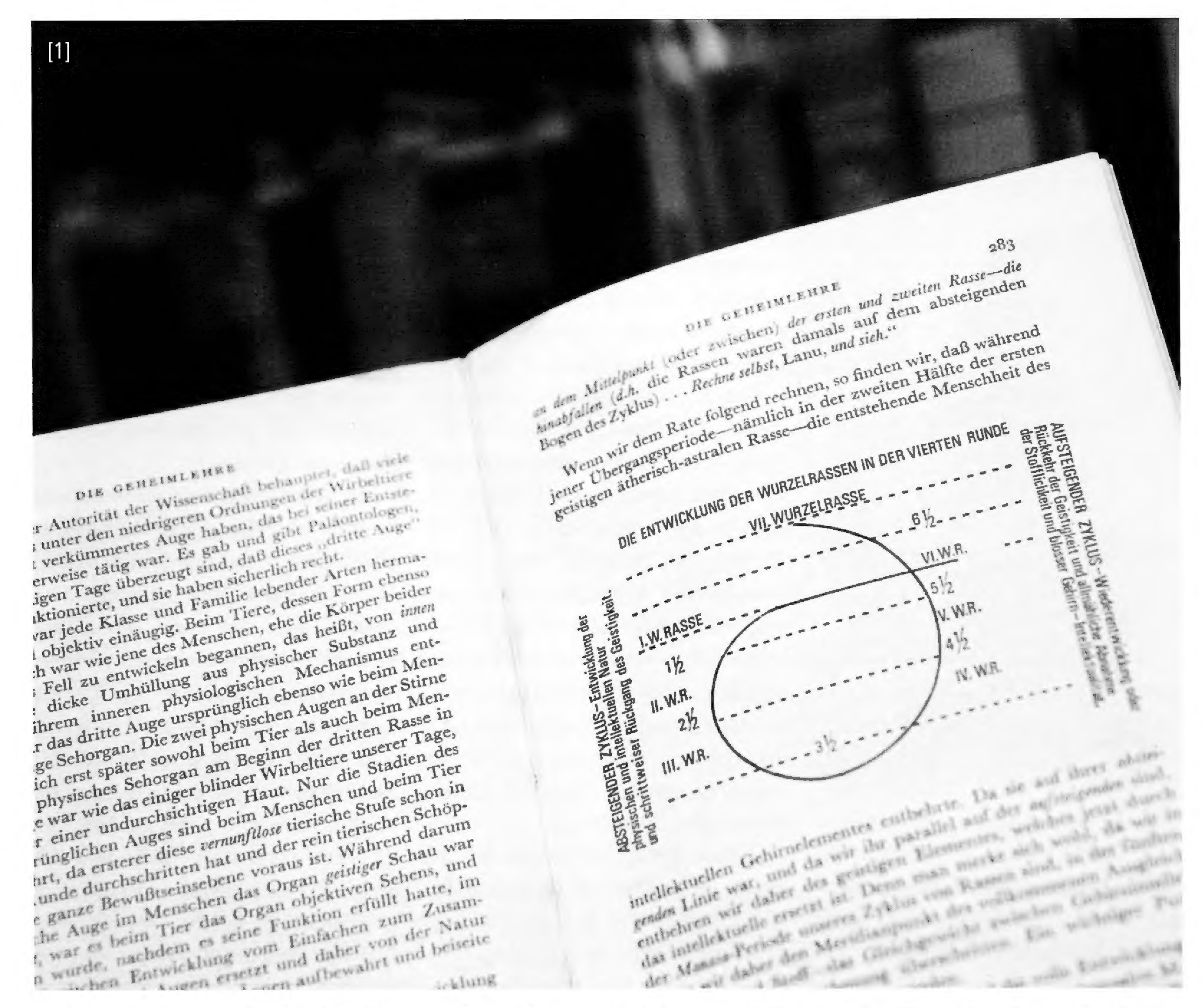
All diese Leute glauben also an etwas, von dem wir nichts wissen, weil es nicht rational und wissenschaftlich nachvollziehbar ist. Allerdings glauben auch 58 Prozent »an Gott«[6] – ein guter Grund, sich der Esoterik nicht nur kapitalismuskritisch und antifaschistisch, sondern auch religionskritisch zu nähern.

Esoterik vor dem NS – zwischen Elitarismus und Massenphänomen

Etymologisch hergeleitet bedeutet »esoterikós« [griechisch] nach innen gerichtet oder dem inneren Bereich zugehörig und »okkult« [latein] verborgen, verdeckt, geheim. Tatsächlich bezeichnete Esoterik schon relativ früh geheimes Wissen, das in elitären Zirkeln verbreitet wird. Paradox scheint, dass Esoterik heute ein Massenphänomen und alles andere als elitär und geheim ist. Jedoch positionierte sich die Esoterik schon immer gegen den herrschenden Zeitgeist, den Materialismus und die Entzauberung der Welt durch die Naturwissenschaften. Auch heute verstehen sich Esoteriker_innen als »alternativ«, als »neue Menschen« und als »Liebe-voll« im Gegensatz zum egoistischen besitzorientierten Menschen im Kapitalismus.

Ihren Ausgangspunkt als Massenphänomen nahm die Esoterik 1888, als Helena Petrowna Blavatsky, die Gründerin der Theosophischen Gesellschaft, ihr Buch »Die Geheimlehre«

[1]



[1] Ihren Ausgangspunkt als Massenphänomen nahm die Esoterik 1888, als Helena Petrowna Blavatsky, die Gründerin der Theosophischen Gesellschaft, ihr Buch »Die Geheimlehre« veröffentlichte und eine Mischung aus diversen mystischen und fernöstlichen Lehren, christlichem Glauben und evolutionärer »Rassenlehre« einem breiten Publikum zugänglich machte. Die Vorstellung von Karma und Reinkarnation, Der Glaube an die rassistische »Wurzelrassentheorie«, fand so weite Verbreitung und wirkt bis heute in den meisten esoterischen Lehren nach.

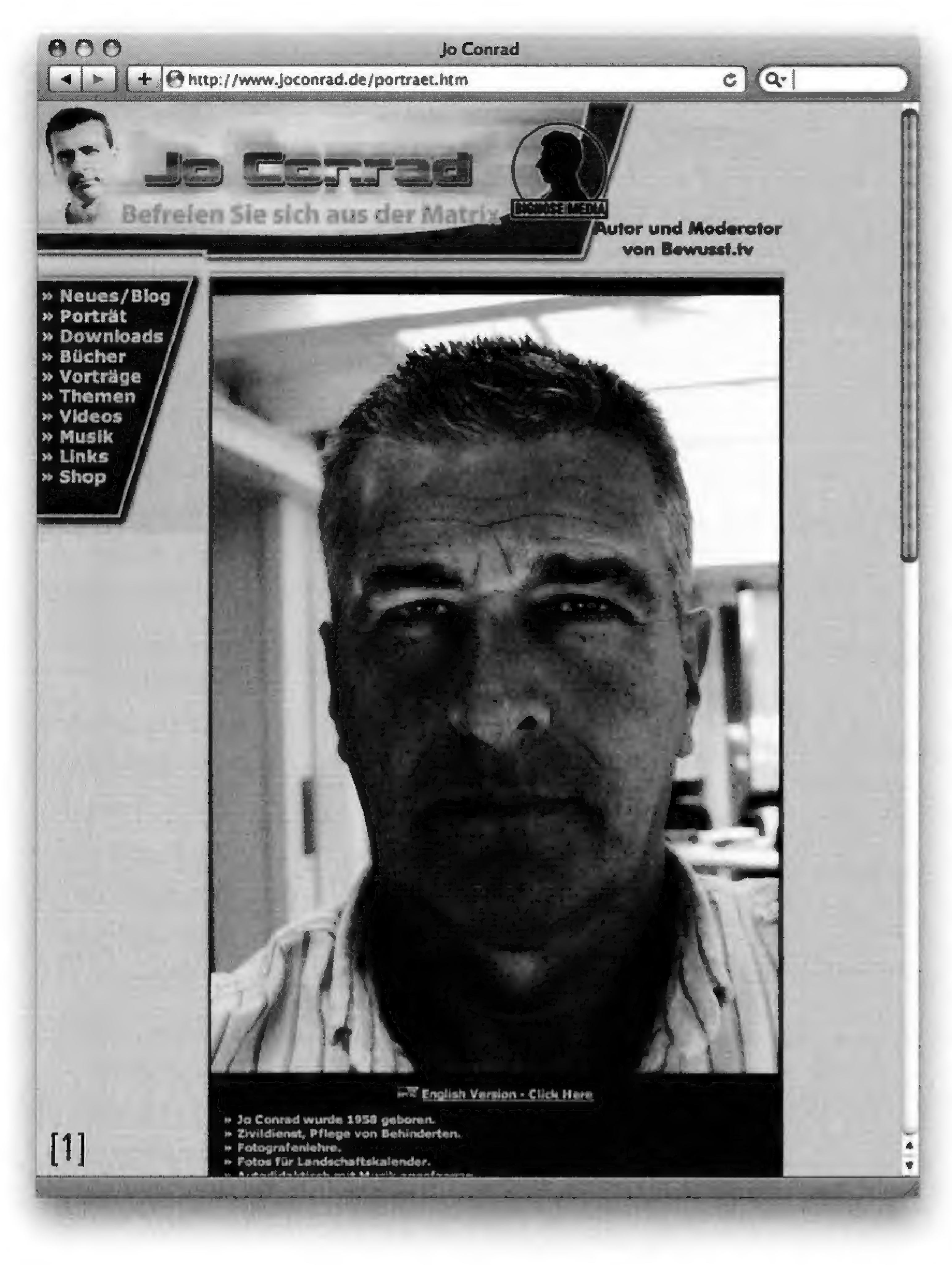
veröffentlichte und damit eine Mischung aus diversen mystischen und fernöstlichen Lehren, christlichem Glauben und evolutionärer »Rassenlehre« einem breiten Publikum zugänglich machte. Die Vorstellung von Karma und Reinkarnation, aber eben auch der Glaube an die rassistische »Wurzelrassentheorie«, fanden so nahezu weltweite Verbreitung und wirkt bis heute in den meisten esoterischen Lehren nach – nicht zuletzt in der Anthroposophie Rudolf Steiners. Während für Steiner Blavatsky zu unchristlich war, waren für Jörg Lanz von Liebenfels und Guido von List ihre Lehren zu ungermanisch: Die Ariosophie entstand und wurde die absurde spirituelle Zuspitzung aller rassistischen, antisemitischen und ariophilen Weltherrschaftsphantasien am Vorabend des Nationalsozialismus. Die Suche nach einer »arteigenen« Religion beschäftigt auch heute noch vor allem in Deutschland Heiden und Heidinnen, darunter nicht wenige extreme Rechte. Die Konstruktion eines nicht christlich-jüdischen Glaubens prägt die kulturellen Praktiken von völkischen Neonazis.

Extrem rechte Esoterik heute

Auch wenn viele Esoteriker_innen sich heute Mühe geben, sich von Rassismus und Antisemitismus abzugrenzen und Menschenverachtung als unvereinbar mit ihrer Spiritualität sehen, so sind weder Geschichtsbewusstsein noch eine politische Gesellschaftsanalyse Stärken der Szene. Nicht alle Esos sind Neonazis, aber einige sind es. Und diese – ja, im Vergleich wenige – haben Netzwerke, Verlage, Internetprojekte und gründen Pseudo-Staaten wie das Fürstentum Germania oder das Königreich Deutschland. Sie versuchen Menschen zu überzeugen und in ihre Projekte zu integrieren und schaffen es aufgrund von Ignoranz und falsch verstandener Toleranz unter dem Label des Unpolitischen, in den Mainstream-Zeitschriften der Esoterik-Szene eine Plattform zu finden. So druckte die SEIN 2010 den »Inkarnationsvertrag« des extrem rechten Autoren Jo Conrad ab, in dessen virtuellen und realen Projekten sich das ganze Spektrum von antisemitischen Verschwörungstheoretiker_innen und rechten Spirituellen zu Themen wie Zinsknechtschaft, »grenzwissenschaftliche Phänomene«, AIDS-Verschwörung, Chemtrails und der Annahme, die BRD existiere nicht, äußern kann. Conrad ist zusammen mit Medi Becker und Michael Vogt (Vgl. AIB Nr. 80:

1| www.boersenverein.de/de/438887, zuletzt 2.3.2013
2| www.agpf.de/Zahlen.htm, zuletzt 2.3.2013
3| Mehrfachnennungen waren möglich
4| z.B. Institut für Demoskopie Allensbach 2001
5| www.sein.de/archiv/2012/september-2012/staatsgruendung-neudeutschland--als-koenigreich.html, zuletzt 6.3.2013
6| Befragung in Deutschland durch den MDR 2011
7| Steiner übernahm von Blavatsky die Vorstellung von einer sich in sieben aufeinanderfolgenden Wurzelrassen vollziehenden menschlichen Entwicklung, wo-

➔



[1] Der extrem rechten Autor Johannes »Jo« Conrad ist federführend beim »Aufbruch Gold-Rot-Schwarz – Das Deutschland-Projekt«.

»Die deutschen Mitglieder der Kontinent Europa Stiftung.«) federführend beim »Aufbruch Gold-Rot-Schwarz – Das Deutschland-Projekt«, an dem nach Eigenangaben »mehr als 80 verschiedene Gruppierungen und zahlreiche Aktivisten« teilnehmen[8]. Der »Aufbruch Gold-Rot-Schwarz« traf sich zuerst am 9. November 2012, um »eine politische Alternative zum herrschenden System in Deutschland« zu verabschieden. Während in den »Alsfelder Beschlüssen« esoterisch-ökologisch von einem »nachhaltigen und respektvollen Umgang mit der Natur und allen Lebewesen und inspiriert von weiblicher und männlicher Energien und Spiritualität« die Rede ist, wird Michael Vogt in seinem »Manifest« »Der Weg in die Freiheit aus dem Zustand tiefster Erniedrigung: Manifest zur tatsächlichen Neuordnung Deutschlands« deutlicher: »[...] neben Kultur und Sprache [ist] die Abstammung zentraler Bestandteil des Nationsbegriffs [...]. Aus dem deutschen Nationsverständnisses [sic] ergibt sich eine Abwehr des momentanen demographischen Imperialismus [...]. Wir stehen in dieser Phase für Widerstand gegen Unrecht, für Freiheit und Menschenrechte, für das Überleben unseres Volkes und damit für eine sozial- und nationalrevolutionäre Veränderung und eine tatsächliche Neuordnung unserer Gesellschaft, unseres gesellschaftlichen und sozialen wie wirtschaftlichen Systems und unserer Nation«[9]. Die spirituellen extremen Rechten entwickeln derzeit mit ihren konkreten politischen Projekten eine höhere Integrationskraft sowohl in die Esoterik- als auch in die Truther-Szene. (Vgl. AIB Nr. 87) Sie übersteigt die der NS-nostalgischen Reichsbürger-Bewegung von Horst Mahler bei weitem. Die Sollbruchstellen nur vermeintlich basisdemokratischer politischer Arbeit sollten allerdings nicht unterschätzt werden. In den Foren zeigt sich, wie schnell begeisterter Hingabe frustrierter Ausstieg folgen kann.

Ein anderes Beispiel für die Präsenz extrem rechter Esoterik im spirituellen Mainstream ist der Rüggeberg-Verlag: Sowohl die SEIN als auch die KGS drucken seit Jahren regelmäßig Anzeigen des esoterischen extrem rechten Verlags. Dieter Rüggeberg vertritt die These, ein zionistischer Geheimbund habe sich Hitlers bedient, um die mitteleuropäischen Juden zu zwingen, nach Palästina auszuwandern und ihren Staat zu bevölkern. Juden und Jüdinnen hätten demnach den Holocaust selbst gezielt entfesselt und gefördert. Er vermutet, die führenden Nazis seien »selbst jüdischer Abkunft bzw. mit jüdischen Familien verwandt« gewesen[10].

Im Selbstverständnis sehen sich die meisten Esoteriker_innen als dezidiert unpolitisch. Viele meinen auch, esoterische Praktiken rein pragmatisch zu nutzen, ohne das damit verbundene Weltbild selbst zu vertreten. Während andere große Religionen durch einen Kanon und ein Buch bestimmt sind und meist ein Glaubensbekenntnis verlangen, wird die Esoterik gerne als »Religionsersatz« apostrophiert. Sie ist eine »Supermarkt-Religion«, die sich leicht an individuelle Bedürfnisse anpassen lässt, bei der nach Herzenslust die eine Lehre mit der anderen



bei die fünfte und damit die derzeitige Spitze der menschlichen Entwicklung die arische Rasse sei, denn die sechste und siebte werden erst noch kommen.
8| http://aufbruch-gold-rot-schwarz.net/; zuletzt 6.3.2013
9| Fehler im Original. http://aufbruch-gold-rot-schwarz.net/deutschland-manifest; zuletzt 6.3.2013
10| Vgl. www.h-ref.de/literatur/r/rueggeberg/geheimpolitik.php und http://psiram.com/ge/index.php/Dieter_Rüggeberg; zuletzt 6.3.2013

Praktik kombiniert werden kann, ohne sich zu widersprechen – alles ist möglich, die Wahrheit ist eine individuelle Erkenntnis, der Weg ist das Ziel und es hängt ja sowieso alles irgendwie miteinander zusammen. Und so sind esoterische Weltbilder auch dafür offen, extrem rechte Ideologieelemente zu integrieren. Und sie machen sich durch die Individualisierung kritikresistent.

Wie unpolitisch ist die Esoterik?

Betrachtet man Esoterik im weitesten Sinne, geht es heute vor allem um nicht-wissenschaftlich erwiesene (gesundheitliche) Praktiken und Methoden, die mit einem religiösen Weltbild verbunden sind. Kauft man den Inhalt mit, so eignet man sich irrationale Welterklärungen an, beschäftigt sich mit übersinnlichen Phänomenen und dem Glauben an kosmische Gesetze. Man richtet sein eigenes Leben auf die Gesetzmäßigkeiten aus, verbündet sich mit Gleichgesinnten und strebt eine Gesellschaft an, die der angenommenen kosmischen oder natürlichen Ordnung unterworfen ist. Vorstellungen einer natürlichen Ordnung sind aber nicht gesellschaftlich aushandelbar – erst recht nicht, wenn sie durch Geister, mythische Sagen oder Kornkreise übermittelt sind. So ist es kein Zufall, dass die meisten aktuellen esoterischen Lehren wenn nicht offen rassistisch so doch zumindest von einem zutiefst dualistischen und heteronormativen Geschlechterbild geprägt sind: Einer natürlichen Weiblichkeit – erdverbunden, emotional, lebensempfangend – steht eine natürliche Männlichkeit – kulturschaffend, rational, kämpferisch, penetrierend – gegenüber. Wer glücklich sein will, muss lernen, die ihr/ihm bestimmte Rolle auszufüllen, »zu sich selbst« zu finden und sich mit dem Gegenpart in Harmonie zu vereinigen. Widersprüche im eigenen Weltbild und im eigenen Leben werden aufgelöst, indem erklärt wird, dass alles nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit Sinn mache. Emanzipatorisches Handeln verstößt gegen den göttlichen Plan: das Schicksal muss akzeptiert und solle als Chance betrachtet werden, Leid sei die eigene Schuld, wenn nicht in diesem Leben (»Gesetz der Resonanz«), dann im vorherigen (Karma). Wenn es einen unberührbaren wahren Kern gibt, der sich rationaler und demokratischer Prozesse entzieht, wird gesellschaftliches Handeln, das auf die Änderung der Verhältnisse abzielt, überflüssig.



Foto: Mark Max Henckel

Auch die Praktiken der Wahrheits- und Sinnsuche entsprechen nicht einer demokratischen rationalen Aushandlung: Nicht nur werden Materialismus, Moderne und Aufklärung als zerstörerisch angesehen und von vielen abgelehnt. Die Nicht-Prüfbarkeit von Aussagen macht eine demokratische Verhandlung von Bedürfnissen und Interessen auf einer gesellschaftlichen Ebene unmöglich: Vor allem das Beziehen auf angebliche Erkenntnisfunktionen wie »Intuition«, »Erleben« oder komplett irrationale Techniken wie »Rückführungen«, Chanelling oder Telepathie zur individuellen oder kollektiven Erleuchtung ist hochgradig antidemokratisch. Ein elitärer Kreis der »Wissenden« kann sich von all den (noch) nicht eingeweihten Unwissenden abgrenzen. Zumal die Erleuchtung oft autoritär vermittelt wird: durch Gurus, Medien oder Sektenführer.

Esoterische Welterklärungsmodelle betreiben also eine anti-emanzipatorische »Entpolitisierung«, die ein fake ist: auf der Suche nach der Wahrheit


Foto: m tor matthijs

und den übergeordneten kosmischen Werten werden die eigenen Politiken und Meinungen nicht in einen gesellschaftlichen Kontext und damit zur Disposition gestellt. Dadurch öffnet die Esoterik der Negierung von ungerechten Machtverhältnissen bis hin zur Rechtfertigung von Ungerechtigkeiten und Menschenverachtung Tür und Tor. Zum anderen verschleiert das Label des Unpolitischen den politischen Gehalt der Weltbilder und integriert sowohl historische als auch aktuelle extrem rechte Ideologien als einen möglichen Teil der Wahrheit. ■

[2] Über zehn Prozent des Umsatzes von Sachbüchern entfiel 2011 auf die Warengruppe »Psychologie, Esoterik, Spiritualität, Anthroposophie«.

Ökofaschismus und Esoterik

Die NPD agitiert für Ökolandbau, gegen Gentechnik und Massentierhaltung. »Autonome Nationalisten« wenden sich gegen Schweinemastbetriebe, sind Vegetarier und gründen eine Arbeitsgruppe Tierrechte. In Mecklenburg-Vorpommern und Niederbayern siedeln Neonazis auf dem Land und präsentieren sich als Ökobauern. Es mag verwundern, dass Braune auf grün machen. Dem liegt ein Missverständnis zugrunde: »Öko« ist nicht per se links, sondern hat antisemitische, rassistische und esoterische Wurzeln, umgekehrt sind braungrüne Vorstellungen im linken Spektrum durchaus verbreitet.

Peter Bierl

Von Peter Bierl ist soeben im Konkret-Verlag das Buch »Schwundgeld, Freiwirtschaft und Rassenwahn – Kapitalismuskritik von rechts: Der Fall Silvio Gesell« erschienen.

Die Umweltbewegung startete in Deutschland als Lebensreform in der Wilhelminischen Ära. Ihr sind Reformpädagogik, Wandervogel und Gartenstadtbewegung, die Anthroposophie Rudolf Steiners mit ihrer Wurzelrassenlehre und die Zinslehre Silvio Gesells zuzurechnen. Eine rasante Industrialisierung speiste diese bürgerliche Protestbewegung. Wie den Völkischen galt Teilen der Umweltschützer die Stadt als Grab einer »weißen Rasse«, Brutstätte von Sozialdemokratie und Frauenbewegung, Sitz der Intelligenz und des Mammons, beherrscht von Juden. Der Schriftsteller Hermann Löns erklärte, »dass Naturschutz gleichbedeutend mit Rassenschutz« sei. Dem Musik-Professor Ernst Rudorff missfiel, dass Frauen und Juden den Gründungsaufruf für den Deutschen Bund Heimatschutz (1904), die erste Umweltorganisation, unterzeichneten; lenkte aber wegen der »jüdischen Presse« ein.

Die Lebensreformbewegung propagierte gesunde Ernährung, Heilkunde und Rassenhygiene, kämpfte gegen Alkohol und Nikotin, predigte Tierschutz, Vegetarismus und »nordische Freikörperkultur«. Ihr dritter Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus beinhaltete einen agrarisch-handwerklichen »fairen« Kleinkapitalismus, vorzugsweise in ländlichen Siedlungen und mit zinsfreiem Geld, womit sich eine Verbindung zu proudhonistischen und esoterischen Anarchisten ergab.

Eine Erfolgsgeschichte lieferte die Obstbaugenossenschaft Eden, 1895 westlich von Oranienburg bei Berlin auf 150 Morgen[1] Land gegründet. Die Genossen erfanden »Pflanzenfleisch« als Vorläufer der Grünkernbulette und verkauften Säfte und Marmeladen aus Obst an Reformhäuser. In einem Programmheft hieß es 1917: Zum »natürlichen« Leben in der Siedlung sei vegetarische Ernährung und »deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung. Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum«.

Die Lebensreformer lieferten den Nazis Personal und Ideen für eine moderne Umweltpolitik, die Alibifunktion hat im Verhältnis zu den realen Zerstörungen, die damals die Kriegsvorbereitung und ansonsten die Kapitalverwertung mit sich bringen. Eigenständige Gruppen schaltete das NS-Regime aus und belohnte Anpassungsfähigkeit. So sorgte der Land-


[1]

1| Ein bis 1900 verwendetes Flächenmaß, liegt meist zwischen einem viertel und einem halben Hektar.





Foto: facebook.com/herbertgruhl

[1] Der Landschaftsarchitekt Alwin Seifert sorgte als »Reichslandschaftsanwalt« dafür, dass die Seitenstreifen der neuen Autobahnen mit heimischen Bäumen bepflanzt wurden.

Der konservative frühere CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl [2] und der »Ökobauer« Baldur Springmann [3], vormals NS-Führungsoffizier und SS-Bewerber, prägten die Gründungsphase der Grünen mit.

schaftsarchitekt Alwin Seifert als »Reichslandschaftsanwalt« dafür, dass die Seitenstreifen der neuen Autobahnen mit heimischen Bäumen bepflanzt wurden. Wegen seines Faible für Komposthaufen bekam Seifert, der als Jugendlicher beim Wandervogel war, den Spitznamen »Herr Muttererde«. Steppenlandschaften wertete er als »undeutsch« und forderte, von der Wehrmacht im Osten eroberte Gebiete mittels Feldhecken »einzudeutschen«. Inwieweit Seifert an den Versuchen mit biologisch-dynamischen Anbaumethoden in der Kräuterplantage des KZ Dachau beteiligt war, ist unklar.

Kollaborateure wie Seifert, später Ehrenvorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern, und Überzeugungstäter wie der Nobelpreisträger Konrad Lorenz, Redner des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, dazu Gruppen wie der Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL), ein Zusammenschluss von Nazis und Konservativen, dominierten den Naturschutz der Nachkriegszeit. Der WSL unter seinem Präsidenten Werner Georg Haverbeck, einem hochrangigen NSDAP-Funktionär, Anthroposophen wie Joseph Beuys, Anhänger Gesells, der konservative frühere CDU-Abgeordnete Herbert Gruhl, der Ökobauer Baldur Springmann, vormals NS-Führungsoffizier und SS-Bewerber, sowie die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) von August Haußleiter prägten die Gründungsphase der Grünen.

Der grüne Adolf

Der zentrale Begriff für rechte Ökologen ist das Volk als gegebene blutsmäßig und/oder kulturell definierte Einheit. Eine genetische Reinheit und die Scholle dieses Volkes gelte es zu schützen. Darum favorisieren Ökofaschisten Begriffe wie Lebens- und Heimatschutz. Eine angeblich natürliche Ordnung der Welt weise jedem einen Lebensraum und einen Rang in gesellschaftlichen Hierarchien zu. Die Zerstörung von Natur, Heimat und Volk wird einer Zivilisation angelastet, die sich von natürlichen und spirituellen Grundlagen entfernt habe.

Auf historisch belastete Begriffe wie Rasse konnten Ökofaschisten nach 1945 durchaus verzichten. Die Forderung »Ausländer raus« wird pseudoökologisch begründet. So meinte Haverbeck, dass die »Unterarten des Menschen ebenso wie die Pflanzen und Tiere einem jeweiligen Ökosystem zugeordnet« wären und Umweltschutz deshalb »Völkerschutz« sei, Schutz der »biologischen Substanz vor Überfremdung«. Im Heidelberger Manifest von 1981, das Haverbeck mit unterschrieb, heißt es: »Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.«

Die Vorstellung einer ganzheitlich-organischen und spirituellen Ordnung verbindet den Ökofaschismus mit Esoterik. »Ganzheitlich« meint, dass ein kosmisches, göttliches Prinzip die Welt durchdringt, strukturiert und ihren Lauf determiniert. Durch Intuition oder Meditation könne jeder diesen Zusammenhang entdecken, sagen Esoteriker. Aus dieser Perspektive ist die Gesellschaft ein spirituell fundierter, biologischer Organismus mit verschiedenen Gliedern. Diese Lehre von der natürlichen Ordnung zielt auf die Unterwerfung des Individuums.

Die Ideologie geht zurück auf deutsche Romantiker, die die bürgerliche Aufklärung und die französische Revolution von 1789 bekämpften. Den »Volksgeist«, der bei Rudolf Steiner oder David Spangler von der schottischen Findhorn-Kommune spukt, erfanden Gottfried Herder, die Grimm-Brüder und der preußische Rechtsgelehrte und Minister Friedrich Carl von Savigny als Gegenkonzept zum aufklärerischen Begriff »Volkssouveränität«. Der DDR-Dissident, Grünen-Mitgründer und Esoteriker Rudolf Bahro leitete einen »Volkscharakter« aus biologischen »Ganzheiten« wie Horde, Stamm, Volk, Nation ab. Bahro (1990) erklärte die antifaschistische Linke zum Hauptgegner, weil sie »dieses nationale... völkische Moment nicht bedient. Eigentlich ruft es in der Volkstiefe nach einem grünen Adolf«.

Der kosmische Geist sei eine Selbstorganisationsdynamik, der sich in der Materie verkörpert, behauptete Fritjof Capra, einer der Begründer der Tiefenökologie. »Jeder Organismus →

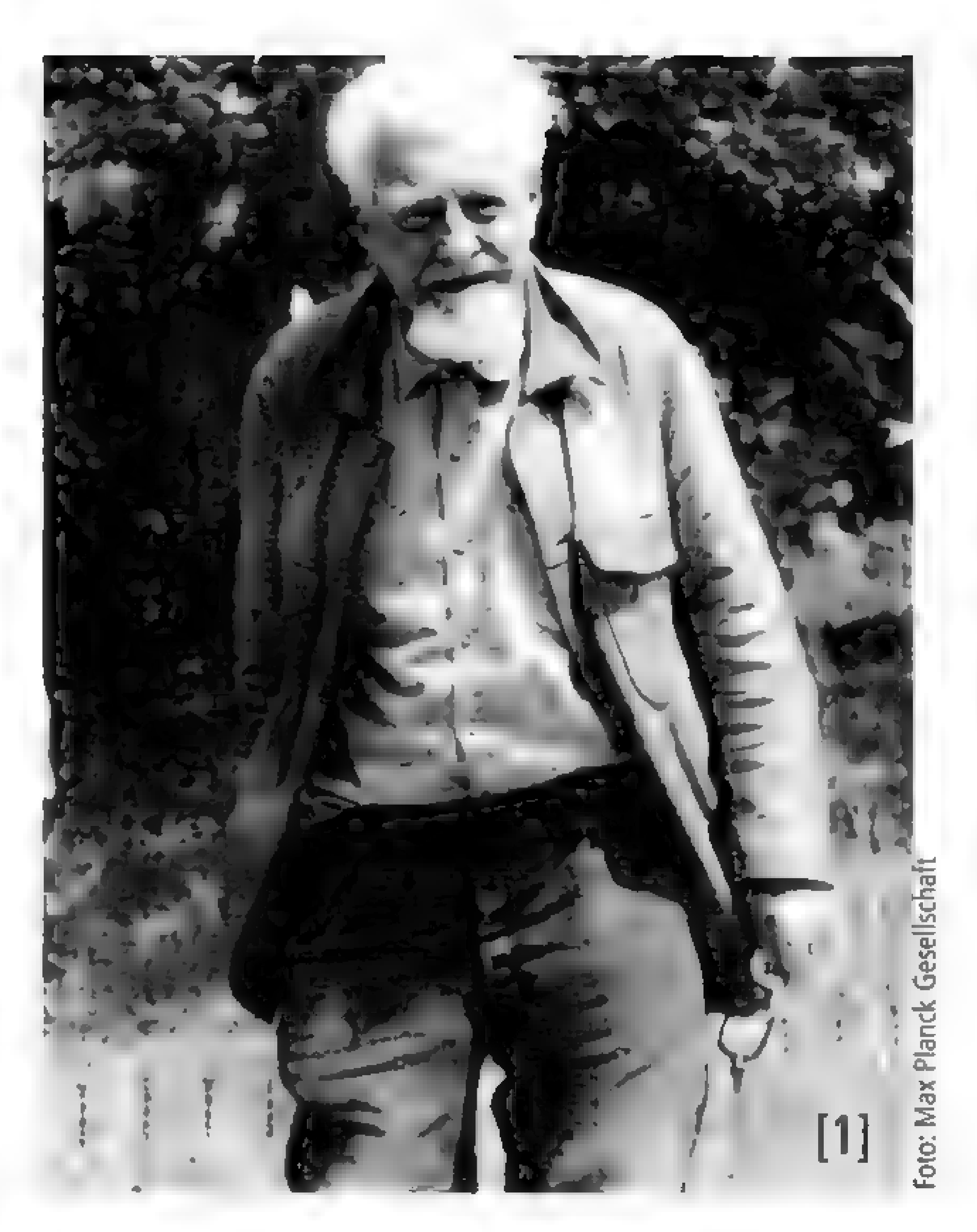
→ (...) ist ein integriertes Ganzes und somit ein lebendes System. Zellen sind lebende Systeme, ebenso wie die verschiedenen Gewebe und Organe des Körpers... Aber diese Systeme sind nicht nur auf einzelne Organismen und ihre Teile beschränkt. Dieselben Ganzheitsaspekte zeigen sich auch in Sozialsystemen – zum Beispiel in einer Familie oder einer Gemeinschaft – und ebenso in Ökosystemen, die aus einer Vielfalt von Organismen in ständiger Wechselwirkung mit lebloser Materie bestehen.« Das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft interpretiert Capra biologistisch als Beziehung analog von Zelle und Organ: Verhält sich die Zelle gegen das System/die Ganzheit Organ, entstehe Krebs.

Gesellschaftliche Widersprüche deuten Leute wie Capra darum als Ausdruck fehlender Verbindung zum Ganzen. Die Lösung lautet »Wertewandel« (Capra) oder sich wieder in die »Große Ordnung« (Bahro) eingliedern. Es bedürfe innerer Erleuchtung, um zu begreifen, dass sich das Göttliche hinter den materiellen Erscheinungen verberge. Konsequent lehnt Capra sozialrevolutionäre Bestrebungen und marxistische Analyse ab. Auch die Bioregionalisten und Erdbefreier, die sich auf ihn beziehen, wollen keine Revolution, sondern eine bioregionale Stammesordnung in der Wildnis.

Esoterik und rechte Ökologie sind nicht Ausdruck eines Irrationalismus, der einer rationalen, modernen Haltung entgegenstünde. Irrationalismus resultiert aus einer instrumentellen Rationalität, die sich den Maximen der Kapitalverwertung unterworfen hat. Der Zoologe Ernst Haeckel, der den Begriff Ökologie prägte und von der Kirche als Darwinist heftig attackiert wurde, war Rassist und wollte eine neue Religion begründen, der Physiker Capra verbindet Esoterik mit Systemtheorie. Der Schriftsteller Carl Amery, ein Mitgründer der Grünen, interpretierte Ökologie als Naturwissenschaft, die mit quantitativen Methoden Zusammenhänge erforscht, und erhob sie zugleich zur »Leitwissenschaft«. Ökologie soll den Platz des Menschen in einem »Netz planetarischer Beziehungen« bestimmen und den »Anthropozentrismus« überwinden. Anthropozentrismus ist ein Kampfbegriff, der in der Tierrechtsszene beliebt ist. Gemeint ist eine Sichtweise, die vom Menschen ausgeht und die Umwelt in Bezug zum Menschen interpretiert. Für Amery wie Bahro ist dies der Sündenfall, der zur ökologischen Zerstörung führt, dabei ist Menschen gar keine andere Perspektive möglich. Auch das Geschwurbel von Ökofaschisten und Tiefenökologen ist anthropozentrisch.

Biozentrismus und Antisemitismus

Aus Sätzen des Alten Testaments wie »Macht Euch die Erde untertan« leiten einige Ökologen ab, die jüdische Religion habe den Anthropozentrismus als rein instrumentelle Sichtweise auf die »Mitwelt« begründet. Für Antisemiten steht seit dem Kaiserreich fest, die Juden als Wüstenvolk seien schuld an der Umweltzerstörung. Die wurzellosen Nomaden hätten das Geld erfunden, um erdverbundene Bauern auszubeuten. Die »Reklamekrankheit«, das Aufstellen von Werbetafeln in der Landschaft, führte Walther Schoenichen (1939), einer der führenden Naturschützer der Nazizeit, auf »eine Infektion mit jüdischem Giftstoff« zurück. Sein schwäbischer Kollege Hans Schwenkel (1937) attackierte das Judentum, weil dieses »keinen Naturschutz« kenne. Der Journalist Franz Alt (1989) zeichnete in seinem Bestseller über den »ersten neuen Mann«, Jesus als umweltbewusste, feminine Lichtgestalt vor dem Hintergrund einer patriarchalen, aggressiven und ausbeuterischen jüdischen Religion. Alt sprach zuletzt im Februar bei einer Friedenskonferenz in München im Rahmen der alljährlichen linken Kampagne gegen die »Sicher-



[1]

Foto: Max Planck Gesellschaft

heitskonferenz« der Nato. Nach Reinhard Falter (2002), einem Ex-Grünen, gehört eine »religiös bedingte Naturfeindschaft« zur kulturellen »Tradition des Judentums«. Der »Kampf des Wüstengottes gegen die Göttlichkeit der Naturmächte« wirke bis heute fort. Falter publizierte in anthroposophischen Blättern, im Jahrbuch der Herbert-Gruhl-Gesellschaft und dem Blatt »Ökologie« der »Unabhängigen Ökologen Deutschland« (UÖD). Der Gegenbegriff zu Anthropozentrismus heißt Biozentrismus und wird von Tiefenökologen und Tierrechtlern sowie Hubert Weinzierl, dem ehemaligen Vorsitzenden des BUND, verwendet. Biozentristen verklären Mutter Erde oder Gaia, als beseelten Organismus, behaupten, Tiere und Pflanzen hätten den gleichen Wert wie Menschen, und diffamieren zugleich Menschen als Parasiten, die die Erde befallen hätten und deren Zahl drastisch zu reduzieren wäre, wie militante »Erdkrieger« von Earth First forderten.

Rassenhygiene und Überbevölkerung

Ein weiteres Element ist die »Rassenhygiene« als Lehre von den angeblich höher- und minderwertigen Menschen und Sozialdarwinismus als Vorstellung vom Kampf ums Dasein, den nur die Stärksten überleben. Gruhl vertrat in seinem Bestseller »Ein Planet wird geplündert« (1976), die Natur ließe nur die kräftigsten Lebewesen überleben.

»Das Individuum ist unwichtig, die Art wird erhalten und entwickelt.« Um 1900 waren solche Ideen Konsens zwischen Rechten und Linken, Völkischen und Frauenbewegten. Die Verfechter der Eugenik wollten die menschliche Fortpflanzung manipulieren. Die Lebensreformer hofften, eine »natürliche« Lebensweise würde den Körper stählen und die Minderwertigen ausmerzen. Spätestens mit den Menschenverlusten des Ersten Weltkrieges kam eine quantitative Orientierung hinzu: Gezielte Geburtenbeschränkung bis hin zur Zwangssterilisierung in der so genannten Dritten Welt einerseits und Förderung des Kinderwunsches »weißer« Frauen andererseits. Die Legende einer angeblichen Überbevölkerung insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika verbindet Ökofaschisten mit bürgerlichen Umweltschützern wie den Autoren des Berichts »Grenzen des Wachstum« des Club of Rome (1972). Der norwegische Philosoph Arne Naess, Begründer der Tiefenökologie, bezeichnete Überbevölkerung als Hauptproblem und lehnte Einwanderung ab, weil »jeder Einwanderer von einem armen in ein reiches Land ökologischen Streß« schaffe. Die Unterscheidung der Nazis zwischen lebenswertem und lebensunwertem Leben hat der australische Philosoph Peter Singer, der den Begriff der Tierrechte (1975) popularisierte, wieder salonfähig gemacht, indem er nichtbehinderte Menschen sowie Primaten zu Personen erklärt, dagegen Neugeborene, Säuglinge und geistig Behinderte als Nicht-Personen abqualifiziert, die nicht denselben Anspruch auf Leben hätten. Als die Giordano-Bruno-Stiftung Singer im Juni 2011 mit einem Ethikpreis für sein Great Ape Project auszeichnete, blieb Protest aus der Tierrechtsszene weitgehend aus.

grüne Partei". Ich verweise
r Haverbeck (1909-1999) ab
FH Bielefeld als angestellter
wirken konnte und in allen
weise ich darauf, dass Have-
chsleitung, des NS-Studen-
er des NS-Reichsbundes für
ss er stets ein Nazi blieb. So
, also während seiner Zeit als
s rechtsextremen Verbandes



[1] Konrad Lorenz, war Redner des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP und prägte den Naturschutz der Nachkriegszeit mit.

[2] Der WSL-Präsident Werner Georg Haverbeck, ein hochrangiger NSDAP-Funktionär, propagierte, dass die »Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat« die Bundesrepublik »ökologisch entlasten« würde.
Faksimile: »Hochschulpraxis in der Kritik«, 2008, Bielefeld.

Aktuell

Für den klassischen Ökofaschismus stehen die UÖD und die »Herbert-Gruhl-Gesellschaft e.V.«, deren Hauptthema neben der Pflege des Gruhl-Erbes die so genannte Bevölkerungspolitik ist. Beide Gruppen sind winzig. Die Zeitschrift »Umwelt & Aktiv«, deren Macher mit der NPD verbunden sind, nennt sich »Magazin für ganzheitliches Denken« für Umwelt-, Tier- und Heimatschutz. In den Heften werden die alten Germanen verklärt, gegen Israel gehetzt und das Schächten angeprangert als angeblich besonders grausame Methode der Juden und Muslime Tiere zu töten. Die Ökofeministin Vandana Shiva gab dem Blatt 2012 ein Interview, in dem sie behauptete, Frauen hätten biologisch bedingt eine besondere Beziehung zur Natur. Herausgeber des Blattes ist der Verein »Midgard e.V.«, der Name verweist auf den germanischen Begriff für die Welt, erinnert aber auch an den Lebensreformer Willibald Hentschel, der im Kaiserreich ländliche Mustersiedlungen propagierte, wo 100 »arische« Jünglinge 1.000 blonde Maiden begatten sollten.

Die Distanzierung zu solchen Gruppen und Projekten fällt Liberalen und Linken leicht, abgesehen von Oberösterreich, wo der WSL in der Anti-AKW-Bewegung dank einer Allparteien-Landesregierung aus Grünen, FPÖ, SPÖ und ÖVP salonfähig ist. Verharmlost werden Affinitäten zu etablierten Gruppen oder dem eigenen Milieu. Das gilt insbesondere für die Anthroposophie, die einflussreichste Gruppe der Esoterik in Deutschland, samt biologisch-dynamischer Landwirtschaft, Kosmetik und Medizin von Weleda, Waldorfschulen und GLS-Bank sowie Gruppen wie Netzwerk Dreigliederung, die in Stuttgart bei den Protesten gegen Stuttgart 21 eine Rolle spielen. Elemente der Freiwirtschaft, aufgrund ihrer Beschränkung auf Geld und Zins zu antisemitischen Strömungen anschlussfähig, finden sich in der Globalisierungskritik, bei Attac und Occupy, in Debatten über Commons und Postwachstums-Ökonomie oder der Transition-Town-Bewegung. In Teilen der linksradikalen Jugendszene, die sich aus dem Nachwuchs der akademischen grünen Mittelschicht rekrutiert, ist die Tierrechte-Ideologie schick. In gewisser Hinsicht sind Elemente ökofaschistischer Ideologie in Teilen der linken und globalisierungskritischen Szene ein größeres Problem als Neonazis, weil Kritik auf Verdrängung und Abwehr stößt. Die Alternative ist eine politische Ökologie als Teil der Kritik der politischen Ökonomie. Diese muss am Menschen als Maß aller Dinge festhalten, weil der theoretische Antihumanismus zum Faschismus führt. Die Aufgabe bleibt, in einer Gesellschaft jenseits der Kapitalverwertung den Stoffwechselprozess mit der Natur so zu organisieren, dass weder Mangel herrscht, noch die ökologischen Voraussetzungen menschlichen Lebens auf diesem Planeten zerstört werden. ■

Mit Rohkost zum Reich

Ein Milieu aus so genannten »Reichsbürgern«, Verschwörungsgläubigen und Esoteriker_innen hat verschiedene Pseudo-Staaten geschaffen, die bisher zumeist nur kurzzeitig existierten. Dies könnte sich mit dem »Deutschen Königreich« ändern, das seit einigen Monaten in Wittenberg beheimatet ist.

Martin Wassermann

Bereits 2009 wurde das »Fürstentum Germania« gegründet. Als Staatsgebiet diente ein baufälliges Gebäude im brandenburgischen Kampfer, das von den Aktivist_innen, bestehend aus »Reichsbürgern« und Verschwörungsgläubigen, renoviert werden sollte. Nicht zu Unrecht warnte Thomas Gandow, der damalige Sektenbeauftragte der Evangelischen Kirche, dass die »braune Esoterik« mit diesem Projekt »eine befreite Zone« schaffen könne. Doch nach drei Monaten zerfiel das »Fürstentum« nach internen Auseinandersetzungen und durch externe Widerstände.

Es blieb allerdings nicht nur bei diesem Versuch. Bis heute existieren, neben den nationalsozialistischen »Kommissarischen Reichsregierungen«, einige esoterisch angehauchte Scheinstaaten, die sich in der Rechtsnachfolge des »Deutschen Reiches« sehen und die die Bundesrepublik ersetzen wollen. Die Übergänge zwischen diesen Grüppchen sind fließend, es gibt zahlreiche ideologische und personelle Überschneidungen.

Es sind diese Scheinstaaten, die einen regen Devotionalien-Handel betreiben, in dem sie vermeintliche Nummernschilder und fiktive Ausweise verkaufen. Derartige Papiere werden zum Beispiel durch die Gruppierung »Germanitien« angeboten. Ihr haben sich Bundesbürger angeschlossen, die ihre Grundstücke als »Botschaftsgebäude« zur Verfügung stellen. So versuchen sie, sich vor Zwangsvollstreckungen zu schützen oder Strafverfahren zu entgehen. Sie glauben, dass ihre Grundstücke so zum »Hoheitsgebiet« werden würden, auf das die Bundesrepublik keinen Einfluss habe. Ein Polizeieinsatz beweist das Gegenteil. Am 30. Oktober 2012 verschafften sich Polizeibeamte Zugang zu einem angeblichen Botschaftsgebäude im baden-württembergischen Schorndorf. Sie verhafteten den »Botschafter«, der nicht zu einer Gerichtsverhandlung erschienen war. Die Gruppierung um Ulrike Maria Kuklinski und Ronald Franz Gerhardy arbeitet trotz derartiger Rückschläge weiter. Das Ziel ist ein »Reich« in den Grenzen von 1937.

Bei einem weiteren Pseudo-Staat besteht vorerst keine Räumungsgefahr. In Wittenberg residiert Peter Fitzek, der dort mit seinen Anhänger_innen einen vermeintlichen Staat namens »Königreich Deutschland« gegründet hat. In der Lutherstadt betreibt Fitzek das esoterische Ladengeschäft »Engelswelten«, in dem allerhand Tand - vom Traumfänger bis zur Salzkristalllampe – verkauft wird. Zudem wurde ein ehemaliges Krankenhaus erworben, das von schlecht bezahlten Freiwilligen renoviert wird.

Auf dem etwa neun Hektar großen Gelände ließ sich Peter Fitzek in der Nacht vom 15. zum 16. September 2012 zum »obersten Souverän« seiner »lupenreinen Monarchie« krönen. Hunderte Anhänger_innen besuchten die skurril anmutende Krönungszeremonie, die von den musikalischen Einlagen einiger Pop-Sternchen und der verschwörungsideologischen Band »Die Bandbreite« umrandet wurde. Seitdem existiert der Pseudo-Staat »Königreich Deutschland« auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses in Wittenberg.

Dort entsteht zur Zeit eine braun-esoterische Parallelwelt: Neben dem esoterischen Ladengeschäft, in dem man mit eigens eingeführter Währung bezahlen kann, wurden eine Art Kranken- und Rentenkasse geschaffen. Auf dem Krankenhausgelände, das nun als Staatsgebiet dient, sollen weitere Einrichtungen entstehen. Das Angebot soll von der Tankstelle bis zur »Klinik für ganzheitliche Gesundheit« reichen. Diese könnte sich an der antisemitischen »Germanischen Neuen Medizin« des Ryke Geerd Hamer orientieren, die in den Seminaren der Gruppierung beworben wurde. Außerdem soll unter anderem ein Naturkindergarten geschaffen werden, der von einer langjährigen Waldorfpädagogin geleitet werden soll.



[1] In Wittenberg ließ sich Peter Fitzek (links) in der Nacht vom 15. zum 16. September 2012 zum »obersten Souverän« seiner »lupenreinen Monarchie« krönen.

Screenshot: Youtube



Peter Fitzek gilt unter seinen Anhänger_innen als ein von Gott gesandter Messias, der nun eine »Weltanschauungsgemeinschaft« für das »deutsche Volk« anführt. Zu seinen Seminaren pilgern daher hunderte Teilnehmer_innen, die horrende Eintrittspreise bezahlen. Die regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen zum »Erwerb der Staatsangehörigkeit des Königreiches Deutschland« kosten 397 Euro. Den Eintritt können die Teilnehmer_innen auch mit dem »Engelgeld« bezahlen. Es handelt sich um eine Parallelwährung, mit der man in zahlreichen Geschäften in der Bundesrepublik einkaufen kann. Zusätzlich wurde eine »Neue Deutsche Mark« eingeführt, auf der eine »Weltenesche aus der germanischen Mythologie« zu sehen ist. Wer ein Seminar besucht, kann Fitzek erleben, der erzählt, dass ihn »Gott nach Wittenberg geschickt« hätte, nachdem er durch Erzengel ausgebildet worden wäre. Der esoterische Einschlag wird auch durch verschiedene Inhalte deutlich, die in den Werbematerialien der Gruppierung zu finden sind. Hier entdeckt man Rohkostrezepte, Engelsgeschichten und die Phrase von der »Ganzheitlichen Alternative«, die man anbieten möchte.

In den Seminaren werden außerdem die Konstrukte beworben, die im Milieu der »Reichsbürger« verbreitet werden: Fitzek behauptet, dass die Bundesrepublik das »Verwaltungskonstrukt einer Firma, aber kein Staat« sei. Tatsächlich würde das »Deutsche Reich« noch existieren. Es gehe darum, »den umliegenden Nationen ein Angebot zu machen und sie dann wieder dazu zu bringen, dass das Deutsche Reich als Staat wieder hergestellt werden kann«, sagt Peter Fitzek im Interview mit dem esoterischen Magazin »Die Wurzel«. Er munkelt außerdem von einer »geheimen Elite«, die die »uneingeschränkte Herrschaft über die Welt« ausüben möchte. Es ist ein alter Wahn, der von Fitzek und seinen Anhänger_innen verbreitet wird, denn Fitzek spricht oftmals von »den Rothschilds« und »den Rockefellers«.

In Wittenberg arbeitet dieser Guru daran, seinen Traum vom »Reich« Wirklichkeit werden zu lassen. Sein Projekt veranschaulicht, wie esoterische, verschwörungsideologische und nationalsozialistische Konstrukte zu einer ideologischen Einheit verschmolzen werden. Das »Königreich« auf dem Krankenhausgelände bietet darüber hinaus eine Infrastruktur, verschiedene Institutionen und regelmäßig stattfindende Veranstaltungen an, die zur Konsolidierung und Finanzierung des Projektes genutzt werden.

Mit den Inhalten, die von Fitzek angeboten werden, dürften sich nicht nur »Reichsbürger«, sondern auch Verschwörungsgläubige und Esoteriker angesprochen fühlen, denen hier eine Wärmestube angeboten wird. Sie könnten sich um die Führerfigur scharen, als die sich Peter Fitzek inszeniert. Dieser arbeitet außerdem mit dem »Aufbruch-Gold-Rot-Schwarz« zusammen, der unter anderem durch den antisemitischen Verschwörungsideologen Johannes Conrad initiiert wurde. Gemeinsam fordern sie die Einheit derjenigen, die vom »Deutschen Reich« träumen. Dies macht die besondere Gefahr des Organisationsversuches des Peter Fitzek aus, der deutlich mehr Menschen ansprechen könnte, als die anderen Scheinstaaten und deren »Könige« und »Kanzler«. ■

»Die Mondverschwörung«

Ein Interview mit Thomas Frickel

Was hat sie bewogen den Film »Die Mondverschwörung« zu produzieren?
Mein Interesse an »ethnografischen Reisen ins eigene Land«.

Ist »Die Mondverschwörung« als direkter Nachfolger ihres Films »Deckname Dennis« anzusehen?
»Die Mondverschwörung« nimmt in mehrfacher Hinsicht den Faden von »Deckname Dennis« wieder auf – zum einen, weil wir den ganzen Irrsinn um Neuschwabenland, Flugscheiben und Hitler im Antarktis-Exil bereits in Zusammenhang mit dem ersten Projekt recherchiert hatten, das damals aber nicht unterbringen konnten.

Zum anderen aber auch, weil die These des ersten Films – die damals noch zusammen mit dem leider inzwischen verstorbenen Frankfurter Kabarettisten Matthias Beltz entwickelt wurde - in der »Mondverschwörung« der gesellschaftlichen Entwicklung angepasst und fortgeschrieben wird. Unsere satirische Arbeitshypothese war 1995 noch davon geprägt, dass nach dem Zusammenbruch der einstigen sozialistischen Staaten die gesellschaftlichen Kämpfe in Deutschland nicht mehr zwischen Links und Rechts ausgetragen werden, sondern dass sie sich in viele kleine Stellvertreterkriege und Kleingruppen verlagert haben: Da kämpfen Fußgänger und Radfahrer gegen Autofahrer, Frauen gegen Männer, Metzger gegen Vegetarier und so weiter. Mit Abstand von zehn weiteren Jahren, so der realsatirisch-hypothetische Ansatz der »Mondverschwörung«, gibt es in Deutschland nicht einmal mehr das, sondern alle versuchen nur noch, die gesellschaftlichen Gegensätze aufzulösen, indem sie sich durch esoterische Praktiken selbst vervollkommnen. Und wie so oft in meiner dokumentarischen Arbeit wird auch hier die Satire von der Realität eingeholt, denn genau das behauptet ja der »Reinkarnationstherapeut« Hockemeyer, alias Trutz Hardo im Bonus-Material der DVD: die Anhänger sozialistische Ideen sieht er als Verlierer, und die Esoteriker als Sieger der Geschichte.

Wie ist die Auswahl der gezeigten Personen aus dem Esoteriker- und Verschwörungsmilieu verlaufen?
Assoziativ – durch Recherche des gesamten Umfelds. Und weil nach esoterischem Selbstverständnis ja alles mit allem zusammenhängt, brauchten wir uns nicht nur auf Theorien zu beschränken, die unmittelbar um den Mond kreisen. Obwohl ja vieles interessanter Weise dorthin zurückkehrt – der Mond ist eben eine große Projektionsfläche, in die sich alles Mögliche hineininterpretieren lässt.

War es schwierig an die verschiedenen Interviewpartner heranzukommen?
Absagen gab es nur in Einzelfällen, aber es war jeweils möglich, für das gleiche Thema eine Ersatzperson zu finden. Die meisten Gesprächspartner von »Dennis« sind ja selbst publizistisch aktiv und einigermaßen mitteilsam; sie haben entweder schon Bücher herausgebracht, oder sie publizieren im Internet. Die Berliner Neuschwabenländler deklarieren ihre regelmäßigen Treffen sogar ganz offiziell als »Pressekonferenz«. Zurückhaltend waren eher die Rechts-Intellektuellen – Pierre Krebs vom Thule-Seminar zum Beispiel, oder Gerhard Petak (Kadmon). Die Interviews mit ihnen haben auch eine andere Ebene als die anderen Gespräche.

Wurden für Gespräche Honorare verlangt?
Honorare haben wir natürlich nicht gezahlt – Halt! In Einzelfällen doch: der Börsen-Astrologe aus dem Bonus-Material hat ein kleines, mehr symbolisches Honorar bekommen – aber der ist auch eigens von München nach Frankfurt gereist und hat einen ganzen Tag drangehängt.

Haben Sie nach der Veröffentlichung des Films Reaktionen der gezeigten Personen bekommen? Gab es insbesondere Feedback der Besucher_innen, Kinobetreiber_innen oder Kolleg_innen aus der Filmbranche?
Einige Kinos, die sonst alle meine Sachen gezeigt haben, haben den Film nicht gespielt – ich vermute stark, dass sie ihr esoterisches Publikum nicht verprellen wollten. In einem Fall ist die Absage auch explizit so begründet worden. Filme über Wiedergeburt und Lichtnahrung lassen sich

halt besser verkaufen. Was das Publikum betrifft: die meisten Leute waren hin- und hergeworfen zwischen Lachen, ungläubigem Erstaunen und Erschrecken über eine ihnen völlig unbekannte Parallelwelt unmittelbar vor der eigenen Haustür. Und es gibt jede Menge Fans, die den Film in blogs, podcasts, auf facebook und twitter oder durch direkte Rückmeldungen an mich in den höchsten Tönen loben – dazu empfehle ich die Zusammenfassung auf meiner homepage www.mondverschwoerung.de – insbesondere die »Fan-Seite« oder die Stimmen zur DVD.

Esoteriker und Anhänger von Verschwörungstheorien habe ich bei den vielen Vorstellungen, bei denen ich selbst zur Diskussion anwesend war, selten getroffen. Und bei den »Mitwirkenden« greift wie so oft das Phänomen der selektiven Wahrnehmung – was sie im Film sagen, wird von ihnen ja ganz offensichtlich als Realität wahrgenommen. Bei den Verschwörungstheoretikern paart sich das oft mit einer handfesten Paranoia – und wer so drauf ist, verschwendet keine Sekunde an den Gedanken, dass das alles Unfug sein könnte. Deshalb wundert es mich auch nicht, dass jemand wie der Chemtrail-Kämpfer Claus Petersen (im Film erstattet er Anzeige wegen Umweltgefährdung) sich bei mir dafür bedankt hat, dass sein Anliegen durch den Film endlich einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Später hat er das dann wieder etwas zurückgenommen, weil einige seiner Spezis offenbar der Meinung waren, dass der Film sich über die Interviewten lustig macht. Das ist natürlich Blödsinn. Wir haben – wie das teilweise ungeschnittene Bonus-Material der DVD zeigt - die Interviews gekürzt, aber in keiner Weise sinnentstellend eingegriffen. Jeder hatte die Möglichkeit, sich selbst und sein Anliegen darzustellen. Oder sich selbst und sein Anliegen bloßzustellen. Wenn jemand von der zweiten Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, ist das nicht meine Schuld. Außerdem sind wir ja auch nicht ausgezogen, um diese Leute zu bekehren oder sie von einem Irrweg abzubringen.

Soll der Film »Die Mondverschwörung« eher aufklären oder vor allem unterhalten?

Hoppla, Leute! Ist die Frage ernst gemeint? Wissen wir nicht schon seit Horaz, spätestens aber seit Schiller, dass es diesen Gegensatz eigentlich gar nicht gibt? Ein Lachen, das den Zuschauern förmlich im Hals stecken bleibt, wirkt oft viel stärker und nachhaltiger, als so manches politisch total korrekte Flugblatt. »Wenn du eine Botschaft hast, dann schick ein Telegramm,« wird Billy Wilder zitiert. Was meint er damit? Film ist eben ein eigenes Medium und hat seine eigenen Ausdrucksformen...

Ist Satire eine angemessene Form der Kritik an den verschiedenen gezeigten Protagonisten der Esoterik oder sollte nicht viel eher mit rationalen Argumenten auf Irrationalität geantwortet werden?

Das kann und sollte jeder halten, wie er oder sie will. Ich glaube nach Jahren intensiver Beschäftigung mit diesen Ideen, dass man in solchen Kreisen mit Vernunft nicht viel ausrichten kann. Eine aufgeklärtere Epoche als unsere hat es in der Menschheitsgeschichte nie gegeben, wer sich wirklich informieren will, kann aus einer unübersehbaren Flut von Fakten und Argumenten wählen. Trotzdem (oder gerade deshalb?) erstarkt die Esoterik zu einer Massenbewegung und wirkt zum Teil schon weit in unsere Gesellschaft hinein. Trotz all unserer Kenntnisse über die Zeit des Faschismus sind antisemitische Grundhaltungen bei uns (und in vielen anderen Ländern) nicht klein zu kriegen. Vernunftmenschen – ihr hattet eure Chance! Ihr könnt ja auch gerne mit eurer Art der Aufklärung weitermachen. Aber lasst es mich auch mal auf die andere Weise versuchen...

Für den satirischen Umgang mit dem deutschen Faschismus gibt es übrigens ein interessantes Beispiel, das ich vor einigen Jahren mal zum



Mehr Informationen gibt es unter: www.mondverschwoerung.de

Wer den Film öffentlich zeigen will, kann hier Kontakt zu Thomas Frickel aufnehmen und die Vorführung lizensieren lassen.

Gegenstand eines Kurzfilms gemacht habe: den »Symbolkampf« der Eisernen Front im Jahr 1932. Carlo Mierendorff und Sergej Tschachotin haben es damals mit Hilfe junger Arbeiter geschafft, die Nazis zumindest zeitweise in die Defensive zu drängen, indem sie sie der Lächerlichkeit preisgegeben haben. Denn das kann in der politischen Auseinandersetzung eine ziemlich scharfe Waffe sein. ■

Die Achse Chemnitz – Ludwigsburg

Blood & Honour-Aktivitäten und NSU-Unterstützung von Sachsen bis Südwestdeutschland

Fast alle sächsischen NSU-Unterstützer standen dem verbotenen Neonazi-Musik-Netzwerk Blood & Honour (B&H) nahe. Viele Details hat das AIB hierzu schon berichtet[1]. Nach bisherigem Erkenntnisstand soll der B&H-Sektionschef Jan Werner im Austausch mit dem NSU-Mitglied Uwe Mundlos gestanden haben und 1998 versucht haben, über den Verfassungsschutz-Informanten Carsten Szczepanski Schusswaffen für das NSU-Trio zu besorgen. Auch andere sächsische Sektionsmitglieder wurden entsprechend aktenkundig: Jörg Winter beschaffte Sprengstoff für Uwe Mundlos. Antje Probst wollte einen Ausweis besorgen, um dem NSU-Mitglied Beate Zschäpe eine Flucht nach Südafrika zu ermöglichen. Ihr Ehemann Michael Probst tauschte Nachrichten mit den Gesuchten aus. Andreas Graupner diente als Kontaktmann zwischen den Gesuchten und dem NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben. Thomas Rothe[2] stellte dem untergetauchten Trio zeitweise seine Wohnung zur Verfügung und besuchte es auch in Zwickau. Hendrik Lasch[3] stand in Kontakt mit Uwe Mundlos und wollte dessen Entwürfe auf T-Shirts drucken. Auch der spätere Polizei-Informant Thomas Starke half bei der Suche von Unterkünften. Damit hatte mindestens ein Drittel der 1998 etwa 18-köpfigen B&H-Sektion Sachsen mehr oder weniger Kontakt zu den Untergetauchten. Mit Jörg Winter und Andreas Graupner sollen zwei Exponenten dieses Milieus und deren Werdegänge näher dargestellt werden.

Der erste Sprengstoff

Der heute 38jährige Jörg Winter aus Wachau war unter den B&H-Leuten in Sachsen dafür bekannt, dass er Sprengsätze baute. Zusammen mit Giso T., der in seiner Nähe wohnte, soll er bereits 1996 bei Bautzen Sprengexperimente durchgeführt haben. Über den B&H-Aktivisten und späteren LKA-Informanten Thomas Starke (Chemnitz, Dresden) kam der Kontakt zum späteren NSU zu Stande. Von 1994 bis 1996 war Starke in Haft wegen einer Schlägerei, an der auch Uwe Mundlos beteiligt gewesen war. In der Haft wurde er von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe unterstützt. 1997 besorgte Thomas Starke Uwe Mundlos das TNT, welches 1998 bei der Garagendurchsuchung in Jena gefunden wurde. Nachdem Mundlos ihn darum gebeten habe, wandte sich Starke an Jörg Winter, von dem er wusste, dass dieser sich mit Derartigem beschäftigt. Den Sprengstoff, den er über Winter erhielt, gab er anschließend an Mundlos weiter. Somit war ein späterer Informant des Berliner LKA an der Entstehungsgeschichte des NSU-Terrors direkt beteiligt. Jörg Winter und Giso T. waren in den folgenden Jahren in den Strukturen von Blood & Honour Sachsen weiter aktiv. Zumindest Winter unterhielt auch engen Kontakt zum Verfassungsschutz-Informanten Mirko Hesse von den Hammerskins Sachsen. Mehrfach soll Hesse versucht haben, Winter für die Hammerskins abzuwerben. Zunächst verblieb Winter bei B&H, doch 2002 wurde er von Sicherheitsbehörden dem Kreis der Mitglieder und Unterstützer der sächsischen Hammerskins zugerechnet[4]. Die Konkurrenz zwischen den Netzwerken B&H und Hammerskins, die in vielen Regionen erkennbar war, existierte in Sachsen kaum. NSU-Helfer wie Michael Probst, Andre Eminger aus Zwickau und schließlich auch Jörg Winter standen den Hammerskins offensichtlich näher als der B&H-Struktur und entwickelten teilweise dennoch Aktivitäten für B&H. Noch bis 2009 ermittelte die Staatsanwaltschaft Dresden gegen Winter und andere sächsische B&H-Mitglieder wegen des Verdachtes, Blood & Honour unter dem Namen Division 28[5] fortgeführt zu haben. Eines steht fest: Der erste Sprengstoffproduzent des (späteren) NSU war ein über die Jahre exponierter und gut

1| Vgl. AIB Nr. 95

2| Er war Mitarbeiter der Neonazi-Fanzines Sachsens Glanz und White Supremacy, soll heute in der Hammerskin-nahen Band Blitzkrieg aktiv sein.

3| Er ist bei der Rechts-RockFirma Backstreetnoise und dem Rockerclub Motorradstaffe Kreuzeiche Germania aktiv

4| Vgl. AIB Nr. 57 (3.2002): Razzia bei sächsischen Hammerskins

5| Die Division 28 war einer von mehreren Versuchen, da weiterzumachen wo Blood & Honour aufhören musste. Allerdings gab es auch hier bald die Streitereien wie im »alten« Blood & Honour: Geschäftemacher gegen Untergrundverfechter bzw. Real-B&H gegen Combat 18. Als Führungspersonen traten hierbei Hartwin Kalmus (B&H Baden) und Uwe Veljaca-Grischenig (B&H Vorarlberg) auf.



[1] Alexander Heinig
[2] Michael L.
[3] Markus Frntic und
[4] Jörg A.
bei einem B&H-Gruppentreffen 1997 bei Leipzig.

überwachter Neonazi und der Sprengstoff-Lieferant war ein späterer Spitzel des Berliner LKA.

Der Soundtrack der NSU-Morde

Der 38-jährige Andreas Graupner (»Mucke«), heute wohnhaft bei Ludwigsburg, war ein Urgestein der Chemnitzer RechtsRock-Szene und lange bei B&H aktiv. Er soll innerhalb von Blood & Honour Sachsen für die Leerung der Postfächer verantwortlich gewesen sein und in dem RechtsRock-Unternehmen Movement Records von Jan Werner mitgearbeitet haben. Er spielte zu dieser Zeit bei der Neonaziband »Auf eigene Gefahr« (AEG), die als Band der B&H-Jugendorganisation White Youth galt.

In der Rückschau und mit dem Wissen um den NSU fällt ein Leserbrief von »Mucke« in dem Neonazi-Fanzine Victory Nr. 2 (Ende 1996) auf, wo er einen vorausgegangen Artikel lobt, der Ratschläge für den Schutz vor Observationen gegeben hatte. Graupner selbst, der zu Chemnitzer Zeiten der Unterstützung des untergetauchten Trios verdächtigt war, konnte sich mehrfach erfolgreich der Observation entziehen. 2001 zog Andreas Graupner in die Nähe der Stuttgarter Vorstadt Ludwigsburg, wo er zunächst beim damaligen Musiker der Neonaziband Noie Werte, Oliver Hilburger, gemeldet war. Kurze Zeit später stieg Graupner bei Noie Werte ein und gehörte der Band bis zu deren Auflösung 2010 an. Er gründete eine Familie, blieb der Szene jedoch nicht nur über seine musikalischen Aktivitäten verbunden. Andreas Graupner wurde im Februar 2012 wegen möglicher NSU-Unterstützung von der Polizei durchsucht. Unter anderem hatten die Ermittler_innen zuvor im Handy des NSU-Unterstützers Andre Eminger die Telefonnummer von Andreas Graupner gefunden.

Noie Werte, gegründet 1987, war Mitte der 1990er Jahre eine Pionierband der sich entwickelnden deutschen B&H-Strukturen und sie spielt im NSU-Kontext eine bemerkenswerte Rolle: Gleich zwei Lieder von Noie Werte hatte der NSU als Begleitmusik für eine Version ihrer Bekenner-DVD ausgesucht.

Hot Spot Ludwigsburg / Heilbronn

Die nördliche Peripherie von Stuttgart lässt alle Beobachter_innen der NSU-Thematik aufhorchen: In Heilbronn, 50 Kilometer nördlich von Stuttgart, fand 2007 der Mord des NSU an der Polizistin Michele Kiesewetter statt. In Ludwigsburg hielt sich Beate Zschäpe während ihrer Zeit im Untergrund offensichtlich mehrfach auf, so zum Beispiel 2003 als sie sich mit einer bisher nicht identifizierten Bekannten traf. In den Hinterlassenschaften des NSU fand die Polizei Aufnahmen, die Uwe Böhnhardt 2003 vor Einzelhandelsgeschäften türkischer Migrant_innen in Stuttgart zeigen. Offensichtlich war dort ein weiterer Mord geplant gewesen, aber nicht ausgeführt worden.

Andreas Graupner ist nur eine von vielen Spuren, welche in die Region nördlich von Stuttgart führen. Stuttgart / Ludwigsburg war eine Keimzelle von B&H in Deutschland, hier gründeten sich ab 1991 die »Kreuzritter für Deutschland«, die maßgeblich am Import von B&H nach Deutschland wirkten. Zentrale Personen des frühen B&H-Entstehungsprozesses in Deutschland waren u.a. der spätere Rechtsanwalt Steffen Hammer, der das Musiklabel German-British-Friendship betrieb und bis 2010 als Frontmann von Noie Werte auftrat, neben ihm die Ludwigsburger Alexander Heinig und Markus Frntic, der ab spätestens 1997 Chef der B&H-Sektion Württemberg war. Bereits um 1994 war der Mundlos-Freund Marcus F. von Chemnitz nach Heilbronn gezogen, wo er sich der hiesigen Szene anschloss. Im 1998 sichergestellten Notizbuch von Uwe Mundlos finden sich mehrere Einträge →

6| Nicole Schneiders, geb. Nicole Schäfer, stammt aus Öhringen bei Heilbronn. Sie studierte von Anfang 2000 bis 2002 Jura in Jena und war Mitglied der Jenaer NPD und dort 2002 Stellvertreterin von Ralf Wohlleben im Kreisvorstand.
7| Vgl. AIB Nr. 91 (2.2011): Rassistischer Brandanschlag in Winterbach
8| Vgl. AIB Nr. 95 (2.2012): Wissen schützt vor Terror nicht.
9| Vgl. AIB Nr. 60





[1] Markus Frntic (im Vordergrund mit Sonnenbrille) und seine »Deutsch Kroatischen Waffenbrüder« 2012 im österreichischen Bleiburg.

[2] Andreas Graupner (links) und Steffen Hammer (Mitte) als Bandmitglieder von Noie Werte. (Quelle: Facebook)

→ Ludwigsburger Personen, darunter der 2003 verstorbene Michael E., Mitglied der bis Mitte der 1990er Jahre aktiven Neonaziband Kettenhund. Die entstandenen Kontakte führten u.a. dazu, dass Neonazis der Chemnitzer und Jenaer Szenen mehrfach in den Raum Heilbronn und Ludwigsburg reisten, wo es ihnen nicht nur ums Partymachen ging. Aus dieser Zeit stammt ein Brief von Uwe Mundlos, in dem er von Besuchen in Ludwigsburg schwärmt: »Wir waren vor allem über die Waffen die sie alle haben erstaunt – fast schon ein kleiner Waffenladen.«

Die exponierte Rolle, die der heute 42-jährige Alexander Heinig spielte, hängt mit seiner Rolle als Frontmann von Ultima Ratio zusammen, einer Band, die angab, »100% Blood & Honour« zu sein. Ultima Ratio zählte zu den ganz wenigen Bands, denen je ein Auftritt mit der »Untergrundband« Landser, den Stars des B&H-Milieus, gestattet war – auf einem konspirativ durchgeführten Konzert 1998 bei Dresden. Heinig wurde später Szene-Rechtsanwalt und saß zeitweilig in einer Kanzlei mit Steffen Hammer und Nicole Schneiders, der Anwältin des angeklagten Ralf Wohlleben im bevorstehenden NSU-Prozess[6]. Im derzeit stattfindenden »Winterbach-Prozess« treten Heinig, Hammer und Schneiders gemeinsam als VerteidigerInnen für Neonazis auf, die angeklagt sind, im April 2011 in Winterbach (25 Kilometer westlich von Stuttgart) an einem Überfall auf eine Feier von Menschen migrantischer Herkunft beteiligt zu sein. Die Angegriffenen hatten sich in eine Gartenhütte geflüchtet, die daraufhin von Neonazis angezündet wurde. Glücklicherweise kam niemand zu Tode[7].

Markus Frntic, 42 Jahre alt und heute in Kirchheim am Neckar wohnhaft, galt szeneintern als Combat 18-Mann und gründete 1998/1999 aus B&H heraus die Neonazi-Gruppe »Furchtlos und Treu«. Im Januar 2004 gab es Razzien gegen »Furchtlos und Treu« in Baden-Württemberg, Sachsen und Brandenburg im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz. Die Polizei stellte u.a. 2.500 Schuss Munition, 500g formbare Sprengmasse, fünf Meter Sprengschnur und Übungshandgranaten sicher. Auslöser der Razzien waren von der Polizei gefundene Fotos, die u.a. Markus Frntic mit Waffen zeigen. Der Deutsch-Kroate Markus Frntic ist noch heute ein fanatischer Neonazi. Erst im letzten Jahr reiste er mit einer Delegation deutscher Neonazis nach Bleiburg (Kärnten, Österreich) zur einer Gedenkfeier für kroatische Faschisten der Ustascha-Bewegung. Die deutschen Neonazis trugen Shirts mit der Aufschrift »Deutsch Kroatische Waffenbrüder«.

Blood & Honour-Zufluchtsort Ludwigsburg / Heilbronn?

Ein 1997 bei einem B&H-Treffen bei Leipzig aufgenommenes Gruppenfoto von B&H zeigt Alexander Heinig und Markus Frntic neben den sächsischen B&H-Aktivisten Michael L. und Jörg A. Dies mag symbolisch für die enge Verbindung Ludwigsburg-Chemnitz stehen, die bis in die jüngsten Jahre stabil blieb.

Um Ludwigsburg / Heilbronn konzentrier(t)en sich einflußreiche B&H-Personen. So Jörg A. aus Schlema, ein enger Freund der NSU-UnterstützerInnen Michael und Antje Probst aus der Chemnitzer Szene, der um 2000 in einen Ort unweit von Heilbronn zog und den B&H-Strukturen über das Verbot im Jahre 2000 hinaus erhalten blieb. Er orientierte sich an der Struktur im Stuttgarter Raum. Kurz darauf kam der Chef persönlich: Stephan Lange (»Pinocchio«), Divisionsleiter von B&H Deutschland, zog mit seiner Lebensgefährtin Katja P. von Berlin nach Kirchheim am Neckar (zwischen Heilbronn und Ludwigsburg gelegen), wo er heute noch wohnt und erkennbar freundschaftliche Verbindungen zu Markus Frntic unterhält. Auch wenn Lange der Schaffung von B&H-Nachfolgeorganisationen skeptisch gegenüber gestanden haben soll, so erwies er dem »neuen« B&H, welches sich ab 2001 ausgehend von Baden-Württemberg unter dem Namen Division 28 neu gründete, Dienste. Er soll Kontakte zu Bands hergestellt haben, mit denen B&H im Südwesten Deutschlands Konzerte durchführen wollte und noch 2005 reiste er zu einem Neonazikonzert ins Ausland.

Um 2001 kam Andreas Graupner in die Region und später auch der Chemnitzer Jan Werner, ehemaliger Sektionsleiter von B&H in Sachsen. Werner zog nach Besigheim bei Ludwigsburg zu seiner damaligen Freundin Steffi G., die ebenfalls aus Chemnitz stammt. Die Wohnung von Jan Werner und Steffi G. wurde im Januar 2012 im Rahmen der NSU-Ermittlungen durchsucht.

Alte Freundschaften

Es ist nicht davon auszugehen, dass alle erwähnten Personen noch heute derselben organisatorischen Struktur zugehören. Wege haben sich getrennt, Lebensläufe voneinander entfernt. Manches mag sich heute auf »alte« und unverbindliche Bekanntschaften reduzieren. Für die noch Aktiven ist B&H längst nicht mehr der übergeordnete Bezugsrahmen, auch Hammerskins (die zeitweise einen Treffpunkt in Ludwigsburg unterhielten) und KameradschaftsaktivistInnen gehören heute ihren informellen Netzwerken und Freundeskreisen an.

Doch gerade um Andreas Graupner existiert heute ein sozial-politischer Freundeskreis, dem ehemalige Musiker von Noie Werte und ehemalige NPD-Funktionäre angehören und beispielsweise auch Rico H. Der 37-jährige Rico H., wohnhaft in der Region um Ludwigsburg, wurde schon Mitte der 1990er Jahre als Exponent der Kreuzritter für Deutschland genannt. Er ist das Beispiel eines Neonazis, der sich seit 20 Jahren in der Szene bewegt, der bis heute auf Nazikonzerten im In- und Ausland anzutreffen ist und noch vor wenigen Jahren im Stuttgarter Raum Neonazikonzerte mitorganisierte – natürlich mit Noie Werte. Auch von Rico H. ist die Verbindung nach Chemnitz nicht weit: Um 2008 bewegte er sich in den Reihen der Chemnitzer Rockergruppe Motorradstaffel Kreuzeiche Germania, die aus der hiesigen Neonaziszene hervorgegangen war. Bei Veranstaltungen des Biker-Clubs Motorradstaffel Kreuzeiche waren auch diverse frühere Chemnitzer Neonazis anwesend: Jörg Winter, Giso T. und Hendrik Lasch aus der ehemaligen Führung von B&H in Chemnitz, ein langjähriger Weggefährte von Uwe Mundlos.

Noch mehr Spuren in der Region

Die Umzugsroute Sachsen-Thüringen-Ludwigsburg bewegte sich auch in Richtung Osten: Bereits um 1997 zog der Neonaziskinhead Jug P., heute 38 Jahre alt, aus dem Raum Ludwigsburg nach Thüringen. Im Februar 1998 saß er in einem gecharterten Bus, mit dem knapp 50 Neonazis aus dem B&H-Spektrum zu einem Gedenkmarsch für die Waffen-SS nach Budapest reisten. Mit dabei: Personen der B&H-Führung aus Chemnitz und Gera, natürlich Jörg Winter und auch Andreas Schultz aus dem thüringischen Trockenborn, dem zwei Jahre später eine wichtige Rolle zukommen sollte: Er besorgte eine Ceska, die durch weitere Hände an Mundlos gelangte[8]. Mit dieser Pistole führte der NSU seine rassistische Mordserie aus. Jug P. bewegte sich im Kreis um den Rudolstädter Sven R., der aus dem Thüringer Heimatschutz (THS) kam, der »politischen Heimat« des NSU-Trios in den 1990er Jahren, jedoch schon in den frühen 2000er Jahren ins sogenannte Rotlichtmilieu ging. Über die Bande um Sven R. soll der NSU mit Waffen versorgt worden sein. Mitte der 2000er Jahre fand Jug P. für einige Zeit Arbeit in Safenwil (Schweiz), kehrte dann in den Raum Ludwigsburg zurück. In dem Städtchen Safenwil bei Aarau war 2000 die Ceska legal erworben worden und von dort gelangte sie nach Thüringen.

Aus Schwäbisch Gmünd, 70 Kilometer von Ludwigsburg entfernt, stammt die Band Race War[9], die eine führende Rolle in der Post-B&H-Struktur der Division 28 spielte, unverblümt für den Terror von Combat 18 eintrat und 2006 als kriminelle Vereinigung verurteilt wurde. Mittendrin war die Thüringerin Isabell Pohl, heute 37 Jahre alt. Sie hatte um 2000 den Mädelring Thüringen als Frauenorganisation des THS mitgegründet. Es wird vermutet, dass sich die untergetauchte Beate Zschäpe mit ihrem Pseudonym »Lisa Pohl« der Identität von Isabell Pohl bediente. Mehrere Jahre, bis mindestens 2005, war Isabell Pohl mit Max Hirsch liiert, dem Frontmann von Race War, und wohnte zu dieser Zeit in Obergröningen bei Schwäbisch Gmünd. Dort gründete sie 2003 die Neonazigruppe Aktive Frauen Fraktion (AFF). Die AFF war an die Strukturen der Division 28 fest angebunden. Sie organisierte Konzerte mit B&H-Bands und betrieb die Unterstützungsarbeit für die unter staatlichen Druck geratene Band Race War. Ihre Mitglieder sammelte sie vornehmlich aus Thüringen, Sachsen und dem Großraum Stuttgart.

Wer half dem NSU?

Mittlerweile wurde eine Sonderkommission eingerichtet, die die Spuren möglicher NSU-UnterstützerInnen in und nach Baden-Württemberg verfolgen soll. Sie wird viel zu tun haben, zu unüberschaubar ist das – in diesem Artikel nur unvollständig gezeichnete – Geflecht der Personen und Freundeskreise, die mit den NSU-Mitgliedern oder ihren HelferInnen in der Vergangenheit in irgendeiner Weise verbunden waren. Es ist wahrscheinlich, dass sich unter ihnen diejenigen befinden, die sich mit Zschäpe in Ludwigsburg trafen und die dem Trio halfen – möglicherweise auch beim Mord in Heilbronn 2007 und bei den Mordplänen in Stuttgart 2003. Doch wer war es? Eines werden die Ermittler_innen mit Sicherheit nicht leisten: Die kritische Rückschau auf die vergangenen 20 Jahre, in dem sich in der Region Stuttgart / Ludwigsburg ein B&H-Milieu recht ungehindert konstituieren, radikalisieren und bewaffnen konnte. Das wird die Aufgabe antifaschistischer Gruppen sein. ■

»Die Rechte« in NRW

Sammelbecken ehemaliger »Freier Kameradschaften«

Ende August 2012 verbot das Ministerium für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen (NRW) drei der aktivsten Neonazi-Kameradschaften: den »Nationalen Widerstand Dortmund« (NWDO) um Dennis Giemsch, die »Kameradschaft Hamm« (KSH) um Sascha Krolzig und die »Kameradschaft Aachener Land« (KAL) um René Laube. Auf Betreiben der Dortmunder und Hammer Neonazis wurde daraufhin eine Reorganisierung in der Pfingsten 2012 – also bereits vor den Verboten – gegründeten (Möchtegern-)Partei »Die Rechte« (DR) um Christian Worch in Angriff genommen.

Bereits am 15. September 2012 wurde ein NRW-Landesverband von DR mit Dennis Giemsch als Landesvorsitzendem gegründet, es folgten in den nächsten Monaten sieben Kreisverbände sowie ein Bezirksverband. Auch die AkteurInnen der KAL haben zwischenzeitlich den Weg zu DR gefunden, seit Anfang Februar gibt es die Kreisverbände Aachen und Heinsberg. Hinzu kommen die »Nationalen Sozialisten Wuppertal« (jetzt DR-Kreisverband Wuppertal), die »Nationalen Sozialisten Münster« und »Autonomen Nationalisten Ahlen« (jetzt DR-Bezirksverband Münsterland), die ihre »Kameradschaften« offenbar aus Sorge vor einem Verbot »auflösten«, aber auch Überläufer aus der NPD, beispielsweise in den DR-Kreisverbänden Mülheim/Ruhr und Rhein-Erft. Von den in den letzten Jahren führenden »Freien Kräften« in NRW ist keine einzige aktive Gruppe im Spektrum der »Freien Kameradschaften« verblieben. Es bleiben lokale Strukturen wie die »Freien Kräfte Detmold«, die »Freien Kräfte Oberberg« und der »Nationale Widerstand Unna«. Von der bereits im Mai verbotenen »Kameradschaft Köln« war seit den Razzien und Festnahmen gegen das »Aktionsbüro Mittelrhein« im März 2012 nichts mehr zu hören. Ihr Vorturner Axel Reitz wurde zwischenzeitlich wegen »Verrats« aus der Szene ausgestoßen, ebenso wie er müssen sich zwei weitere Mitglieder der ehemaligen »Kameradschaft Köln« vor dem Landgericht Koblenz verantworten.

Dreistigkeit siegt?

Innerhalb kürzester Zeit hatte der ehemalige NWDO – aktuell die bundesweit mitgliederstärkste und aktivste lokale Gruppe der DR – seine Projekte innerhalb der »neuen« Struktur reaktiviert. Statt des »Infoportal Dortmund« gibt es nun das »Dortmund Echo« – die Funktion ist dieselbe, die Aufmachung der Internetseiten eine ähnliche. Auch die digitale Infrastruktur aus Dortmund wird weiterhin betrieben und genutzt. Als Ersatz für das beschlagnahmte »Nationale Zentrum« in Dortmund-Dorstfeld dient ein Ladenlokal in Dortmund-Huckarde, das als DR-Geschäftsstelle fungiert. Die Räumlichkeit wurde vom ehemaligen NWDO-Führungskader Dietrich Surmann gekauft und an die DR vermietet. An die Stelle des Dortmunder »Resistore-Versandes«, der die Szene mit Propagandamaterial und Waffen versorgte, trat der »Antisem-Versand« des stellvertretenden DR-Landesvorsitzenden Michael Brück, der unter der provokanten Adresse »antisem.it« im Web erreichbar ist. Allerdings wird seitens der DR Wert auf die Feststellung gelegt, dass es sich nicht um einen Parteiversand handeln würde. Von Selbstbewusstsein und Dreistigkeit zeugt auch die Wahl des altgedienten Siegfried »SS-Siggi« Borchardt zum Kreisvorsitzenden. Borchardt als früherer Landesvorsitzender der 1995 verbotenen »Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei« (FAP) und späterer Chef der »Kameradschaft Dortmund« symbolisiert in Person die Kontinuität der Dortmunder Neonazi-Szene, wenn gleich er heute keine wichtige Rolle mehr in der Neonazi-Szene spielt.

Auch wenn die Hinwendung zur Parteipolitik nur ein strategischer Schachzug ist, so ist damit allerdings der Aufwand verbunden, bei Wahlen anzutreten, um den Parteienstatus zu untermauern. Wahlantritte bei der Bundestagswahl im September – eine Landesliste NRW wurde bereits aufgestellt –, bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Frühjahr 2014 und bei den Europawahlen im Juni 2014 sind bereits angekündigt.

Verhältnis zur NPD

Als Partei stellt DR eine Konkurrenz und damit eine Gefahr für die in NRW äußerst schwache NPD dar, die gerade einmal 0,5 Prozent bei den letzten Landtagswahlen erzielte und aktuell weniger als 20 Stadt- und Kreistags-



[1]



[2]

Finde den Unterschied: Der NW Dortmund und »Die Rechte« im November 2009 [1] und im November 2012 [2] in Remagen.

mandate hat. In Dortmund verfügt die NPD über zwei Stadtratsmandate, Dortmund ist aber auch Schwerpunkt der DR. »Im nächsten Jahr beabsichtigen wir den Antritt zur Kommunalwahl, sowie den Einzug in den Stadtrat«, ließ der Dortmunder DR-Kreisverband bereits wissen. Das Verhältnis zwischen der Dortmunder NPD und den Neonazis um den ehemaligen NWDO ist schon seit vielen Jahren sehr angespannt. Eine weitere Zuspitzung war zu verzeichnen, als sich der NPD-Kreisverband weigerte, von Dennis Giemsch und anderen beantragte NPD-Parteimitgliedschaften zu akzeptieren und als sich die beiden NPD-Ratsherren Matthias Wächter und Axel Thieme bei einer Abstimmung über eine Stadtratsresolution gegen »Die Rechte« der Stimme enthielten. Aktuell scheinen die Streitigkeiten zu eskalieren. Der NPD-Landesvorstand klagt über Angriffe »auf die Dortmunder Stadträte [...] und weitere Funktions- und Mandatsträger« und über »Schmieraktionen« an Wächters Haus, u.a. mit der Aufschrift »Jude« und »Spitzel, Spalter, Hurensohn«. Darüber hinaus käme »es immer wieder zu Scheinbestellungen von Waren oder auch zu Diffamierungsschreiben in der Nachbarschaft«. DR beschuldigt ihrerseits Wächter, Informationen über die Szene an den Polizeilichen Staatsschutz weitergereicht und »nationale Aktivisten« belastet zu haben. Der Dortmunder Streit überlagert währenddessen die zaghaften Versuche der Verständigung zwischen NPD und DR in NRW. Trotzdem kommt es zu Kooperationen einzelner NPD-Kreisverbände und -Akteure mit der DR. Offenkundigstes Beispiel ist der NPD-Kreisverband Unna/Hamm um das NPD-Landesvorstandsmitglied Hans-Jochen Voß, der seit Jahren eng mit dem Kreis um Dennis Giemsch kooperiert und gerne auch mal die Geldbörse zückt, um bei finanziellen Engpässen auszuhelfen.

Ausblick

Erwartungsgemäß möchte sich das Spektrum der verbotenen »Kameradschaften« auch wieder mit Demonstrationen präsentieren. Anfangs begnügte man sich noch mit kleineren Aktionen und der Teilnahme an auswärtigen Demonstrationen, doch der 1. Mai 2013 rückt immer näher. Für diesen Tag hat DR Dortmund eine überregionale Demonstration in Dortmund angemeldet. Erster Testballon zur Überprüfung des eigenen Handlungsspielraumes war die Anmeldung eines Aufmarsches im westfälischen Soest: »Am 9. März findet eine Premiere statt: Nämlich die erste Demonstration der Partei«, hieß es im Vorfeld auf der Homepage des DR-Bundesverbands. Etwa 130 Neonazis folgten dem Aufruf nach Soest.

Aus dem NRW-Innenministerium gibt es zwar immer mal wieder die eine oder andere Aussage, dass sich die Neonazis nicht zu früh freuen mögen und die Möglichkeit eines Verbotes geprüft würde, herausgekommen ist hierbei aber bislang nichts. Sollte die Neonazi-Szene am 1. Mai – und damit nur acht Monate nach den Verboten – in Dortmund tatsächlich marschieren dürfen, hätten sich alle Verlautbarungen der Landesregierung und der Dortmunder Behörden, gegen den »braunen Spuk« konsequent vorzugehen, wieder einmal als Seifenblasen herausgestellt. Und von den Verboten wäre nichts, aber auch gar nichts, übriggeblieben. ■

Das »Hilfskomitee Südliches Afrika«

Das Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA) unterstützt das »Deutschtum« in Namibia und pflegt Kontakte zu einem extrem rechten Kader in Südafrika. Gegründet wurde es 1975 als Bündnisprojekt der NPD.

Was geschah in den Jahren von 1904 bis 1908 in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika? Wenn die Frage so einfach zu beantworten wäre! Da gibt es natürlich die Geschichtswissenschaft, die ein recht klares Bild von den Vorgängen hat. Die deutschen Kolonialtruppen, heißt es einhellig, gingen mit mörderischer Gewalt gegen die Herero und Nama vor, welche die weißen Unterdrücker aus dem Land zu jagen versuchten (Vgl. AIB Nr. 78). Dabei massakrierten die Soldaten des Kaiserreichs binnen vier Jahren mutmaßlich 65.000 Herero und 10.000 Nama. Allerdings hat die Geschichtswissenschaft ihre Rechnung ohne den findigen Diplom-Ingenieur Ralph Schroeder aus Großhansdorf bei Hamburg gemacht. Schroeder, ein strammer Burschenschafter von der Thuringia Braunschweig und seit Oktober 2011 Vorsitzender des HSA, hat die »Waterberglüge« entdeckt, der zufolge viele Herero nicht durch die barbarische Kriegsführung der Deutschen am Waterberg zu Tode gekommen seien, sondern weil ihre Rinder die wenigen Wasserstellen dort zertrampelt und unbenutzbar gemacht hätten – laut Schroeder eigene »Dummheit«. Er hat auch nachgerechnet und herausgefunden, dass allenfalls »6.000 bis maximal 8.000 Hereros« ihr Leben verloren hätten. Zahlen, wie sie die Geschichtswissenschaft verbreitet, haben ihm zufolge »ihren Ursprung in einer stalinistischen Propagandaküche«.

Das HSA, das die revisionistischen Ergüsse seines Vorsitzenden Ralph Schroeder im Internet verbreitet, unterstützt seit seiner Gründung die Nachkommen der deutschen Kolonialisten in Namibia sowie andere Weiße im Süden des Kontinents. Als am 16. August 1975 eine Handvoll Rechte in Frankfurt am Main zusammentrafen und ausweislich des Protokolls »die Gründung des Hilfskomitees Südliches Afrika« vollzogen, da waren ihre Aktivitäten noch gleichbedeutend mit Unterstützung für das südafrikanische Apartheid-Regime. Dieses wurde damals immer energischer von Widerstandsorganisationen wie ANC und SWAPO bedrängt und sah sich zunehmenden Protesten der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung ausgesetzt – was wiederum ein breites Spektrum in der deutschen Rechten veranlasste, einerseits das Regime direkt zu unterstützen und gleichzeitig der Anti-Apartheid-Bewegung etwas entgegenzusetzen. Im HSA waren vor allem NPD-Funktionäre wie etwa Peter Dehoust, Hans-Michael Fiedler und Heinz Flöter aktiv, die systematisch versuchten, die Apartheid-Unterstützung als partei- und spektren-übergreifendes Bündnisthema zu nutzen. Zumindest in den Anfangsjahren hatten sie damit Erfolg: Auf ihren Seminaren traten Unions-Bundestagsabgeordnete auf; einer der Gründer, der Coburger Karl Spieß, gehörte laut Dehousts Zeitschrift »Nation Europa« sogar selbst der CSU an.

Mit dem Sieg des antirassistischen Widerstands über das Apartheid-Regime und seine UnterstützerInnen haben sich die politischen Rahmenbedingungen für das HSA grundlegend gewandelt. Konnte es sich vor dem Ende der Apartheid als Helfer des südafrikanischen Regimes betätigen und punktuell mit Staatsvertretern kooperieren, so ist es seit 1994 auf die Stärkung des »Deutschtums« vor allem in Namibia zurückgeworfen. Es unterstützt deutschsprachige Schulen und sammelt Spenden für sie, was indirekt der offiziellen deutschen Außenpolitik zugute kommt, die ihrerseits mit Zuschüssen dafür sorgt, dass die Schulen der Kolonialisten-Nachfahren fortbe-



[1] Im Hilfskomitee Südliches Afrika waren vor allem NPD-Funktionäre aktiv, die versuchten, die Apartheid-Unterstützung als partei- und spektrenübergreifendes Bündnisthema zu nutzen. Hier Werbung für Aufkleber des HSA auf einer Abo-Postkarte der (Neo-)Nazi-Publikation »Nation Europa«.



[1] Claus Nordbruch unterhält Kontakt zum Hilfskomitee. Er lebt seit 1986 in Südafrika, gilt als Waffennarr und hat enge Beziehungen in breite Kreise der deutschen extremen Rechten bis ins NSU-Umfeld.

Bild: Screenshot der Homepage von Claus Nordbruch.

stehen. Die Fokussierung auf dröge »Deutschtums«-Politik hat zum einen jedoch die Attraktivität des Hilfskomitees für AktivistInnen der extremen Rechten reduziert. Konkrete politische Projekte seien bei der Mitgliederversammlung vom Oktober 2011 »kaum vorgestellt« worden und würden ohnehin auch »unsere Möglichkeiten übersteigen«, hielt die Protokollantin damals resigniert fest. Andererseits trägt die Organisation der inhaltlichen Verschiebung in der Zusammensetzung ihres Vorstands Rechnung. Aus der alten Riege war im Oktober 2011 nur noch Peter Dehoust zugegen; er wies zudem darauf hin, dass er »aufgrund seines gesundheitlichen Zustandes wahrscheinlich keine 4 Jahre mehr« den Posten des Hilfskomitee-Schatzmeisters behalten könne.

Welche Kreise stattdessen im Hilfskomitee stärkeren Einfluss gewonnen haben, das zeigte etwa der Vorstandswechsel des Jahres 2003. Neuer Vorsitzender wurde der Bundesgrenzschutzpfarrer Rolf Sauerzapf, der im Grenzschutz von 1972 bis 1978 für die Region Bonn zuständig war – die GSG 9 inklusive – und von 1979 bis 1993 von Kassel aus die gesamte evangelische Grenzschutz-Seelsorge leitete; intime Beziehungen zum deutschen Staat sind für solche Funktionen unverzichtbar. Sauerzapf, der 1975 in Pretoria promoviert hatte, ist heute noch für ultrarechte Organisationen vom Preußeninstitut bis zur Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung aktiv; vor allem aber ist er ein altgedienter »Deutschtums«-Aktivist und als solcher stellvertretender Verwaltungsratschef im Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland (VDA). Sein VDA-Kollege Hartmut Fröschle war ebenfalls zeitweise für das Hilfskomitee tätig, was durchaus von Interesse ist, da der VDA-Vorsitzende Hartmut Koschyk (CSU) immerhin als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium fungiert (Vgl. AIB Nr. 96). Ralph Schroeder, der 2003 zu Sauerzapfs Stellvertreter im HSA gewählt wurde und ihn im Oktober 2011 als Vorsitzender ablöste, hatte in den 1990er Jahren die »Deutschtums«-Aktivitäten der Deutschen Burschenschaft im früheren Ostpreußen vorangetrieben. Seine Ehefrau Ulla Schroeder leitet übrigens die Hamburger Geschäftsstelle des Traditionsverbandes ehemaliger Schutz- und Überseetruppen, der auch den Kolonialisten in »Deutsch-Südwest« ein ehrendes Andenken bewahrt. Die Postanschriften des Hilfskomitees und der Traditionsverbands-Geschäftsstelle sind mittlerweile identisch. Burschenschafter Schroeder hat die »Waterberglüge« übrigens zwar entdeckt, aber nicht erfunden – sie wird von Kolonialnostalgikern schon länger kolportiert. Ähnlich revisionistische Ideen äußerte etwa Claus Nordbruch auf einem Treffen des Schutztruppen-Traditionsverbandes im Oktober 2003 in Bad Lauterberg. Nordbruch unterhält schon lange Kontakt zum Hilfskomitee und hat von diesem im Sommer 2008 sogar den »Südwester Reiter« bekommen, eine Auszeichnung für »seinen Einsatz« für »die geschichtliche Wahrheit und das Ansehen der Deutschen im Ausland«. Der »Reiter« soll im Rahmen eines »Südafrika-Seminars« im Eisenacher »Berghotel« verliehen worden sein, an dem die Deutsche Burschenschaft Anteile hält. Nordbruch, der seit 1986 in Die Wilgers in Südafrika lebt, als Waffennarr gilt und enge Beziehungen in breite Kreise der deutschen extremen Rechten unterhält, hatte bereits im August 1998 die Thüringer Neonazis Andre Kapke und Mario B. auf seiner Farm bei Pretoria in Südafrika empfangen. Mitte September 1998 soll Nordbruch dann mit dem NSU-Unterstützer Ralf Wohlleben und den Thüringer Neonazi-Aktivisten Andre Kapke und Mario B. an einem »Südafrika Seminar« des HSA in Coburg teilgenommen haben. Ein Jahr später war Nordbruch vom »Südafrika-Seminar« des Hilfskomitees im fränkischen Bad Staffelstein (10. bis 12. September 1999) kommend, nach Jena gereist – und hatte dort am 14. September vor dem Thüringer Heimatschutz referiert. Wie weit seine Kontakte in das NSU-Umfeld reichten, ist bis heute nicht abschließend geklärt. Seine Visitenkarte fand sich immerhin in der letzten NSU-Wohnung in der Frühlingsstraße in Zwickau. ■

Neonazis, Makerspaces, Nerds

und ein »stiller« Ausstieg der keiner ist...

Im Januar 2013 wurden die österreichischen Neonazis Gottfried Küssel, Felix Budin und Wilhelm Christian Anderle zu mehrjährigen Haftstrafen wegen neonazistischer »Wiederbetätigung« verurteilt.[1] Sie waren angeklagt, die neonazistische Website alpen-donau.info (ADI) und ein daran angeschlossenes Forum (alinfodo.com) betrieben zu haben. Im Laufe des Prozesses fiel ein Name immer wieder: Robert Marquardt.

Emil Meyer

Marquardt betrieb einen Server auf dem neben rund 50 neonazistischen Websites auch ADI und das Forum gehostet wurden. Darüber hinaus hat er die Domain ADI und alinfodo.com registrieren lassen und bezahlt. Auch ist er zusammen mit Anderle Mitbegründer und Betreiber des Anonymsierungsdienstleisters »Perfect Privacy«. Eigentlich sollte Marquardt im Prozessverlauf an einer Videobefragung teilnehmen, dies verweigerte er jedoch und schwieg beharrlich zu den dargelegten Sachverhalten. Nach wie vor ist er Vorsitzender des Hamburger Makerspace[2] »Attraktor e.V.« und verkehrt ohne Probleme in Hacker- und Makerkreisen. Auch die Tatsache, dass die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen ihn wegen Volksverhetzung ermittelt scheint die Communities rund um den Hackerspace nicht besonders zum Nachdenken und Handeln anzuregen.

https://www.robert-marquardt.com

Zur Person Robert Marquardts gab es bereits einige Veröffentlichungen[3], die allen Interessierten sehr detailreich deutlich gemacht haben sollten, wessen Geistes Kind hier am Werke ist. So war er nicht nur Mitglied auf skadi.net, als das »Nationale Forum« mit dieser Seite fusionierte, sondern wurde auch gleich als Mitglied im »Nationalsozialisten Privatforum« (NSPF) auf skadi.net aufgenommen. Nach Marquardts Meinung wurde das NSPF »speziell für die NS'ler eingerichtet um Themen geschlossen besprechen zu können«. Im Mai 2005 gründete er das »Forum Großdeutsches Vaterland« als Abspaltung von »Skadi« mit: ein Forum »exklusiv für Nationalsozialisten und Sympathisanten des Nationalsozialismus«. Konsequent schließt der sich auf grossdeutsches-vaterland.net ebenfalls »Patria« nennende Marquardt, seine Hauptfeinde aus: »Juden, Negern sowie Mischlingen ist die Mitgliedschaft untersagt.« Als sich thiazi.net 2007 von skadi.net abspaltete, unterstützte Marquardt die »Thiazi«-ModeratorInnen, indem er ihnen den Umgang mit verschlüsselter Kommunikation beibrachte und Jabber-Accounts auf seinem eigenen Server einrichtete. 2009 ging ADI nach dem Vorbild der deutschen Sektion von »Altermedia« online. Im Forum von »Perfect Privacy« schreibt Marquardt unter dem Pseudonym »Patrick« in der »Plauderecke«: »Zugriff auf die PP Server haben alle Administratoren, die auch regelmäßig einen Blick auf die Konfiguration werfen und damit gewährleisten, dass nicht geloggt wird.«

Eine Tatsache, die neben allen anderen Fakten gerade in der Hacker_innenszene offensichtlich noch nicht ernsthaft wahrgenommen wird, ist die, dass Marquardt nach wie vor den Anonymisierungsdienst »perfect-privacy« anbietet. Ein florierendes Geschäft, zumal Aktive des »Attraktor e.V.« und des Hamburger Chaos Computer Clubs bis heute seinen Dienst anpreisen.[4]

Zu wenige Konsequenzen...

Im Zuge der Auseinandersetzungen rund um die Veröffentlichungen gab es zwar eine Stellungsnahme vom »Attraktor e.V.«[5], dieser stellt sich allerdings hinter Marquardt und behauptet gar, er sei ein Aussteiger aus der rechten Szene. Auch die einstimmige Wiederwahl Marquardts zum Vorstand macht deutlich, wie die Vereinsmitglieder zu den recherchierten Tatsachen stehen. Einige wenige (inzwischen ehemalige) Nutzer_innen des

1| Vgl. http://derstandard.at/r1336697858813/Kuessel-Prozess
2| Maker- bzw. Hackerspaces sind (physische) Räume in denen technisch Interessierte zusammenkommen, basteln, progammieren und hacken.
3| Vgl. https://linksunten.indymedia.org/de/node/63147
4| Vgl. Werbende Beiträge über die »Freifunk«-Emailiste
5| Vgl. http://blog.attraktor.org/2012/07/pressemitteilung/
6| Vgl. www.rdl.de/index.php?option=com_content&view=article&id=17440:ak-vorrat-will-



Foto: www.stopptdierechten.at



Foto: kuesselskameraden.blogspot.eu

[1] Der Mitangeklagte Felix Budin bei einer Kundgebung in Braunau/Inn 2006 (Mitte hinten mit Brille und weißem Hemd).

[2] Mit Trachtenjacke und Hut, Gottfried Küssel 2008 bei einer Demonstration in Wien.

»Attraktor e.V.« zogen die richtigen Konsequenzen. So verließ neben dem »AK Vorratsdatenspeicherung«[6] auch der Chaos Computer Club (CCC)[7] die Räume und fror die Gelder für die Miete des Hamburger CCC ein. Als aktive Mietervereine im Makerspace »Attraktor e.V.« verblieben damit nur noch die »Sportsfreunde der Sperrtechnik – Deutschland e.V.« und der »Attraktor e.V.« selbst. Aus internen Quellen ist bekannt, dass die Mietsituation zu einem Problem werden könnte: Die Räume in der City Nord kosten an Miete mehrere tausend Euro im Monat, eigentlich zu viel für die verbleibenden Mieter. Wäre da nicht u.a. Robert Marquardt der dem Attraktor e.V. mit beträchtlichen Eigenmitteln unter die Arme greift. Kein Wunder also, dass er dort auf eine solch starke Unterstützung setzen kann.

29c3 – Nazis not in any department

Zum Glück sind aber nicht alle an Technik Interessierten nach rechts offen, wie die FreundInnen Marquardts. Ein Workshop auf dem CCC-Kongress 29c3/2013 zu Neonazis in Hacker/Maker-Spaces, der von Hamburger Antifas und einer linken Tech-Gruppe organisiert wurde, war mit rund 100 Teilnehmenden sehr gut besucht. Die anschließende Diskussion zeigte auf, dass es durchaus eine große Anzahl an Menschen gibt, die weder für das Verhalten des »Attraktor e.V.« noch für deren Unterstützung Verständnis haben und sich eine klare Trennung wünschen würden. Auch wurde deutlich, dass der Großteil der Anwesenden sich eine klare antifaschistische Grundhaltung von Hackerspaces wünscht. Die UnterstützerInnen Marquardts versuchten derweil, das Problem auf ein Kommunikationsdefizit zwischen »Antifa« und »Attraktor« kleinzureden und sich selbst als Opfer darzustellen, da sie selber schon länger an einem »stillen« Ausstieg mit Marquardt arbeiten würden.

Zu einem Ausstieg, der keiner ist...

In allen Diskussionen, die geführt wurden, sprachen die FreundInnen Marquardts von einer vermeintlichen Abkehr bzw. Ausstieg aus der rechten Szene. Für einen ernstgemeinten Ausstieg aus der rechten Szene wurden aber keine klaren Anhaltspunkte transparent, nachvollziehbar und öffentlich gemacht.[8] Bei dem Strafverfahren in Österreich hätte er eine Aussage machen und so einen öffentlichen Bruch mit der Neonaziszene verdeutlichen können. Marquardt lehnte dies ab. Und das, obwohl er behauptet, bereits 2008 aus der Neonaziszene ausgestiegen zu sein. Auch die Tatsache, dass ADI erst 2009 online ging, also ein Jahr nach seinem vermeintlichen Ausstieg, macht seine Aussagen mehr als unglaubwürdig. Die von Marquardt aufgebaute und jahrelang betreute technische Infrastruktur für Neonazis besteht jedoch zum Teil noch immer und sein umfangreiches Wissen über die neonazistischen Admins und den von ihnen aufgebauten Strukturen werden nicht Preis gegeben. Auch sein beharrliches Schweigen zur eigenen Geschichte und Verwobenheit in der rechten Szene gegenüber einer interessierten Öffentlichkeit macht deutlich, dass sich hier jemand den Weg in alle Richtungen offen halten will. Kein Wunder, da auch viele Neonazis nach wie vor gerne »perfect privacy« nutzen – wissen sie doch, »welchen Kameraden man auch in schwierigen Zeiten vertrauen kann«.[9]

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich der »Attraktor e.V.« und die UnterstützerInnen von Marquardt ohne antifaschistische Interventionen kritisch zu dem weiteren Verlauf verhalten werden. Die bisher gemachten Erfahrungen lassen vielmehr darauf schließen, dass die Situation totgeschwiegen und möglichst nichts mehr davon thematisiert werden soll. ■

nun-auch-nicht-mehr-bei-attraktor-ev-tagen&catid=447:dorfnachrichten&Itemid=405

7| Vgl. http://ccc.de/de/updates/2012/distanzierung-attraktor

8| Vgl. AIB Nr. 74 (1.2007): Aussteiger, Rückzieher, Aufhörer, Austreter

9| Vgl. Kommentar von »xRaceR'otx« – http://altermedia-deutschland.info/content.php/2961-Alpen-Donau-info-Urteil-diese-Woche-moeglich



Neue zentrale Punkte des Rechtskonservatismus

Die maßgeblichen Akteure des Rechtskonservatismus, die Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) und das Institut für Staatspolitik (IfS), haben ihre Strukturen in Berlin ausgebaut. Die JF-nahestehende »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« eröffnete die »Bibliothek des Konservatismus« und das Institut für Staatspolitik (IfS) ihr Berliner Büro.

Seit dem 23. November 2012 steht die »Bibliothek des Konservatismus« (Vgl. AIB Nr. 84) der »Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung« (FKBF) der Öffentlichkeit zur Verfügung. In bester Westberliner Lage und auf mehreren hundert Quadratmetern baute die Stiftung nach mehr als vier Jahren Vorlaufzeit die größte Spezialbibliothek zum Thema Konservatismus in Theorie und Praxis auf. Damit wurde vom rechtskonservativen FKBF der wichtigste Anlaufpunkt für konservative Schriften geschaffen.

Stifter und Stiftung

Die FKBF steht ganz im Zeichen ihres Gründers Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, dem selbsterklärten »Kristallisationspunkt der konservativen Intelligenz in Deutschland«. Mit der Herausgabe der Zeitschrift »Criticon« (Vgl. AIB Nr. 71) in den Jahren 1970 bis 1998, der wichtigsten Zeitschrift des deutschen Rechtskonservatismus in der Bundesrepublik, war er verantwortlich für wesentliche Impulse und Diskussionen im politischen und intellektuellen Rechtskonservatismus fernab der CDU/CSU. »Criticon« bestimmte bzw. reflektierte in den Jahrzehnten ihres Erscheinens die Debatten innerhalb des Konservatismus, offenbarte aber auch ihre Berührungspunkte zur extremen Rechten.

1998 zog sich Schrenck-Notzing von der Herausgeberschaft der »Criticon« zurück, die ihre zentrale politische Rolle verlor. 2005 wurde sie schließlich umbenannt und das Nachfolgeprojekt spielte keine Rolle mehr für den Rechtskonservatismus. Die Nachfolge der »Criticon« als Debatten- und Theorieorgan des Rechtskonser-

vatismus hat inzwischen die »Sezession« (Vgl. AIB Nr. 78) vom »Institut für Staatspolitik« übernommen. Die Zweimonatszeitschrift entwickelte mit steigender Auflage und Anbindung neuer AutorInnen eine zunehmende Wirkung, die nicht selten über die Grenzen des Rechtskonservatismus hinaus rezipiert wird – sei es in etablierten konservativen Kreisen, oder in der extremen Rechten.

Als neues Betätigungsfeld gründete der Publizist Schrenck-Notzing im Jahr 2000 die gemeinnützige FKBF. Sie betätigt sich vor allem in der Förderung von rechtskonservativen Publizisten, zum Beispiel durch Preisverleihungen und der Schaffung der »Bibliothek des Konservatismus«. Die Leitung der Stiftung übernahm der Chefredakteur der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« Dieter Stein bereits 2007 und vertrat die Stiftung bei den wenigen öffentlichen Aktivitäten. Dazu gehörte vor allem die Verleihung des »Gerhard-Löwenthal-Preises« (Vgl. AIB Nr. 94) durch die Stiftung in Zusammenarbeit mit der »Jungen Freiheit«. Dieser Preis wird jährlich an konservative JournalistInnen sowie an ProtagonistInnen des Rechtskonservatismus verliehen. Zu den PreisträgerInnen gehörten beispielsweise Ellen Kositza (v.a. Autorin in Sezession) und André F. Lichtschlag (Herausgeber der Zeitschrift »eigentümlich frei«), aber auch der Lieblingsjournalist der »Jungen Freiheit« Peter Scholl-Latour und der Historiker Ernst Nolte.

Bibliothek konservativen Denkens

Bereits zu Lebzeiten stellte der 2009 verstorbene Publizist Schrenck-Notzing seine mehr als 20.000 Bände umfassende Privatbibliothek in den Mittelpunkt der Stiftung, die es sich zur Aufgabe machte diese der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Vor der Eröffnung 2012 war die Bibliothek von München nach Berlin umgezogen und wurde dort in den neuen umfangreichen Räumlichkeiten der Stiftung aufgestellt. Aufgrund zahlreicher weiterer Schenkungen, wie beispielsweise der Bibliothek des verstorbenen Protagonisten des christlichen Rechtskonservatismus Günter Rohrmoser oder der Sammlung zu »Lebensrecht« von der Stiftung »Ja zum Leben« , ist die »Bibliothek des Konservatismus« bereits jetzt die umfassendste Sammlung zum Thema (Rechts-) Konservatismus. Aber die Stiftung verschreibt sich nicht nur der Dokumentation und Sicherung konservativer Schriften, sondern gibt rechte Impulse für einen aktiven Konservatismus aus. Dazu gehört auch, dass die Räumlichkeiten für Veranstaltungen genutzt werden können und sollen. Die erste war die Buchpräsentation »Abtreibung – ein neues Menschenrecht?« in Zusammenarbeit mit dem Berliner Landesverband der »Christdemokraten für das Leben« (CDL). Unter den Gästen waren zahlreiche VertreterInnen von sogenannten Lebensschutzorganisationen wie »Aktion Lebensrecht für Alle« (ALfA) oder der CDU-MdB Thomas Dörflinger.

Auf dem »Zwischentag« des Instituts für Staatspolitik – als »Freie Messe« von deutschen und österreichischen Projekten – präsentierte der Bibliotheksleiter der FKBF und frühere JF-Redakteur Wolfgang Fenske die »Bibliothek des Konservatismus« den mehreren Hundert BesucherInnen.

Die »Bibliothek des Konservatismus« ist keine unpolitische Spezialbibliothek, sondern mit ihrer Stiftung als Träger ein wesentlicher Akteur im deutschen nichtparteilichen Rechtskonservatismus. Sie wird sich wohl zum zentralen Anlaufpunkt für Forschung zum breiten Thema Konservatismus entwickeln und auch in die »unpolitische« wissenschaftliche Bearbeitung des Themas wirken.

Kontinuierlicher Ausbau der Strukturen

Zeitnah zur Eröffnung der »Bibliothek des Konservatismus« vermeldete mit dem Institut für Staatspolitik (IfS) ein weiteres Projekt den erfolgreichen Ausbau seiner Strukturen und den Schritt in die Öffentlichkeit. Anfang Dezember 2012 wurde die Einweihung von Räumlichkeiten des Instituts in Berlin bekanntgegeben. Dazu gab es von der brandenburgischen Rechtsauslegerin, der CDU-Landtagsabgeordneten Saskia Ludwig ein lobendes Grußwort: »Im ewig neuen Ringen um Wahrheit und Freiheit können hier Ideen entstehen«

Die neuen Räume sollen neben der Bürotätigkeit auch für kleinere Veranstaltungen genutzt werden. Das ist vor allem mit dem Hintergrund interessant, da das IfS in der Vergangenheit immer wieder Probleme hatte, für ihre zahlreichen Veranstaltungen externe Räumlichkeiten zu finden. Für größere Veranstaltungen, wie dem halbjährlichen »Berliner Kolleg« und den »Zwischentag«, scheinen sie mit dem Logenhaus in Berlin-Wilmersdorf einen festen Vermieter gefunden zu haben.

Die kleinere Veranstaltungsreihe in den neuen Räumlichkeiten trägt den Name »Staatspolitischer Salon« und soll alle zwei Monate stattfinden. Bereits im Februar wurde die erste zum 20. Jahrestag der Veröffentlichung des Essay »Anschwellender Bocksgesang« von Botho Strauß durchgeführt.

Auch für das »Institut für Staatspolitik« nimmt Berlin zunehmend eine tragende Rolle für die Aktivitäten auf dem Weg zum »rechte[n] Pendant zum Hamburger Reemtsma-Institut« ein. Das »Berliner Kolleg« wird 2013 zum 22. Mal durchgeführt und der »Zwischentag« von 2012 auch in diesem Jahr wiederholt. Ergänzend dazu wird die Arbeit des neuen Büros und der Veranstaltungsreihe weiter ausgebaut. Das IfS festigt damit seine zentrale Rolle im deutschen Rechtskonservatismus. ■

Den Überblick behalten

Die extreme Rechte auf einer Karte

Einen neuen Ansatz in der Darstellung von Informationen über die extreme Rechte verfolgt das apabiz mit dem Projekt »Rechtes Land«. Auf einer interaktiven Karte im Internet werden Schauplätze und Ereignisse der rechten Szene dargestellt. Dabei geht es in erster Linie nicht darum, neue Informationen zu sammeln, sondern bereits vorhandenes Wissen zu bündeln und ortsbezogen darzustellen. Denn »Rechtes Land« soll eine übersichtliche Quellensammlung mit visuellem Zugang über eine Karte werden.

An Wissen über Neonazis, ihre Strukturen, Aktivitäten und Gewalttaten mangelt es vielerorts nicht. Doch wahr- und vor allem auch ernst genommen werden die durch Antifa-Gruppen, Initiativen und Engagierte vor Ort gesammelten Erkenntnisse oft nur widerwillig oder gar nicht. Durch den Zugang über eine Karte findet das lokal vorhandene Wissen Verbreitung und zugleich kann das Engagement bekannter gemacht werden.

Ein Atlas mit Informationen und Quellen bietet aber weitaus mehr Möglichkeiten als die reine Darstellung von Ereignissen. Einfach und übersichtlich lassen sich Schwerpunkte und Zusammenhänge erkennen. Wo gibt es viele Übergriffe, an welchen Orten marschieren Neonazis regelmäßig auf, wie sind rechte Parteien kommunal verankert? Bei »Rechtes Land« lässt sich dieses Wissen zukünftig übereinander legen und visuell darstellen. Will man mehr über die einzelnen Ereignisse erfahren, so kommt man auf die Homepages derjenigen, die darüber berichten und die rechte Szene verfolgen und ihr hinterher recherchieren.

Neue Recherche-Ansätze

Bereits seit einiger Zeit wird im apabiz mit Web-Anwendungen experimentiert und Recherchen mit datenjournalistischen Methoden unterstützt. Ergebnisse dieser Arbeit sind die interaktive Zeitleiste zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)[1] und zu den Angriffen von Neonazis aus dem Umfeld des NW Berlin[2]. Bei diesen ersten Schritten ging es darum, mit der Abbildung der Ereignisse auf einer Karte und einer Zeitleiste einen Überblick über Strukturen zu bekommen und Abläufe und Handlungsmuster zu erkennen. Einen ähnlichen Ansatz wurde bei einer Veröffentlichung zu Neonazi-Versänden[3] gewählt. Durch Hacks rechter Versandhäuser werden schon seit Jahren immer wieder die Bestelldaten von Neonazis öffentlich und im Internet abrufbar gemacht. Die Auswertung dieser Daten ermöglicht verschiedene Erkenntnisse: Über die Herkunft der Besteller_innen lässt sich erkennen, wo es besonders viele Konsument_innen von Szene-Klamotten und Rechtsrock gibt. Dies erlaubt Rückschlüsse auf die regionale Verankerung von rechtem Lifestyle.

Den beschriebenen Projekten war eines gemein: die verwendeten Daten lagen bereits vor, die interaktive Form der Aufbereitung ermöglicht jedoch neue Analysen und Schlussfolgerungen. Gerade wenn wir mit einer Fülle von Informationen konfrontiert werden, helfen die Tools einen Überblick über Orte, Personen und Strukturen zu bekommen – und darin auch bestimmte Muster ablesen zu können. Dieser Effekt soll in Zukunft durch die Verzahnung von Wissen und Informationen über die Szene noch stärker genutzt werden

Der Anfang ist gemacht

Bei der Umsetzung des Projektes wird als Software, ein sogenanntes Geo-Informationssystem (GIS), genutzt, das von den Macher_innen für das Projekt zur Verfügung gestellt wird. Im groben funktioniert die Karten-Anwendung wie die bekannten Google Maps. Auf einer Karte werden die einzelnen Ereignisse und Informationen als Marker dargestellt, durch Anklicken öffnet sich eine Infobox mit Details und einem Link zu der Website derjenigen, die die Informationen zur Verfügung stellen. Was auf der Karte dargestellt werden soll, kann über Kategorien ausgewählt werden. In der ersten Version sind die Kategorien »Rechtes Land« mit Infos zu Neonazi-Struktu-

1| www.nsu-watch.info/zeitleiste
2| www.blog.schattenbericht.de/berlin
3| apabiz-Rundbrief monitor Nr. 54: Der rechte Lifestyle blüht im Osten. www.apabiz.de/versaende



ren, Angriffen und Chroniken geplant, »Geschichte« mit Historischem, »Gegen Rechts« mit Verweisen zu Gruppen und Initiativen, sowie »News«, wo RSS-Feeds der antifaschistischen Zeitschriften und Blogs über Neonazis und andere Rechte auf der Karte dargestellt werden.

Für die Karte war eine Anschub-Finanzierung notwendig. Hier wurde ein eher unkonventioneller Weg gegangen. Genau einen Monat war Zeit, um das benötigte Geld über eine Crowdfunding-Kampagne zusammen zu bekommen. Über 400 Menschen unterstützten das Projekt mit kleineren und größeren Beträgen. Wäre die Summe nicht erreicht worden, hätte es das Projekt nicht gegeben, so das Prinzip von Crowdfunding. Der Weg, eine Idee über »die Crowd« zu finanzieren, lag bei einem Internetprojekt, wie »Rechtes Land« eines ist, nahe. Bereits vor etwas über einem Jahr hatte die antifaschistische Kampagne »Kein Bock auf Nazis« die Druckkosten für eine neue Schüler_innenzeitung über Kleinstbeträge und -spenden im Internet eingesammelt.

Eine erste Version der Karte ist bereits online und unter www.rechtesland.de zu erreichen. Obwohl einige Inhalte schon dargestellt werden, ist die Arbeit noch lange nicht abgeschlossen, Datenquellen müssen erschlossen und Informationen eingepflegt werden. Von einigen Gruppen und Initiativen wurde das apabiz bereits angesprochen, andere Ideen sind in Arbeit. Das Projekt bietet die Möglichkeit, dass Erkenntnisse und Wissen breiter gestreut und präsenter gemacht, Informationen übersichtlich gesammelt und dargestellt werden. Es eignen sich alle Arten von Informationen, die einen Bezug zu einem Ort haben, der auf der Karte dargestellt werden kann. Dies können Angriffe von Neonazis, Infos zu rechten Immobilien, Artikel zu Aufmärschen etc. sein. Je genauer der Ort, beispielsweise die Straße oder ein S-Bahnhof, bekannt ist, desto genauer kann der Marker gesetzt werden. So kann ein Bild über Neonazis und deren Aktivitäten und Strukturen in bestimmten Regionen entstehen. Zukünftig wird es dann auch möglich sein, die »eigene« Karte auf der Homepage einzubinden, ähnlich wie es auch von Google Maps bekannt ist. Das Projekt funktioniert nur in der Zusammenarbeit vieler. Alle, die weitere Ideen und eigene Websites, Chroniken und Infosammlungen haben, können das apabiz kontaktieren, um »Rechtes Land« zu füllen. ■

Mehr Informationen auf: www.rechtesland.de

Tödlich unpolitisch

Zur Erfassung von Todesopfern rechter Gewalt am Beispiel Sachsen-Anhalt

Nach der Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) sieht die Bundesregierung zwar keinen Bedarf, die 2001 eingeführten und von zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Initiativen kritisierten Kriterien für die Erfassung der durch Neonazis Getöteten zu überarbeiten, dennoch hat sich die »offizielle« Statistik geändert. Nicht nur die zehn durch den NSU Ermordeten sind aufgenommen worden, ebenso sahen sich einzelne Bundesländer dazu veranlasst, auch weitere, länger zurückliegende Tötungsdelikte neu zu untersuchen. An Art und Weise der Erfassung sowie der darin deutlich werdenden staatlichen Ignoranz im Umgang mit Betroffenen rechter Gewalt muss weiterhin Kritik formuliert werden. Dies soll am Beispiel Sachsen-Anhalt verdeutlicht werden, wo mittlerweile der Bericht zur Nachuntersuchung diverser Tötungsdelikte zwischen 1993 und 2008 vom Innen- sowie Justizministerium veröffentlicht wurde.

Mit Stand vom November 2012 ließ das Bundesinnenministerium verlautbaren, »dass seit 1990 nunmehr 63 Todesopfer rechter Gewalt zu beklagen sind.« Auffällig hierbei ist die hohe Diskrepanz zu den bis zu 182 dokumentierten Fällen von durch Neonazis Ermordeten, wie sie unabhängige Initiativen veröffentlichen. Diese hohe Abweichung ergibt sich aus der Logik des 2001 eingeführten Meldesystems Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) und dem darin enthaltenen Bedürfnis staatlicher Behörden, Deutungshoheit darüber zu erlangen, was einen politischen Tathintergrund darstellt und was nicht.

Meldesystem PMK

Grundlage des Meldesystems sind die Richtlinien des »Kriminalpolizeilichen Meldedienstes – Politisch motivierte Kriminalität«, die für alle Bundesländer verpflichtend gelten. Demnach werden kriminaltechnische Anfragen von den einzelnen Staatsschutzabteilungen an die jeweiligen Landeskriminalämter weitergeleitet, durch diese ihrer Zuordnung überprüft und anschließend an das Bundeskriminalamt (BKA) übermittelt. Die Taten werden dabei in die Kategorien PMK-rechts, -links, -Ausländerkriminalität und -sonstige unterteilt und in die Statistik des Bundesinnenministeriums aufgenommen. Einzige Ausnahme stellen hierbei die NSU-Morde dar, die selbstständig vom BKA übernommen wurden. Dass dieses neue System aber ebensowenig wie das Vorläufermodell in der Lage ist, das gesellschaftliche Ausmaß und Vorhandensein extrem rechter Einstellungen zu erfassen, verdeutlicht stellvertretend das Beispiel Sachsen-Anhalt. Hier wurden neun Tötungen unter Zuhilfenahme der aktuellen Richtlinien untersucht und abschließend drei »Fälle« neu in die Statistik des Bundes aufgenommen.

Offizielles aus Sachsen-Anhalt

Mitte April 1993 kam es vor einer Diskothek in Obhausen zu einer Auseinandersetzung zwischen Besucher_innen und Neonazis, in der letztere unterlagen. Um sich für die Niederlage »zu rächen«, stürmten am 24. April 1993 40 bis 50 Neonazis die Diskothek, verschossen Reizgas sowie Leuchtmunition und schlugen auf die Anwesenden ein. Der 23-jährige Matthias Lüders erhielt dabei mit einem Baseballschläger zwei Schläge auf den Kopf und erlag zwei Tage später den dadurch zugefügten Verletzungen.

Der 37-jährige Hans-Werner Gärtner geriet auf Grund einer geistigen Beeinträchtigung des öfteren in den Fokus neonazistischer Anfeindungen in seinem Wohnort Löbejün. Im August 1999 wurde er durch Neonazis angegriffen und verletzt, woraufhin es zu einer polizeilichen Anzeige kam. Nur zwei Monate später, am 8. Oktober 1999, trafen die Neonazis erneut auf Hans-Werner Gärtner und wollten sich für die Anzeige »rächen«. Über mehrere Stunden wurde er so lange misshandelt, bis er letztlich kaum noch zu erkennen war und an der Gesamtheit seiner Verletzungen starb.

Ebenfalls auf Grund einer geistigen Beeinträchtigung wurde der 39-jährige Jörg Danek am 29. Dezember 1999 durch Neonazis in Halle getötet. Die Angreifer schlugen und traten so massiv auf ihn ein, dass er aufgrund schwerer Halswirbelverletzungen starb.

So erschreckend sich jede einzelne Tat auch darstellt, drängt sich gleichzeitig die Frage auf, warum den weiteren Getöteten Eberhart Tennstedt (43 Jahre / Quedlinburg), Helmut Sackers (60 Jahre / Halberstadt), Willi Worg

(38 Jahre / Milzau), Andreas Oertel (40 Jahre / Naumburg), Martin Görges (46 Jahre / Burg), Hans-Joachim Sbrzesny (50 Jahre / Dessau) und Marcel W. (18 Jahre / Bernburg) eine »offizielle« Anerkennung als Opfer rechter Gewalt weiterhin verwehrt wird?

Amtlich rechts

Eine Antwort darauf liefert Bundesinnenminister Friedrich (CSU) selbst und zeigt damit gleichzeitig die notwendige Auseinandersetzung um Deutungshoheit. »In dieser Statistik werden nur Täter aufgeführt, bei denen ganz klar und gerichtsfest eine rechtsextreme Tatmotivation vorliegt. Wenn der Täter zwar eine rechtsextreme Gesinnung hat, seine Tat aber nichts mit dieser Gesinnung zu tun hat, dann wird er nicht in dieser Statistik geführt«.

Auf welcher Grundlage darf also entschieden werden, wann die rechte Ideologie der Tatbeteiligten eine Rolle spielt und wann nicht? Nach den Bundesministerien Inneres und Justiz liegt PMK-rechts vor »wenn Bezüge zu völkischem Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren«. Gerade aber die Bewertung der Ursächlichkeit macht es den staatlichen AnhängerInnen der »Extremismustheorie« fast unmöglich, neonazistische Taten in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu betrachten. Diese Sichtweise durchzieht den Untersuchungsbericht aus Sachsen-Anhalt und veranschaulicht die zugrundeliegenden Detailprobleme. Demnach fällt es schwer, ein rechtes Tatmotiv festzustellen, wenn die Getöteten nicht in eine stereotype Opfergruppe von Neonazis passen, diese z.B. erst mit einem Obdachlosen trinken, um ihn anschließend trotzdem aus Hass auf »Asoziale« zu töten (Vgl. AIB 89) oder rassistische Tatmotive vorliegen, der/die TäterIn aber nicht der organisierten extremen Rechten zugeordnet werden kann.



[1] Heide Dannenberg am Grab ihres früheren Lebensgefährten Helmut Sackers, welcher am 29. April 2000 durch einen Neonazi in Halberstadt ermordert wurde.

Die rein repressive Ausrichtung auf die zu überprüfenden Taten stellt hierbei das größte Problem, auch der Untersuchung aus Sachsen-Anhalt, dar. Demnach kritisiert die Landesregierung, dass »in entsprechenden Artikeln nicht durchweg sauber differenziert (wird) zwischen ›rechtsextremistisch motivierten‹ Taten und solchen Delikten, die von ›Rechten‹ begangen wurden.« Um diese »Differenzierung« vornehmen zu können, müssen dementsprechend drei Kriterien vorliegen. Vertritt der/die TäterIn eine extrem rechte Ideologie, war diese zentrales Motiv für die Tatausübung und liegen weitergehende Erkenntnisse bei Polizei oder Verfassungsschutz vor. Wie diese Vorgaben eine eindeutige Erfassung verunmöglichen, zeigt folgendes Beispiel aus dem Untersuchungsbericht. Ein seit 1989 in Halberstadt aktiver Neonazi, der zum Tatzeitpunkt eine größere Anzahl neonazistischer Tonträger besaß, gerät wegen Abspielens neonazistischer Musik und »Sieg Heil«-Rufe in Streit mit seinem Nachbarn Helmut Sackers und tötet ihn daraufhin mit mehreren Messerstichen. Obwohl sich der Streit »eindeutig wegen des Abspielens des Horst-Wessel-Liedes entwickelt hat«, kann die Tat dennoch nicht als neonazistisch eingestuft werden, da nicht eindeutig belegbar scheint, »dass ein Kausalzusammenhang zwischen der rechtswidrigen Tat und der politischen Orientierung des A. Sch. besteht.« Weil »das einschlägige PMK-Bewertungssystem für die Beurteilung der Frage, ob eine Tat kausal auf einen politischen Beweggrund zurückzuführen ist, aber auch zwingend das Vorliegen eines strafrechtlich vorwerfbaren Verhaltens voraussetzt, ist dieser Fall statistisch nicht zu bewerten.« Die Beteiligten in Sachsen-Anhalt wollen hier also »einheitliche, belastbare und objektive Bewertungsmaßstäbe« heranziehen und sich nicht von »moralischen, emotionalen oder politischen Erwägungen« leiten lassen. An diesem ausgewählten Beispiel wird jedoch deutlich, dass das zugrundeliegende staatliche Meldesystem es nicht vermag Aussagen über das tatsächliche Ausmaß rechter Ideologie und Gewalt zu treffen bzw. diese darzustellen. Viel mehr wird solches behördliches Wissen in öffentlichen Debatten platziert und oft unhinterfragt übernommen. Um aber der Deutungshoheit staatlicher Behörden etwas entgegenzusetzen, reicht es nicht aus, nur mit anderen Zahlen ins Feld zu gehen, sondern die (Un-)Möglichkeiten einer behördlichen statistischen Darstellung des Themengebietes herauszuarbeiten. ■

Faschismus, eine »charismatische Herrschaft«?

Der zehnte Teil der Reihe »Faschismustheorien. Erklärungen des NS« widmet sich der Deutung des Nationalsozialismus als »charismatische Herrschaft«. Damit ist zwar keine eigene Faschismustheorie zu begründen, Charisma wird aber in den gängigen Faschismusdefinitionen als ein Bestandteil – neben Rassismus, Militarismus etc. – aufgeführt.

Fabian Kunow

Ist ein Politiker der extremen Rechten bei Wahlen erfolgreich, ist schnell die Erklärung, er oder sie sei »charismatisch« bei der Hand. Sei es die Spiegel-Sonderausgabe zu Hitler oder die Berichterstattung zur Niederlage der alten Haider-Partei in Kärnten bei der dortigen Landtagswahl 2013, wozu die Frankfurter Rundschau schrieb, dass Kärnten politisch dorthin zurückkehre wo es »vor dem Auftritt des charismatischen Verführers«[1] stand. Was aber ist Charisma für eine Fähigkeit, die von der Bedeutung her allgemein bekannt ist, aber von den wenigsten erklärt werden kann?

»Für Generationen derjenigen, die die nationalsozialistische Herrschaft erlebt haben, gehörte es zu den unumstößlichen Tatsachen, dass Adolf Hitler Charisma hatte. Er habe, so wird gesagt, eine besondere Ausstrahlung auf Menschen ausgeübt«[2], schreibt der Historiker Ludolf Herbst in der Einleitung von »Hitlers Charisma – Die Erfindung eines deutschen Messias«. Das Erforschen der Ambivalenz zwischen der, nach bürgerlichen Maßstäben, mickrigen Person Adolf Hitler und seiner scheinbar ungeheuerlichen Anziehungskraft, Ausstrahlung und somit Autorität auf die deutschen Massen, haben sich Generationen von HistorikerInnen zur Aufgabe gemacht. Ein Streitpunkt ist seit jeher der gleiche: War nun Hitler ein charismatischer Führer oder hatte er nur eine besonders gute PR- und Propagandaabteilung hinter sich?

Für aktive AntifaschistInnen wird es ab dem Moment interessant, in dem wir feststellen, dass eine »charismatische Führerfigur« alle faschistischen Regime sowie gesellschaftlich relevant gewordenen faschistischen Bewegungen kennzeichnet. Zu den Faschismus prägenden Kategorien gehört das »Führerprinzip« und hier stellt sich die Frage, warum so viele bereitwillig folgten. Wie wird die Autorität des faschistischen Führers hergestellt? Taugt der Begriff des »Charisma« um seine Autorität zu erklären?

Interessant ist die Frage nach dem Charisma bei extrem rechten Parteien auch heute. So dient das Fehlen einer solchen Führerpersönlichkeit als ein Erklärungsansatz, wenn versucht wird zu begründen, warum die extreme Rechte nach einer Wahl in Deutschland[3] wieder unter »sonstige Parteien« fällt, obwohl laut verschiedenen sozialwissenschaftlichen Einstellungsstudien seit Jahren deutlich über zehn Prozent der Deutschen mit einem »rechtsextremen« Weltbild ausgestattet sein sollen. Gerade weil diese Fragestellung so interessant ist, sollten wir nach der Realität der charismatischen Herrschaft Hitlers während der Kampfjahre der NSDAP sowie der Jahre ihrer Diktatur fragen.

Was ist Charisma?

Wenn sozialwissenschaftlich begründet werden soll, was die Autorität von



bzw. die Herrschaftsbeziehung »Charisma« bzw. »charismatisch« ist, wird sich für gewöhnlich auf Max Weber bezogen. Aus dem von Weber geprägten politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch ist der Charismabegriff in die gehobene Umgangssprache übernommen worden und bezeichnet dort eine irrationale, auf Suggestion[4] beruhende politische Führungsqualität, aber gelegentlich schon die Ausstrahlungskraft eines Menschen überhaupt.[5]

Herrschaft ist nach Weber die Möglichkeit, bei einer Gruppe von Menschen für spezifische Befehle Gehorsam zu finden. Weber setzt Herrschaft und Autorität scheinbar gleich, in diesem Sinne können verschiedene Motive Hintergründe der Fügsamkeit sein. Dies kann bei dumpfer Gewöhnung anfangen und bis zu zweckrationalen Erwägungen reichen. Da Weber drei Idealtypen von Herrschaft entwickelt, müssen neben der Kategorie »Charisma« auch die beiden anderen Kategorien vorgestellt werden.

Webers Formen der Herrschaft

Die Herrschaft rationalen Charakters oder der legalen Herrschaft setzt auf den Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen und des Anweisungsrechts. Die legale bzw. rationale Herrschaft wird durch einen hierarchischen Verwaltungsstab von oben nach unten durch- bzw. umgesetzt. Sie zeichnet den modernen, zweckrationalen Staat aus.

Als bestes Beispiel für diese Form der Herrschaft nennt Weber die Bürokratie. Sie zeichnet sich durch einen kontinuierlichen regelgebundenen Betrieb von Amtsgeschäften mit abgesteckter Kompetenz und Zuordnung aus sowie dafür erforderliche Befehlsgewalten und eine feste Abgrenzung der eventuell zulässigen Zwangsmittel und der Voraussetzung ihrer Anwendung.

Die traditionelle Herrschaft dagegen beruht auf dem Alltagsglauben an die Heiligkeit von jeher geltender Traditionen und die Legitimität, der durch sie zur Autorität Berufenen. Als Beispiel lässt sich für traditionelle Herrschaft das Erbfolgeprinzip von Monarchien nennen. Hier wird die Autorität und das Recht des Herrschens vom Monarchen qua Geburt weitergegeben.

→



[1] Max Weber war Begründer der Soziologie. Wenn sozialwissenschaftlich begründet werden soll, was die Autorität von »Charisma« ist, wird sich für gewöhnlich auf ihn bezogen

→ Die charismatische Herrschaft verläuft quer zu der Unterscheidung von rationaler Herrschaft und traditionell begründeter Herrschaft, welche zusammen gerade den alltäglichen Moment von Herrschaftsverhältnissen legitimieren. Weber hat den Begriff »Charisma« aus der Theologie entnommen und in die Sozialwissenschaften eingeführt.

Er definiert Charisma »als außeralltäglich geltende Qualität einer Persönlichkeit (...), um derentwillen sie als mit übernatürlichen oder übermenschlichen oder mindestens spezifisch außeralltäglich, nicht jedem andern zugänglichen Kräfte oder Eigenschaften begabt oder als gottgesandt oder als vorbildlich und deshalb als ›Führer‹ gewertet wird«[6]. Solche Fähigkeiten werden Propheten, Rechts-Weisen, Jagdführern oder Kriegshelden zugeschrieben. Es kam aber nicht auf das konkrete Können an, sondern wie dieses von den Beherrschten bewertet wurde. Diese Anerkennung passiert im Moment der Begeisterung oder der Not.[7]

Richtig stellt der Historiker Ludolf Herbst fest: »Rein« kommt der Idealtypus charismatischer Herrschaft nur in der Legende vor. Geschichtsmächtig wird charismatische Herrschaft in einem komplexen Mix mit den anderen Idealtypen von Herrschaft, also in Kombination mit unterschiedlichen Elementen rationaler, traditioneller und charismatischer Herrschaftsformen. Eine zweite Frage, die Herbst stellt, ist die, ob sich Charisma in einem hochbürokratischen Umfeld überhaupt entfalten kann.[8]

Hochbürokratisch kann in zweierlei Maßstäben interpretiert werden. Einmal im Kleinen, mit der immer größer werdenden NSDAP, die zur ersten modernen Volkspartei mit ganz unterschiedlich zu bedienenden Interessensgruppen wurde. Im Großen kann die Weimarer Republik als Beispiel dienen.

Charismatische Fähigkeit als Inszenierung durch Hitler und seine Entourage

Herbst sieht Hitler nicht mit besonderem Charisma ausgestattet. Vielmehr wurden Hitler durch seine Förderer und später seinen »Hofstaat« und die Propagandaabteilung charismatische Fähigkeiten angedichtet. Gleichwohl hält Herbst die sozialwissenschaftlichen Überlegungen von Max Weber zum Charisma als geeignet, den Aufstieg Hitlers und seinen Erfolg zu untersuchen. Herbst interpretiert Charisma im Sinne Max Webers als »Sozialbeziehung«. Charisma ist somit keine menschliche Fähigkeit, die ein Einzelner besitzt oder eben nicht, wie beispielsweise Redebegabung, sondern es bedarf mindestens zweier Personen.

Eine charismatische Herrschaft ist dann gegeben, wenn eine Persönlichkeit durch eine als außeralltäglich geltende Qualität als charismatisch bewertet wird und eine soziale Beziehung zwischen dieser Persönlichkeit und anderen hergestellt wird, welche diese Bewertung teilen und bereit sind, vom Charismaträger Befehle anzunehmen, sich also in die Rolle des charismatisch Beherrschten zu begeben. Herbst verweist darauf, dass Weber mit den Verben »gelten«, »werten« und »glauben« intersubjektiv vermittelte subjektive Urteilskriterien nennt, die sich schwer wissenschaftlich operationalisieren lassen. Entweder man glaubt an die charismatischen Fähigkeiten einer Person – in dem Fall Hitler – oder eben nicht!

Herbst fokussiert seine Untersuchung auf die Zeit vor der Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933. So ist spätestens ab der Machtübergabe der Personenkult um Hitler in der NSDAP als ein wesentliches Element in der Staatspropaganda eingespielt. Wo sind also die Ursprünge der Geburt von Hitlers Charisma? Herbst geht mit den Entwicklungen der »Neuen Faschismustheorien« mit.

Diese sind mit dem Ziel angetreten, einen vergleichenden idealtypischen Faschismusbegriff zu kreieren, welcher über den 8. Mai 1945 hinaus gültig bleibt. Ganz wesentlich dabei ist das Postulat, »die Faschisten ernst zu nehmen« in ihrem Bemühen um eine »Revolutionierung« der Gesellschaft. Damit werden sie als eigenständige Akteure mit eigenen utopischen Gesellschaftsvorstellungen begriffen. Gerade der Aspekt der Erwartung der umzusetzenden Utopie und Revolutionierung ist für Webers Charismakonzept von Bedeutung. Die »Neuen Faschismustheorien« beobachten ihr Forschungsobjekt in der Bewegungsphase und nicht in der Regimephase.

Herbst nimmt sich in seinem Buch der gesamten Biographie Hitlers an. Sein Augemerk liegt dabei auf den Begebenheiten, die Hitler zu einem charismatischen Führer haben werden lassen. Dies ist zum Beispiel die Form

1| Frankfurter Rundschau 3. März 2013: »Ära Haider geht zu Ende«
2| Herbst 2010 S.11
3| Ausnahmen bilden die Bundesländer Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie einige Wahlergebnisse bei kommunalen Wahlen vor allem in der Provinz, wo die NPD die 5 Prozent Hürden knacken kann.
4| Suggestion bedeutet manipulative Beeinflussung
5| Vgl. Cancik / Gladikow / Laubscher 1990 S. 197
6| Weber 1980 S. 140
7| Vgl. Weber 1980 S. 140
8| vgl. Herbst: 2010 S. 25
9| Herbst: 2010 S. 80
10 Herbst: 2010 S. 283

des Kunstgenusses, die Hitler in seinen Wiener Jahren mit Begeisterung auslebte. So sieht Herbst gerade in Hitlers Begeisterung für besonders pompöse Architektur, »heroische Bühneninszenierungen und ihre grandiosen Kulissen«[9] sowie Wagners Opern den Schlüssel zu dessen erfolgreichen Inszenierungen als Redner. Hitler kopierte diese dem Theater entstammenden Aufführungsformen in die Politikvermittlung des völkischen Milieus. Er betrieb erfolgreich, erst als Unterhalter und Propagandaredner, dann als »Führer«, das was in die Faschismustheorie als »Ästhetisierung der Politik« einging. Diese persönliche Liebe zur Ästhetik des Heroischen befähigte Hitler, sich selbst in der Rolle des charismatischen Führers zu gefallen und diese authentisch zu vermitteln.

Hitler trat als ungewöhnlicher Typus des »Künstler-Politikers« in Erscheinung, welcher Politik mit der bei seinem Vorbild Richard Wagner abgeschauten Monumentalorchestrierung betrieb. Hierbei nahm er zugleich die Rolle des Hauptdarstellers und Regisseurs ein.

Bezogen auf die Zeit vor seiner Herrschaft wird Hitler von Herbst als ziemlich unpolitische Person geschildert. Vielmehr erfuhr er im Ersten Weltkrieg charismatische Situationen der Bewährung bei anderen, zum Beispiel dem deutschen »Oberbefehlshaber Ost« Paul von Hindenburg. Wäre Hitler ein aktiver antibolschewistischer und antimarxistischer Fanatiker gewesen, hätte er sich nach dem Ende des ersten Weltkrieges den Freikorpsverbänden anschließen können. Gleiches zeigt die Tatsache, dass er 1918/1919 nicht in einem der zahllosen antisemitischen Verbänden organisiert war. Stattdessen ging es ihm um die Existenzsicherung durch Entgehung der Demobilisierung in der Reichswehr, was ihn zum V-Mann der Reichswehr werden ließ.



[1] Jörg Haider galt als »charismatische« rechte Führungsfigur.

Foto: sugarmelon.com

Herbst kommt zu dem Schluss, dass Hitler kein Charismatiker war, sondern durch »Charismapolitik« an die Stelle des Führers gehoben wurde. »Charismapolitik« läuft strategisch darauf hinaus, »in einer unübersichtlichen, differenzierten und komplexen Welt den Eindruck der Unmittelbarkeit/Direktheit zu etablieren, die in bestimmten Notlagen Handlungsfähigkeit herstellt oder suggeriert«[10].

Was bleibt?

Eine Persönlichkeit kann noch so »charismatisch« sein, es braucht eine Bevölkerung, die sich darauf einlässt. Antifaschistische Aufgabe sollte es daher sein, Menschen gegenüber einer solchen Erwartungshaltung zu immunisieren. In diesem Sinne kann fortschrittliche Politik Menschen in den Zustand versetzen, ihre persönliche Situation selbst zu beeinflussen bzw. zusammen mit Mitmenschen die Gesellschaft zu verändern. ■

Literatur:

Cancik, Hubert / Gladigow, Burkhard / Laubscher, Matthias (1990): »Charisma«. In: Handbuch religionswissenschaftlicher Grundbegriffe Bd. 2. Apokalyptik – Geschichte. W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart Berlin Köln

Herbst, Ludolf (2010): »Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias«. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main

Weber, Max (1980): »Wirtschaft und Gesellschaft. Grundrisse der verstehenden Soziologie«. Besorgt von Johannes Winkelmann. J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen

Verleugnende Verdrängung

Rassismus in der DDR und die Folgen bis heute

Harry Weibel

In meiner Veröffentlichung habe ich nahezu tausend rassistische (und antisemitische) Beispiele aufgeführt, die sich von Gräberschändungen jüdischer Friedhöfe, über die Ermordung des Mosambikaners Carlos Conceicao (18 Jahre) durch einen rassistischen Mob im September 1987 in Staßfurt (heute Sachsen-Anhalt) bis hin zur Ermordung eines Arbeiters (58 Jahre) im Juni 1990 in Erfurt erstrecken[1]. Der latente und manifeste Rassismus in der ostdeutschen Bevölkerung wurde während der Herrschaft der SED nahezu vollständig vor der Öffentlichkeit verheimlicht. Obligatorisch wurden rassistische Vorkommnisse in internen Schreiben der SED, der FDJ oder dem Ministerium der Staatssicherheit, als »Streng Geheim«, »Vertrauliche Verschlußsache« oder »Geheime Vertrauliche Verschlußsache« deklariert und liefern so einen beredten Eindruck von der Funktionsweise politischer Zensur und Manipulation.

Der Rassismus wurde bei der Behandlung der ausländischen ArbeiterInnen (»Vertragsarbeiter«) sichtbar, deren Wohnen und Arbeiten durch die Gesetzgebung en gros und en détail bestimmt worden war. In engen Räumen in speziellen Wohnheimen untergebracht, kontrolliert und gegängelt durch die Leitung der Wohnheime und durch offizielle Vertreter des Staates, wehrten sie sich immer wieder gegen die paternalistische Unterdrückung. Wenn es ihnen untersagt wurde, Besuch zu empfangen, auch und gerade des jeweils anderen Geschlechts, dann bemerkten die ArbeiterInnen besonders schmerzhaft die Einengung ihrer Lebensumstände. In den Betrieben wurden sie zu den unbequemsten und schmutzigsten Arbeiten angehalten, gegen die sie sich wieder und wieder mit Streiks zu wehren wussten. So kam es, um ein Beispiel zu nennen, zwischen 1975 und 1976 in acht Betrieben zu mehreren Arbeitsniederlegungen von ca. 600 algerischen Arbeitern aus politischen und ökonomischen Gründen. Der latente Rassismus auf der Straße manifestierte sich in der Regel gegen Diejenigen, die auf Grund äußerer Attribute als Nicht-Deutsche wahrgenommen werden konnten. Die Opfer dieser z. T. pogromartigen Angriffe auf Leib und Leben waren vor allem Algerier, Mosambikaner, Kubaner, Polen, Ungarn und Tschechoslowaken. Zu den Opfern gehörten auch Soldaten und Offiziere der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte (GSSD), die zu bevorzugten Zielen von Rassisten wurden. Insgesamt wurden Ausländer aus ca. 30 Staaten Opfer rassistischer Gewalt und es gab mehrere Tote und ungezählte Verletzte. Damit man sich ein Bild von den rassistischen Verhältnissen machen kann, habe ich mit Erfurt eine Stadt ausgewählt, die als ein Beispiel für die rassistische Atmosphäre in Städten und Gemeinden der DDR dienen kann. Dort wurden im August 1975 mehrere algerische Arbeiter von rassistischen Deutschen angegriffen und verletzt. Die pogromartigen Ausschreitungen, sie dauerten drei bis vier Tage, begannen mit dem Ruf »Schlagt die Algerier tot« worauf sie von einem rassistischen Mob durch die Stadt gehetzt wurden. Am 12. August verhinderten 50 bis 60 deutsche Rassisten, dass Algerier zu ihrem Wohnheim kommen konnten. Daraufhin geleiteten Sicherheitskräfte die Algerier in das Gebäude der Post und führten sie durch den Hintereingang zum verdeckten Abtransport zum Wohnheim. Mittlerweile war die Anzahl der Angreifer vor der Hauptpost auf ca. 150 bis 300 Personen angewachsen und es wurde die »Herausgabe der Algerier« gefordert. In Sprechchören und Zwischenrufen wurde gerufen: »totschlagen«, »aufhängen«, »Deutsche raus – Algerier in Ketten« oder »schlagt die Bullen tot«. Als der rassistische Mob mit Gewalt in das Gebäude einzudringen versuchte, löste die Volkspolizei die Versammlung mit Schlagstöcken und dem Einsatz von Hunden auf. Insgesamt wurden 19 Personen vorläufig festgenommen. Am 13. August hatten sich wieder ca. 150 Personen versammelt und es kam zu »lautstarken und provozierenden Diskussionen« mit Volkspolizisten. Zur gleichen Zeit wurde vor dem Wohnheim der Algerier eine mit Stöcken bewaffnete Gruppe von Rassisten von der Polizei aufgelöst und fünf »Rädelsführer und Rowdys« vorläufig festgenommen. Diesen Pogromen gingen, in den Monaten Juni und Juli 1975 mehrere tätliche Auseinandersetzungen in Gaststätten und bei Tanzveranstaltungen zwischen Deutschen, Algeriern und Ungarn voraus[2].



Foto: Marc Ben Fatma

Die nationalistische und rassistische Hetze (»Ihr schwarzen Schweine, haut ab nach Hause«) gegen Algerier ging republikweit weiter und führte dann zum fast vollständigen Rückzug der algerischen Arbeiter aus der DDR durch die algerische Regierung.

Seit diesen Ereignissen gab und gibt es bis in die Gegenwart hinein in der Stadt Erfurt und ihrer Umgebung immer wieder rassistische bzw. antisemitische Angriffe, so z. B. als am 25. Juni 1990 ein 58-jähriger Mann erschlagen wurde. Am 3. August 1992 wurde in Erfurt-Stotternheim ein 24-jähriger von drei Skinheads getötet und am 27. Januar 2003 wurde ein 48jähriger von einem 23-jährigen Rassisten getötet. Der Täter wurde vom Landgericht Erfurt im Jahr 2008 nur zu zwei Jahren Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, die politische Dimension der Tötung wurde dabei geleugnet[3].

Die Ursachen für diese Entwicklung sind komplex und dazu gehört die mangelnde Ent-Nazifizierung und der große Frieden mit den alten Nazis, die beim Aufbau und der Verwaltung des Staates und der Gesellschaft der DDR dringend gebraucht wurden[4]. Die SED befolgte den Beschluss der Kommunistischen Internationale vom August 1935 (Dimitroff-Formel), wo der Faschismus gerade nicht als rassistisches Projekt, sondern als politisch-ökonomisches Terrorsystem betrachtet wurde, dass sich im Wesentlichen gegen die deutsche bzw. internationale Arbeiterbewegung gerichtet hätte. So beschloss der 3. Parteitag der SED im Juli 1950, dass die Wurzeln für Faschismus und Rassismus »mit Stumpf und Stiel ausgerottet« worden wären. Was für ein Irrtum! Diese, der ökonomistischen Position innewohnende, Verharmlosung und Verleugnung des Rassismus bzw. Antisemitismus setzte sich durch und noch im Jahr 1986 verharmloste der Minister für Staatssicherheit (MfS) Erich Mielke, die neonazistischen Aktivitäten in der DDR als »Wichtigtuerei«. Am Anfang des Jahres 1988 erklärte die Hauptabteilung I des MfS in einer Analyse solche Vorgänge damit, dass es sich hier nicht um »ideologische Positionen«, sondern um unkritisch wiedergegebene Tendenzen aus dem feindlichen Westen handeln würde. Am 11. August 1989 behauptete die staatliche Nachrichtenagentur ADN, Informationen über neonazistische Tendenzen in der DDR wären »purer Unsinn«. ■

1| Rassisten in Deutschland, Frankfurt/M. 2012. Im III. Kapitel (S. 71–153) und im Anhang in der »Chronologie rassistischer Ereignisse in der DDR« (S. 261–402) wird auf Beispiele näher eingegangen.
2| BStU Erfurt, Abt. XIV 18, S. 1–3, S. 57–73; BStU MfS-ZAIG 30554, S. 1–2, S. 68–112, S. 130–134.
3| die tageszeitung, 19.01.1993 und 20.06.2008.
4| Diener vieler Herren – Ehemalige NS-Funktionäre in der SBZ/DDR, Frankfurt/M. 2011.

Sarazenengeflüster

Über Heimatfrontjournalismus in linken Medien

Abu Uli

Auch dieses Mal hat es zwei Wochen gedauert. Die Wahrheit ist komplizierter. Ich brauche Zeit, um mich von den Bildern, die das Trommelfeuer westlicher Propaganda in meinen Kopf getackert hat, zu lösen. Im Besetzerzelt vor dem Präsidentenpalast sitze ich dem Journalisten Kamal al Sha'er gegenüber. Er ist seit 48 Stunden im Hungerstreik, hat ein Schild umgehängt, auf dem »Demokratie oder Tod« steht. Er schildert mir den letzten Angriff von Islamisten vor einigen Tagen, bei dem zwei Besetzer ermordet wurden. Wir sitzen im hinteren Teil des Zeltes. Snipers, Anhänger des alten Regimes, erschießen Aktivist_innen von den umliegenden Dächern aus. Hier und am Tahrirplatz.

Durch den Zelteingang haben wir den freien Blick auf die 30 Meter entfernt stehenden Panzer, die den Sitz des ägyptischen Präsidenten bewachen. Kollegen einer liberalen ägyptischen Zeitung sind auch dabei. Von westlichen Journalist_innen keine Spur. Wie immer. Man wertet wohl professionell die Nachrichtenagenturen aus und schaut, was sich verkaufen lässt. Einige Tage später treffe ich eine freiberufliche Journalistin der »Frankfurter Rundschau« in Assuan. Sie arbeitet an einem Artikel über den Beschluss der islamisch radikalen Salafisten, für westliche Tourist_innen in bestimmten abgegrenzten Bereichen, das Tragen von Bikinis zu gestatten. Den Streik von Arbeiter_innen im nubischen Museum hat sie nicht registriert. Auch nicht einen der anderen über 3000 Arbeiterstreiks 2012. Nicht die Gewerkschafter_innen, die Frauenrechtlerinnen, die Al Ahli Ultras, Fußballfans, die seit zwei Jahren organisiert gegen das alte und neue Regime kämpfen und mit den Ultras vom SC Freiburg befreundet sind. Das würde ihr sowieso niemand abkaufen.

Ägypten hat mit seinen 82 Millionen Einwohner_innen eine sozialistische, pro-sowjetische Vergangenheit. Die 22 Millionen Arbeiter_innen wissen, warum sie weiter kämpfen. Auf europäischen Druck wurden seit 1990 in immer neuen Privatisierungswellen für ca. 55 Milliarden ägyptische Pfund Staatseigentum verkauft, deren geschätzter eigentlicher Wert sich nach konservativen Bewertungen aus dem Jahr 1990 auf 500 Milliarden ägyptische Pfund beläuft. Korruption und Vetternwirtschaft im Zusammenspiel von so genannten Investoren: Das Geld ist in den Westen verschwunden. Das würde man der Journalistin aber nicht glauben. Auch wenn sie sich dafür interessieren würde. Und weil der Orient das Land der Märchen aus 1001 Nacht ist, schreiben die gedungenen Öffentlichkeitsarbeiter mit lasziver Hingabe seit dem Beginn der arabischen Revolution eben von jeder obskuren Begebenheit. Das kommt gut an. Und passt in das Weltbild jener, die mit Informationen aus zweiter Hand im Westen ihre Euros verdienen und sich erst gar nicht in das Reich des »Bösen« begeben. So hat jedes Blatt, jeder Fernseh- und Radiosender seinen »Experten«, eine Art neokolonialen Zensor. Seine Berichte sind linientreu und geschult an britischer Kolonialberichterstattung, dazu gewürzt mit einer Prise obskurantem Voyeurismus und einer grün-konservativen ethnoreligiösen Weltsicht, die schon den deutschen Romantikern die lebensnotwendigen Taler eingebracht haben. Und den antideutschen Sozialgenetikern ihre Jubelaufklärer. Es muss einen Schaudern machen: Der Blick auf die »Araber«, auf ihre »Frauen«, auf ihren »Islam« und auf ihren »Fundamentalismus«. Jetzt ist also auch das AIB dran.

Was ich lese, lässt mich erschaudern. Da wird über den Rassismus in, ja wo eigentlich, im »Nahen Osten« geschrieben. Und da gibt es so viele Traditionen aus dem Mittelalter und da werden die »weiblichen Bediensteten von ihren Hausherren (Arabern A.d.V.) zu sexuellen Dienstleistungen genötigt und vergewaltigt ...«. Mich schaudert' s. Und in Ägypten, da werden »sudanesische und eritreische refugees beleidigt, betatscht, mit Obst, Gemüse oder Steinen beworfen... Sind es Mädchen oder Frauen, werden sie häufig auch als zu ge- oder missbrauchendes Sexualobjekt betrachtet.« Mich schaudert's erneut und »Scholl Latourt« es gleichzeitig. Haben nicht Scholl-Latour und Konzelmann schon vor Jahrzehnten ihre Fantasien in den Orient projiziert? In der Tradition der deutschen Romantik. Kann es wirklich wahr sein? Warum dieses Interesse an derartigen Themen?

Der alte Typus des_der Heimatfrontjournalist_in hat es bis ins antifaschistische Spektrum geschafft. Wieder aus der Versenkung herausge-



holt nach den Anschlägen vom 11. September, ist er_sie ein Produkt der Propaganda eines »Kriegs der Kulturen«. Doch anders als die voyeuristischen Abenteurer_innen der sechziger und siebziger Jahre, ist der »embedded« heute das Abfallprodukt der neuen westlichen Militärstrategie. Der so genannte »Krieg gegen den Terror« braucht nicht nur Soldat_innen und Armeen. Seit dem Überfall auf Afghanistan wurde die gesamte Region von der NATO in Brand gesteckt. Und wenn man weiter fleißig zündeln will, dann muss das Publikum ruhig bleiben.

Die de fakto Atommacht Deutschland hat seit der ägyptischen Revolution 2011 Waffen im Wert von 75 Millionen Euro an die ägyptischen Militärs und Islamist_innen geliefert. Die Waffenhändler brauchen Heilsverkünder, Manichäer, die in der Kommandoabteilung »Informationskrieg« dem entpolitisierten deutschen Publikum den Unterschied zwischen Gut und Böse definieren. Und wer eignet sich besser dazu, als der_die so genannte »Expert_in«, der aufgeklärte Glaubenskrieger, eine Kulturchirurgin, die die Thrombosen des Kapitalismus mit Säge und Skalpell behandelt. Er muss feststellen, dass vor dem europäischen Grenzzaun Barbaren leben, die vereint sind durch den Hass auf den de facto NATO-Verbündeten und -Handlanger Israel (komisch nur, dass die Revolution in Ägypten keine antisemitische Propaganda kennt) und deren glaubensgeprägte, patrimoniale Gesellschaft durch jeden Bericht bestätigt wird. Die Kenntnisse der Allwelterklärer_innen erstrecken sich nicht nur geographisch über ein »weites Feld«, ob Libyen, Irak, Syrien, Ägypten, Afghanistan, Jemen, Iran und so weiter. Der_Die Islam – oder besser Orientexpert_in ist ein_e Universalgelehrte_r mittelalterlicher Provenienz. Da er _sie an der Universität keinen Platz mehr findet, hat ihn_sie das Propagandagewerbe angeheuert.

Seit 9/11 tummelt er_sie sich auch im linken Spektrum. Doch der_die linke »Expert_in« ist zumeist kaum Schreiber_in, mehr »Abschreiber_in« und Kopist_in. Denn ihm_ihr fehlt nicht nur der Wille, sondern auch das Geld, an der arabischen Revolution teilzunehmen. Da bleibt das Beste, was man von Linken zu hören bekommt »Wir sind enttäuscht von den Arabern und ihrer Revolution«. Erkenntnisreicher Seufzer. Aus Deutschland lässt sich seit dem Bauernaufstand kein Erfolg mehr vermelden.

Ergebnis: Die sonst gewohnt kritischen und zuweilen auch selbstkritischen linken Zeitschriften haben sich in Bezug auf die arabische Revolution zu Abwieglern emporgeschwungen. Denn was nicht sein darf, ist nicht existent. Im Westen wird sprachlich und intellektuell die Oberhoheit behauptet. Während man in Ägypten von Revolution spricht, hat der_die Schreibtischanalytiker_in fern jeder Gefahr den fortdauernden Widerstand schon als »Arabellion« abgetan. Warum die Menschen in Tunesien und Ägypten weitermachen, ist ihm_ihr unklar. Und eigentlich interessiert man sich auch nicht dafür. »Araber« halt. So entgeht der_die dienstbeflissene linke Kolonialschreiber_in der Gefahr, unter Umständen Solidarität mit Revolutionär_innen eingehen zu müssen. Weil doch alle Revolutionär_innen Englisch oder zumindest Spanisch oder Russisch sprechen können. In Ägypten spricht man Arabisch und Facebook. Am Abend, nach dem Interview mit Kamal al Sha'er im Zelt vor dem Präsidentenpalast, wird der Journalist entführt. Zehn Tage wird er gefangen gehalten und danach, Allah sei gelobt, ein Wunder, wieder freigelassen. Auf Facebook erzählt er den Hergang seiner Entführung bis ins Detail. Die Entführer haben ihm mit dem Tod gedroht, sollte er darüber reden. Aber auch Hosni Mubarak hat den Menschen 30 Jahre lang das Reden verboten. Im Dienste und zugunsten des Westens. In Ägypten verändert sich die Situation jeden Tag. In Deutschland hat sich nicht viel verändert. Dass dieselben Merkels, die mit Mubaraks Hilfe Ägypten und Tunesien ausgeplündert, und die Region in endlose Kriege geführt haben, dies heute mit Hilfe der Islamisten tun, bleibt sich gleich. Dass jedoch dieselben Scholl-Latours heute in linken Zeitschriften ihren Unsinn verbreiten dürfen, ist etwas qualitativ Neues. ■

Anmerkung der Redaktion:
Einige beispielhaft zitierte Passagen dieses Artikels beziehen sich auf einen Artikel im AIB 97, S. 40f. Der Autor des hier zitierten Artikels schreibt seit Jahren für die jungle world und die Freien Radios auch über den »arabischen Frühling« oder Zeitschriften wie die ZAG zu antimuslimischem Rassismus und ist mit der Problematik vertraut.

Umkämpfte Erinnerung

Massenmord, Kollaboration und jüdischer Widerstand im deutsch besetzten Litauen

In Litauen lebten im Juni 1941 etwa 230.000 Jüd_innen, über 90 Prozent von ihnen sollten unter deutscher Besatzung ermordet werden. Keine jüdische Gemeinde wurde derart zerstört. Dieser zynische Erfolg verdankt sich der Kollaboration litauischer Antisemit_innen – ein Kapitel, das in Litauen kaum aufgearbeitet wurde. Rechte und Konservative schwadronieren vom »Roten Holocaust« und diffamieren ehemalige jüdische Partisan_innen. Ein Berliner Filmprojekt porträtiert die Wilnaer Jüdin Fania Brancovskaja in ihrem Kampf um historische Gerechtigkeit.

Christian Carlsen

Der Autor arbeitet zusammen mit Philipp Jansen an dem Dokumentarfilmprojekt »Liza ruft!« (lizaruft.blogspot.de)

Alle Fotos stammen vom Autoren.

Von den litauischen Jüd_innen, die wegen ihres jiddischen Dialekts »Litwaks« genannt wurden, lebte ein Drittel in Vilnius (Wilna), das als »Jerusalem Litauens« galt.

Nachdem Polen die Region Vilnius 1922 annektiert hatte, wurde Kaunas (Kowno) vorübergehend litauische Hauptstadt. Der junge litauische Staat räumte der jüdischen Gemeinde erstmals Minderheitenrechte ein, und weil litauische Nationalist_innen mit Polen beschäftigt waren, blühte sie auf.

Der polnische Antisemitismus war stärker ausgeprägt, doch profitierte auch die Wilnaer Gemeinde vom polnisch-litauischen Konflikt. So wuchs Fania Brancovskaja in einer Stadt auf, die ein kulturelles Zentrum jiddischsprachiger Schriftsteller_innen, Künstler_innen und Wissenschaftler_innen war. Im Anschluss an den Hitler-Stalin-Pakt wurde die Region Vilnius am 19. September 1939 durch die Rote Armee besetzt und wenig später Litauen übergeben. Die jüdische Bevölkerung blieb zuversichtlich, hauptsächlich, weil sie vor deutscher Besatzung verschont blieb.

Das änderte sich radikal im Juli 1940, als die Sowjetunion Litauen annektierte. Jüdische Einrichtungen wurden geschlossen, und jüdische Gemeindevertreter, Geschäftsleute und politisch Missliebige verfolgt. Auch Fanias Familie geriet unter Druck, weil der Vater ein Elektrowarengeschäft führte.

Andererseits versprach das Sowjetsystem Chancengleichheit, und ein Teil der litauischen Jüd_innen beteiligte sich an dessen Konsolidierung. Fania trat der kommunistischen Jugend »Komsomol« bei und begann eine Ausbildung zur Lehrerin.

Vor diesem Hintergrund gelang es der im Untergrund operierenden antisemitischen »Litauischen Aktivistenfront« (LAF), die Jüd_innen als Agenten der bolschewistischen »Besatzer« zu brandmarken – obwohl den »Säuberungen« proportional mehr Jüd_innen als Nicht-Jüd_innen zu Opfer fielen. Der Mythos vom »jüdischen Bolschewismus« sollte den deutschen Besatzern ihr Mordhandwerk erheblich erleichtern.

Holocaust und Kollaboration

Kaum, dass die Wehrmacht am 22. Juni 1941 in Litauen eingefallen war, begannen die »Einsatzgruppen« mit den Erschießungen jüdischer Männer. Zugleich fingen litauische Antisemit_innen an, ihre jüdischen Nachbar_innen zu überfallen.

Strittig und politisch bedeutsam ist, inwieweit die Deutschen diese Pogrome initiierten oder die Litauer_innen spontan handelten – aus Antisemitismus, in »vorauseilendem Gehorsam« und aus Habgier. Obwohl die Deutschen die Pogrome als litauische »Selbstreinigungsakte« darstellten, agierten sie vielerorts als Aufwiegler oder stifteten Angehörige litauischer SS-Hilfsverbände an. Andererseits erfolgten Gewaltakte nachweislich auch ohne deutsche Beteiligung, und stets fanden sie Applaus von Schaulustigen.

Zugleich erließen die deutschen Besatzungsbehörden und die neue litauische Marionettenregierung Verordnungen, die die Jüd_innen erniedrigten, enteigneten und entrechteten.

Bereits im August 1941 ging das »Einsatzkommando 3« (EK 3) dazu über, die jüdischen Opfer ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht zu erschießen. Ein »Rollkommando«, das

[1]


[1] Fania Joheles-Brancovskaja.

aus SS-Angehörigen und litauischen »Hilfswilligen» bestand, durchkämmte die Provinz in beispiellosem Tempo. Die Opfer – zu denen auch politisch Missliebige und Roma gehörten mussten ihr eigenes Grab ausheben, bevor sie erschossen wurden. Innerhalb weniger Wochen waren alle kleinen jüdischen Gemeinden ausgelöscht.

Die Vernichtung der städtischen Gemeinden gestaltete sich komplexer. Die Opfer der ersten »Aktionen« in Vilnius waren im nahen Paneriai (Ponar) erschossen worden, die der zweiten in Kaunas in Festungsanlagen aus der Zarenzeit. An diesen Orten richteten sich die Täter dauerhaft ein. Deutsche gaben die Befehle, Litauer führten die Erschießungen aus und kommandierten einige jüdische Häftlinge, die zur Beseitigung der Mordspuren am Leben gelassen wurden.

Ein polnischer Einwohner von Paneriai, der die Massenmorde heimlich dokumentierte, differenzierte die Motive der Täter_innengemeinschaft wie folgt: »Für die Deutschen bedeuten 300 Juden 300 Feinde der Menschheit. Für die Litauer sind das 300 Hosen, 300 Paar Stiefel.«

Auf die beschriebene Weise wurden allein in Paneriai insgesamt etwa 90.000 Menschen erschossen, etwa 90 Prozent davon Jüd_innen. In den Forts VII und IX bei Kaunas wurden über 20.000 Jüd_innen ermordet.

Im Spätsommer gingen die Besatzer dazu über, die verbliebenen Jüd_innen in Ghettos zu konzentrieren. In Vilnius etwa trieb ein deutsch-litauisches Kommando insgesamt 8.000 Jüd_innen nach Ponar und erschoss sie. In dem Viertel, in dem sie gelebt hatten, wurden zwei Ghettos errichtet: 30.000 Jüd_innen, darunter Fania und ihre Familie – wurden in das sogenannte Große Ghetto gepfercht, 10.000 in das sogenannte Kleine Ghetto.

Noch im September 1941 leiteten die Deutschen die Liquidierung des Kleinen Ghettos ein: Familien, die im Besitz eines »Arbeitsscheins« waren, wurden ins Große Ghetto überführt, die übrigen im Kleinen Ghetto konzentriert. Dessen Insassen sollten ausnahmslos ermordet werden.

Die Entwicklungen in Kaunas, Siauliai und Svenčionys verliefen entsprechend. So waren in Litauen im Dezember 1941 nur noch 40 000 Jüd_innen am Leben. In seinem berüchtigten Bericht tönte der Chef des EK 3, SS-Standartenführer Karl Jäger, er habe diese »ebenfalls umlegen« wollen, sei damit aber am Widerstand der deutschen Zivilverwaltung und der Wehrmacht gescheitert, die zuvor die Arbeitskraft der Jüd_innen ausbeuten wollten.

Reaktionen der verfolgten Jüd_innen

Dank der ›Pragmatiker‹ in der Judenfrage kam es zwischen Januar 1942 und Juli 1943 tatsächlich zu keinen größeren Mordaktionen. Das gab den verbliebenen Jüd_innen Gelegenheit, den Ernst ihrer Lage zu erkennen. Die meisten waren angesichts der beispiellosen Gewalt wie paralysiert gewesen. Anfangs hatten viele beim Sicherheitsdienst der SS um die Freilassung ihrer Angehörigen gebeten, deren Festnahme sie für ein Versehen hielten. Sie konnten nicht ahnen, dass sie sich an deren Mörder gewendet hatten und die Leichen ihrer Angehörigen längst verscharrt waren.

In seltenen Fällen überlebten Menschen die Massaker, nur konnte anfangs niemand ihren Schreckensberichten glauben. Die Judenräte, die besser informiert waren, setzten auf »Rettung durch Arbeit« und versuchten, den Deutschen Zugeständnisse abzuringen. Die Insassen versuchten, →

[1] Fania Joheles-Brancovskaja.



ihre Not durch den Schmuggel von Lebensmitteln zu lindern und sich mit kulturellen Aktivitäten abzulenken. Einige junge Erwachsene, die politisch organisiert gewesen waren, sahen keine Alternative zum Kampf und gründeten Widerstandsgruppen. Die größte war die Fareinikte Partisaner Organisatzije (FPO), die im Januar 1942 in Vilnius durch ein Bündnis von Kommunist_innen, Bundist_innen[1], Links- und Rechtszionist_innen entstand. Der Kommunist Yitzhak Wittenberg wurde ihr Kommandeur, der zionistische Schriftsteller Abba Kovner, von dem der berühmte Aufruf »Geht nicht wie die Schafe zur Schlachtbank!« stammt, einer seiner Stellvertreter.

1| Als Bundisten werden historische und heute noch bestehende sozialistisch-jüdische Vereinigungen bezeichnet. Sie alle gehen zurück auf den Allgemeinen jüdischen Arbeiterbund im ehemaligen russischen Zarenreich.

Die FPO plante einen bewaffneten Aufstand, sobald die Deutschen versuchen würden, alle Insassen zu vernichten. Als Signalwort wurde »Liza ruft!« vereinbart. Es wurden Waffen ins Ghetto geschmuggelt und Molotowcocktails hergestellt.

Um die Organisation zu stärken, agitierte die FPO weiter. Im Frühjahr 1942 schloss sich ihr die damals 20-jährige Fania an.

Nachdem die Lage in den vier verbliebenen Ghettos 1942 relativ stabil gewesen war, spitzte sie sich 1943 zu. Zugleich wuchsen die Spannungen zwischen Widerstand und jüdischer Ghetto-Verwaltung, von der die Deutschen verlangten, gegen den Widerstand vorzugehen. So geriet Wittenberg im Juli 1943 in Gestapo-Haft und kam ums Leben, sein Nachfolger wurde Abba Kovner.

Kurz darauf befahl NS-Führung die Auflösung aller Ghettos. Die arbeitsfähigen Insassen sollten in Konzentrationslager deportiert, die übrigen ermordet werden.

Die Auflösung des Ghettos in Vilnius fand am 24. September 1943 mit einer Selektion vor der Stadt ihren Abschluss, in deren Folge die Deutschen 4.000 »Arbeitsfähige« nach Estland verschleppten und ebenso viele in Sobibor ermordeten. 2.000 Jüd_innen verblieben zur Zwangsarbeit in Vilnius. Die FPO-Führung hatte vorher entschieden, ihren Aufstandsplan fallen zu lassen und ihre Mitglieder angewiesen, sich in den Wäldern um Naratsch und Rudniki im Dreiländereck Litauen, Polen und Belarus der sowjetischen Partisan_innenbewegung anzuschließen.

Die Gründe hierfür waren vielfältig. Zum einen wollte sie kein Blutbad an jenen auslösen, die nicht zum Kampf bereit waren, zum zweiten schien der Kampf in der Enge des Ghettos schlicht zwecklos. Und nicht zuletzt galt auch für die Angehörigen des Widerstands, dass sie leben wollten. 500 bis 700 jüdische FPO-Angehörige entkamen, darunter Fania Brancovskaja, die zuvor Abschied von ihrer Familie genommen hatte, ohne zu ahnen, dass sie diese nie wieder sehen sollte. Bis heute muss sie daran denken, wie ihre Mutter ihr alles gab, was sie besaß: einen Beutel Erbsen, Schokolade, einen Lippenstift und eine blaue Bluse.

Die jüdischen Kämpfer_innen bildeten teils eine eigene Formation, zum Teil gingen sie in sowjetischen Einheiten auf. Sie verübten dutzende Sabotageakte und Überfälle. Der gemeinsame Kampf ließ Fania erstmals seit langer Zeit wieder spüren, ein Mensch zu sein. Gleichwohl war der Alltag nicht heroisch, sondern vom Überlebenskampf geprägt. Die Ressourcen waren knapp, und Lebensmittel mussten bei der Landbevölkerung requiriert werden, die diese selten freiwillig hergab – vor allem, wenn Jüd_innen darum baten.

Bevor die Rote Armee im Sommer 1944 die deutschen Besatzer aus Litauen vertrieb, ließ Berlin die Häftlinge ins Reichsinnere verschleppen oder ermorden. Einigen gelang die Flucht zu den Partisan_innen, darun-

ter einem Dutzend jüdischer Häftlinge, die zur Beseitigung der Massengräber in Paneriai gezwungen worden waren. Von ihnen erfuhr Fania Details von der Massenvernichtung.

Anfang Juli 1944 beteiligte Fania Brancovskaja sich an der Befreiung ihrer Heimatstadt Vilnius.

Der lange Schatten des Holocausts

Die meisten Überlebenden sahen für sich keine Zukunft in Litauen oder verließen das Land infolge der Etablierung der Sowjetherrschaft, der Antisemitismus-Kampagne 1948–1953 und der ›kalten Amnestie‹ für litauische Kollaborateure.

Fania Brancovskaja jedoch wagte einen Neuanfang. Sie heiratete Mikhail, an dessen Seite sie gekämpft hatte, und beteiligte sich als Kommunistin am Wiederaufbau ihrer Heimat. Als 1950 ihr erstes Kind geboren wurde, nannten sie es sinnbildlich Vita.

Heute erinnert Fania, wie sie ihre Enttäuschung über die Entwicklungen verdrängte. Auswanderung nach Israel war kein Thema, wenngleich ihre zweite Tochter Dina Anfang der 1980er Jahre begann, ihre jüdische Identität zu entdecken und – aus Angst vor der Geheimpolizei – heimlich Hebräisch zu lernen.

Zur selben Zeit begannen Fania und ehemalige Kamerad_innen, das Schicksal der »Litwaks« zu vermitteln. Diese Arbeit wurde ihr nach dem Tod ihres Mannes und dem Zusammenbruch der Sowjetunion zur Lebensaufgabe.

Brachte ihr das im westlichen Ausland Anerkennung, wurde sie in ihrer litauischen Heimat zur Zielscheibe revisionistischer Antisemit_innen. Denn seit Anfang der 2000er Jahre hatte sich die Theorie vom »doppelten Genozid« ausgebreitet. Dieser zufolge hätten sich die Sowjetunion und Nazideutschland gleichermaßen eines Völkermords schuldig gemacht, und Litauen sei jeweils Opfer geworden.

Ehemalige jüdische Partisan_innen wurden als Kriminelle und Landesverräter_innen diffamiert, während litauische Antikommunist_innen, die oftmals mit den deutschen Besatzern kollaboriert und sich an den Massenverbrechen beteiligt hatten, als Widerstandskämpfer geehrt wurden.





[1] Fania Joheles-Brancovskaja und ihr Mann Mikhail im ehemaligen Ghetto im Juli 1944.

[2] Fania Joheles-Brancovskajas Ghetto-Ausweis 1943.

Erstes prominentes Opfer wurde 2006 der ehemalige Partisan und langjährige Chef von Yad Vashem, Yitzhak Arad. Er hatte im Rahmen einer litauischen Untersuchungskommission die Beteiligung litauischer Kollaborateure am Holocaust erforscht und war einer Gleichsetzung von NS- und Sowjetregime entgegengetreten, bis er als »Kriegsverbrecher« beschuldigt und aus der Kommission entfernt wurde.

2008 fand die konservative Tageszeitung »Respublika« in den Memoiren der ehemaligen Partisanin Rachel Margolis einen Vorwand, ein Strafverfahren gegen Fania Brancovskaja einzuleiten. Daraufhin ordnete die litauische Staatsanwaltschaft die Vernehmung von Fania und Rachel Margolis an, die seitdem aus Angst bei ihrer Tochter in Israel lebt.

Fania Brancovskaja wurde vorgeworfen, im Januar 1944 an der Zerstörung des Dorfes Koniuchy durch sowjetische Partisan_innen beteiligt gewesen zu sein, denen es als Basis litauischer Kollaborateure galt. Am 29. Mai 2008 erschienen Polizisten in der kleinen Hochhauswohnung der damals 86-Jährigen und brachten sie auf das Kommissariat – angeblich weil sie unauffindbar gewesen sei. Sie beteuerte, nie in Koniuchy gewesen zu sein. Doch nur weil es dem Jiddisch-Professor und Aktivisten Dovid Katz gelang, diplomatischen Protest zu mobilisieren, und es der Staatsanwaltschaft an Belastungsmaterial fehlte, wurden die Ermittlungen auf Eis gelegt. Rehabilitiert wurde weder Fania Brancovskaja noch eine ihrer ehemaligen Kamerad_innen.

Trotz dieses revisionistischen »turns« versucht sich die kleine Gemeinde zu behaupten, und auch Fania, die ihre gesamte Familie im Holocaust verloren hat, kämpft weiter. Obwohl sie 90 Jahre alt ist, führt sie regelmäßig Gruppen zu den Stätten von Verfolgung und Widerstand, engagiert sich im Jiddischen Institut und organisiert Hilfe für bedürftige Gemeindemitglieder. Sie hat gelernt, Fragen nach den jüngsten Demütigungen wegzulächeln und politisch brisante Aspekte auszuklammern. Gefragt, woher sie die Kraft für ihre Arbeit nehme, sagte sie einmal: »Das tu' ich für die, was liegen tot in Ponar. Die können sich nicht stellen, die können nicht erzählen, was ihnen geschehen ist. In Jiddisch sagt man: so lang die Fieß tragen. Das ist meine Pflicht...«. ■

Der Brandanschlag in Solingen

Ein Überblick anlässlich des 20. Jahrestages

»Ein Kind flog im Traum in das unendliche Blau. Ein Kind flog im Traum voller Hoffnung über grüne Wiesen. Ein Kind fiel auf seine Flügel. Es verbrannte, das Kind. Es brannte. Es war kein Traum. Nein, es war kein Traum. Was verbrannte, war unsere Hoffnung. Was verbrannte, waren unsere Kinder, unsere Frauen. Jetzt brennt es in uns.«

Dieses Zitat stammt aus der Rede von Taner Aday auf einer Großdemonstration am 5. Juni 1993 in Solingen. Bei einem rassistisch motivierten Brandanschlag auf das Haus der Solinger Familie Genç waren in der Nacht auf den 29. Mai 1993 fünf Menschen ermordet worden, weitere Bewohner_innen wurden schwer verletzt. Trotz der sofort angerückten Feuerwehr kam für Saime Genç (4), Hülya Genç (9), Gülüstan Öztürk (12), Hatice Genç (18), Gürsün Ince (27) jede Hilfe zu spät. Drei von ihnen verbrannten, die anderen beiden starben nach einem Sprung aus dem Fenster.

1970 war Durmus Genç aus dem Norden der Türkei nach Deutschland gekommen, angeworben als »Gastarbeiter«. 1973 folgte Ehefrau Mevlüde, nach und nach auch ihre fünf Kinder. Zwei weitere Kinder wurden in Solingen geboren. Inklusive drei Schwiegersöhnen, einer Schwiegertochter, sechs Enkelkindern und einer Nichte, die gerade in Deutschland zu Besuch war, wohnten im Mai 1993 20 Menschen in dem Haus auf der Unteren Wernerstraße, 19 waren zum Zeitpunkt des Anschlages zu Hause. Durmus Genç erreichte die Nachricht während seiner Nachtschicht in einer Fabrik.

Die Täter

Bereits in der Nacht auf den 30. Mai wurde einer der Täter festgenommen: der 16-jährige Christian R., der schräg gegenüber des Tatorts in der Wohnung seiner Mutter lebte und schon zuvor durch rassistische Aktionen und Äußerungen aufgefallen war. Am Vortag der Tat hatte er gegenüber Freunden angekündigt, dass das »Türkenhaus« bald brennen werde. Und so kam es dann auch. Nachdem er am 28. Mai mit seiner Mutter und deren Lebensgefährten in einer Kneipe gezecht hatte, zog er noch einmal alleine los, scheinbar ziellos, aber offenbar sein Vorhaben vor Augen. So etwas alleine zu machen, würde ihm aber keinen Spaß machen, äußerte er später in einer seiner Vernehmungen. In der Stadt traf er den Ermittlungsergebnissen zufolge zufällig auf Markus G. (23), Christian B. (20) und Felix K. (16) – alle drei Teil einer rechten Jugendclique –, die ebenfalls ziellos und alkoholisiert unterwegs waren, nachdem sie zuvor auf einem Polterabend in einer Gaststätte ein Hausverbot kassiert hatten und von – so glaubten sie zumindest – »zwei Türken« rausgeworfen worden waren. Anschließend besuchten sie einen Freund. Und stießen dann später in der Stadt auf Christian R., der eher als Außenseiter galt und nicht der Clique angehörte. Alle vier gehörten einer lokalen rechten Jugendszene an, die sich vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen rassistischen und nationalistischen Klimas Anfang der Neunziger insbesondere in ihrem Hass auf »Ausländer« verbunden fühlte und zunehmend auch Zugang in organisierte Neonazi-Kreise fand. Einig war man sich darin, auch in Solingen »mal was gegen die vielen Ausländer machen« zu müssen. Schon vor dem Anschlag hatte es vor Ort rassistische Bedrohungen und Angriffe gegeben, die Vorfälle häuften sich. Und offenbar passte in der Nacht auf den 29. Mai alles zusammen. Man wurde sich schnell einig und zog los, laut Markus G. um »die Türken zu erschrecken«, damit diese dann Deutschland verlassen. Während zwei von ihnen Schmiere standen, schütteten die anderen spätestens um 1.30 Uhr mehrere Liter Benzin im Windfang des Hauses aus und zündeten es an. Anschließend entfernten sie sich vom Tatort.



Am 3. Juni 1993 gestand dann auch der von der Polizei vernommene Markus G. seine Tatbeteiligung und nannte die Namen seiner drei Mittäter. Sein Geständnis wich jedoch deutlich von dem des geständigen Christian R. ab, der – ohne Nennung seiner tatsächlichen Mittäter – verschiedenste Versionen präsentiert hatte. Letztendlich hatte sich R. darauf festgelegt, er habe die Tat alleine begangen. Nach dem Geständnis von G. räumte er nun ein, die Tat zusammen mit diesem sowie den anderen von G. genannten Personen begangen zu haben. Vor Gericht folgte dann später wieder die Einzeltäterversion. Hierbei blieb er dann. Aufgrund der Aussage von G. wurden dann auch Felix K. und Christian B. festgenommen. Beide bestritten die Tat, auch später während des Prozesses und ihrer Haftzeit – soweit bekannt bis heute.

Der DHKKV

Eine besondere Rolle – sowohl bei der weiteren Politisierung und Radikalisierung der späteren Täter, als auch bei deren Annäherung an die organisierte Neonazi-Szene – spielte die Solinger Kampfsportschule »Hak Pao« bzw. der angebundene »Deutsche Hochleistungskampfkunstverband« (DHKKV). Sowohl Markus G. als auch Felix K. und Christian B. traten im Sommer 1992 dem DHKKV bei und nahmen an Trainingseinheiten teil, die hauptsächlich von Neonazis frequentiert wurden. Christian R. hatte eine Mitwirkung zwar in Erwägung gezogen, diese aber nie vollzogen.

Die Kampfsportschule um den 17-fach vorbestraften Solinger Bernd Schmitt geriet bereits 1991 ins Visier von Antifaschist_innen. War Schmitt bis dahin hauptsächlich durch kriminelle Machenschaften, sein profilneurotisches und angeberisches Gebaren und seine Rauswürfe aus renommierten Kampfsportverbänden aufgefallen, aber nicht durch neonazistisches Engagement, so war ab Herbst 1991 eine Orientierung auf die extrem rechte Szene festzustellen. Eine wichtige Rolle hierbei spielten drei im DHKKV mitwirkende örtliche Neonazis, die über die nötigen Kontakte verfügten. Dies drückte sich einerseits darin aus, dass Schmitts Truppe immer häufiger von extrem rechten Gruppierungen mit Saalschutzaufgaben betraut wurde, andererseits darin, dass seine Kampfsportschule immer mehr zum bundesweiten Sammelpunkt extrem rechter Akteure wurde, die nach Möglichkeiten suchten, sich und/oder ihre Kameraden für den Straßenkampf ausbilden zu lassen. Ganz besonders angetan von Schmitt war der NF-Vorsitzende Meinolf Schönborn, der seine Stunde beim Aufbau seines »Nationalen Einsatzkommandos« (NEK) gekommen sah. Der DHKKV übernahm quasi die Organisationsstruktur und Aufgaben, die für das NEK der dann Ende 1992 verbotenen NF vorgesehen waren. In der Kampfsportschule sammelten sich unter der Leitung von Schmitt bundesweite neonazistische Prominenz, sich als SA verstehende militante Neonazis und rechte Solinger Jugendliche. Bei letzteren nahm Schmitt offenbar eine Art Vaterrolle ein, er kümmerte sich um Probleme des täglichen Lebens, erwartete aber Unterordnung. Nichtrechte Personen, die ihn damals kennenlernten, beschreiben seine Auftritte in Begleitung von Bodyguards als mit denen eines Zuhälters vergleichbar. Zumeist ungefragt betonte er, dass er nichts gegen »Ausländer« habe, in seiner Kampfsportschule würden sogar einige trainieren. Ob Schmitt politische Ambitionen hatte oder aber – was wahrscheinlicher ist – seine Profilneurose und die Hoffnung auf eine schnelle Mark im Vordergrund standen, konnte nie wirklich geklärt werden. Sicher ist, dass unter seiner Leitung militante neonazistische Strukturen weiter ausgebaut, Neonazis in Waffentechniken und Kampfsportarten trainiert, extrem rechte Gruppen zum Aufbau eigener »Truppen« animiert und Jugendliche an die organisierte Neonaziszene herangeführt wurden. Nach dem Anschlag warnte er sogar die Clique um Markus G., Felix K. und Christian B. vor Hausdurchsuchungen und gab ihm vorliegende Hinweise auf Christian R. als möglichen Täter nicht weiter.

→

Der Verfassungsschutz (VS)

Viel ist seit dem Bekanntwerden des NSU darüber geschrieben worden, um welchen Preis die deutschen Inlandsgeheimdienste V-Leute in der Neonazi-Szene »führen«, ohne dass die neonazistische Szene hierdurch geschwächt und massive Straftaten verhindert werden – ganz im Gegenteil. Ähnliches geschah in Solingen. Fakt ist, dass Bernd Schmitt, der schon zuvor enge Kontakte zur Wuppertaler Polizei pflegte, seit dem 3. April 1992 zunächst als »Gelegenheitsinformant«, später als V-Mann für den VS NRW tätig war. Dieser hatte begierig zugegriffen, nachdem sich der stets finanziell abgebrannte Schmitt angeboten hatte, schließlich hatte der VS große Schwierigkeiten, V-Leute in die Nähe von Schönborn zu platzieren. Offiziell bekannt wurde Schmitts V-Mann-Tätigkeit, als er am 3. Juni 1994 vor dem Düsseldorfer OLG als Zeuge aussagen und hierfür erst eine Aussagegenehmigung seines Dienstherrn einholen musste. Das NRW-Innenministerium gab ihm volle Rückendeckung. Schmitt sei »nachrichtenehrlich und zuverlässig« und habe sich »szenetypisch« verhalten. Hierfür wurde ihm ein Monatsgehalt, vergleichbar dem eines »Arbeiters am Hochofen«, gezahlt. Den zum Mitgliederverband ausgebauten DHKKV hatten der VS und Schmitt offenbar als Pool zur Abschöpfung von Informationen angesehen, quasi als Kristallisationspunkt, der extrem rechte AkteurInnen anlocken sollte, um über sie Informationen zu sammeln. Dass diese dabei zunehmend rechte Jugendliche agitierten und integrierten, spielte keine Rolle. Und was von Schmitts »Nachrichtenehrlichkeit« zu halten ist, zeigte seine Äußerung vor Gericht, dass er in Solingen gerade einmal zwei bis drei »Rechtsextremisten« kennen würde, der Rest sei unpolitisch und hätte eher ein Alkoholproblem. Möglicherweise entsprach das aber auch seiner tatsächlichen Wahrnehmung, was Rückschlüsse darauf zuließe, wieso das Innenministerium in Solingen keine extrem rechte Szene erkennen konnte – oder wollte. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, Publizist und Bürgerrechtsaktivist mit Schwerpunkt auf Geheimdienste, fasste Schmitts Rolle wie folgt zusammen: »Bernd Schmitt [...] hat im Zusammenhang mit dem Solinger Brandanschlag nicht nur nichts verhindert [...] Auch im Nachhinein hat er praktisch nichts aufklären können, im Gegenteil, er hat einen wichtigen Personenhinweis auf die Täter nicht weitergereicht, hat durch seine Warnung vor Hausdurchsuchungen und die Verschleppung von Akten verdächtigen Inhalts hochgradige Verdunkelung betrieben. Mit der Existenz und durch das Verhalten des V-Manns Schmitt sind die Ermittlungen des Solinger Mordanschlags erheblich verkompliziert und stark belastet worden [...].«

Der Prozess und das Urteil

Der international beachtete Prozess gegen die vier Angeklagten startete am 13. April 1994 vor dem OLG Düsseldorf. Die Anklage lautete auf fünffachen Mord, 14-fachen Mordversuch und besonders schwerer Brandstiftung aus niederen Beweggründen. Erst am 13. Oktober 1995 wurde nach 127 Prozesstagen ein Urteil gesprochen, nachdem es zuvor zu diversen Komplikationen gekommen war. Markus G. hatte zunächst fast zwei Jahre lang an seinem detaillierten und glaubwürdigen Geständnis festgehalten und sich sogar am 14. Januar 1994 schriftlich bei den Überlebenden der Familie Genç entschuldigt.

Am 80. Prozesstag zog er sein Geständnis völlig unerwartet zurück. Er sei an der Tat nicht beteiligt gewesen und damals zu dem Geständnis genötigt worden. Christian R. blieb bei seiner letzten Version, dass er die Tat alleine begangen habe, die anderen beiden hatten eine Tatbeteiligung von Beginn an bestritten und blieben dabei. Letztendlich kassierte G. 15 Jahre, die anderen eine zehnjährige Jugendstrafe. Entscheidend bei der Verurteilung von Markus G., Felix K. und Christian B. war das nach Auffassung des Gerichtes authentische und auf Täterwissen basierende detaillierte Geständnis von G., dessen Widerruf als unglaubwürdig bewertet wurde. Letztendlich aber wurden die drei, insbesondere Felix K. und Christian B., auf Grundlage von Indizien verurteilt, was nicht ohne Folgen blieb.

Zweifel an der Täterschaft und Abgründe beim Umgang mit den Opfern

Bis heute halten sich Positionen, dass zwei oder drei Unschuldige verurteilt wurden. Auch in Solingen gibt es nicht wenige Menschen – auch im linken Spektrum –, die der Auffassung sind, es habe zumindest teilweise »die Falschen erwischt« und es sei entgegen der Regel »in dubio pro reo« verurteilt worden. Wichtige Fragen blieben für sie im Laufe des Prozesses nicht ausreichend beantwortet: Wo und wann besorgten sich die Verurteilten das Benzin und wann wurde der Brand frühestens gelegt? Ist dieser Zeitpunkt in Einklang zu bringen mit einem belegbaren Ort und Zeitpunkt des Aufeinandertreffens der vier Beschuldigten? Über einen Kumpel, den sie in der Nacht auf den 29. Mai besuchten, hatten Markus G., Felix K. und Christian B. auch versucht, sich ein Alibi für die Tatzeit zu besorgen, was letztendlich an Widersprüchen sowie an dessen Unglaubwürdigkeit und temporären Widerruf scheiterte.

Hatten Christian R. und Markus G. im Juni 1993 alle Angaben freiwillig gemacht und Täterwissen präsentiert, ohne dass ihnen Aussagen des jeweils anderen Beschuldigten vorgehalten worden waren? Schließlich standen die Ermittlungsbehörden unter einem hohen Druck, möglichst schnell Täter zu präsentieren. Fragen, die 1993 bis

[1]



Der 16jährige Christian



Der 23jährige Markus



Der 20jährige Chris

Felix ist 16. Sein Vater ist Arzt. Seine Mutter engagierte Umweltschützerin. An der Tür seines Elternhauses hängt ein Trauerflor für die 5 toten Türkinnen von Solingen. Die Polizei hat Felix zusammen mit seinen Freunden **Markus (24)** und **Chris (20)** auf der Trauerfeier für die Opfer von Solingen verhaftet. **Christian R.** (16), seit Pfingsten in Haft, hatte ein neues, schreckliches Geständnis abgelegt. Sie waren zu viert. Es war eine Mutprobe. Alle waren betrunken, wurden vorher aus einem Lokal geworfen.
Die Mordnacht, die Täter – Seite 2

[1] Faksimile aus BILD-Berlin 5. Juni 1993.

1995 auch diverse Antifaschist_innen beschäftigten. Bei der Suche nach Hinweisen auf bisher unbekannte TäterInnen erwiesen sich jedoch alle »Spuren« als völlig unergiebig. Insbesondere die Eltern und Verteidiger von Felix K. und die Verteidiger von Christian B. nutzten alle Möglichkeiten, Zweifel an der Schuld der beiden bzw. drei zu nähren und sie als Opfer darzustellen. Hierbei wurden alle möglichen Wege beschritten, auch einige Medien ließen sich hierbei vor den Karren spannen. Und leider gerieten hierbei die tatsächlichen Opfer zunehmend in den Hintergrund, zumindest temporär auch bei Antifaschist_innen. Hinzu kam durch nichts belegtes Gerede in Solingen und auf den Gerichtsgebäudefluren über einen möglichen Versicherungsbetrug der Familie Genç sowie gefakte und skandalöserweise sogar vom Vorsitzenden Richter in den Prozess eingeführte »Hinweise« in Form einer erkennbar gefälschten notariell beglaubigten eidesstattlichen Erklärung, dass »Berliner Türken« das Haus angezündet hätten, da einer der Genç-Söhne eine Berliner Türkin vergewaltigt habe. All dies trug mit dazu bei, das Leid der überlebenden Opfer noch weiter zu vergrößern. Am 101. Prozesstag wandte sich Mevlüde Genç deshalb persönlich an das Gericht: »Sie haben es zugelassen, dass meine Familie ein weiteres Mal verbrannt wird [...].«

Was ist geblieben?

»Bis heute wird an nicht wenigen Stammtischen – wenn es um den Brandanschlag geht – vor allem über den ›Türkenaufstand‹ geredet«, so Frank Knoche, seit vielen Jahren im antirassistischen »Solinger Appell« engagiert, in einem Interview mit der Antifa-Zeitung LOTTA. Gemeint sind damit die tagelangen Proteste türkischer Migrant_innen nach dem Anschlag. Eine nachhaltige Sensibilisierung gegen Rassismus sei in Solingen nicht feststellbar, meint Taner Aday, 1993 Sprecher des unmittelbar nach dem Anschlag gegründeten »Solinger Appells«: »Die Täter wurden gefasst, sie haben ihre Strafe bekommen, und dann bemühte man sich zu vergessen.« Durchgesetzt zu haben scheint sich nach anfänglichen Bemühungen, interkulturelle Konzepte zu entwickeln, das Interesse der Stadt Solingen, ihr Image aufzupolieren und negative Schlagzeilen zu vermeiden. Kritische Stimmen werden folgerichtig schnell als Nestbeschmutzung wahrgenommen. Frank Knoche nennt ein Beispiel, was hieraus folgen kann: Nach langer Zeit sei ein Platz in Solingen nach demjenigen türkischen Ort benannt worden, aus dem die Familie Genç stammt und in dem die Opfer des Anschlages beerdigt wurden: der Mercimek-Platz. Knoche: »Man hat sich aber nicht getraut – wie in Frankfurt oder Bonn – einen Platz oder eine Straße nach den Opfern zu benennen. Meine These: Allein schon wegen der türkischen Schreibweise wären die Schilder demoliert oder beschmiert worden, was dann schlechte Nachrichten zur Folge gehabt hätte. Und deswegen hat man sich gar nicht mehr richtig damit auseinandergesetzt. Man wollte es unter der Decke halten.« ■

Dieser Artikel ist eine überarbeitete Version eines Beitrags aus LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen (www.lotta-magazin.de), Nr. 50, Winter 2012/2013

Stellvertreter-Prozess

Beobachtungen aus Dresden

»Die Auseinandersetzungen in Zusammenhang mit den Ereignissen des 19.02.2011 haben für erhebliche Unruhe in der Bevölkerung gesorgt und der Stadt Dresden bzw. dem Freistaat Sachsen politischen und wirtschaftlichen Schaden zugefügt«, so das Dresdener Amtsgericht in seiner schriftlichen Urteilsbegründung gegen Tim H. Entsprechend hätte er erwartet, dass sich der Angeklagte »bei der Dresdner Bevölkerung« entschuldigen würde, machte der Amtsrichter schon in der mündlichen Begründung seinen Standpunkt klar.

Tatsächlich war die Verhinderung der Neonazidemonstration am 19. Februar 2011 sowohl mit Sitzblockaden als auch mit handfesten Auseinandersetzungen einhergegangen. Trotz enormen logistischen und finanziellen Aufwands seitens der Ermittlungsbehörden, ausufernder Telefonüberwachung und §129-Verfahren, kann die Aufklärungsquote jedoch nur als desaströs bezeichnet werden. Dabei hatte die Polizei über Teile der Dresdner Südvorstadt stundenweise gänzlich die Kontrolle verloren. Eine heftige Schlappe für eine Innenbehörde, die unter der Bezeichnung »sächsische Demokratie« als letztes Bollwerk des deutschen Obrigkeitsstaates fungiert. Es galt also Schuldige für die Einsatzschlappe zu finden, und Tim H. war seitens der Staatsanwaltschaft diese Stellvertreterrolle zugedacht worden. Der Nachweis individueller Schuld oder eigener Straftaten war dabei bestenfalls zweitrangig.

»Zur Einstimmung« präsentierte die Staatsanwaltschaft in der Verhandlung einen wilden Zusammenschnitt von Krawall-Videos aus Polizei und Youtube-Quellen, die zwar mit der fraglichen Situation oder gar dem Angeklagten nichts zu tun hatten, aber ein »Bild des Tagesgeschehens« vermitteln sollten. Die einzelnen Clips waren dabei zusätzlich mit züngelnden Flammen einer brennenden Barrikade unterlegt worden. Das Video endete schließlich mit steinewerfenden Neonazis, um auch der Extremismustheorie sächsischer Prägung Genüge zu tun. Seine Wirkung auf die beiden Schöffen, zwei ältere Dresdener Herren, dürfte diese Vorführung durchaus erzielt haben.

Sobald es um den Angeklagten selbst ging, wurde die Beweisführung jedoch schnell holprig. Laut Anklageschrift sollte dieser mittels Megafon dazu aufgerufen haben, sich »nicht abdrängen zu lassen« und eine Polizeisperre »zu durchbrechen«. Zu hören waren auf dem entsprechenden Polizeivideo freilich nur Aufrufe, »nach vorne« zu kommen. Der Sprecher selbst war auf den verpixelten Aufnahmen nicht auszumachen. Zur Abhilfe wurde auf dem Video einfach die Person in der Mitte mit der größten Statur eingefärbt, mit der Begründung, im späteren Verlauf des Tages hätte eine große Person einen Beamten mittels eines Megafons beleidigt - einmal Megafonsprecher, immer Megafonsprecher. Der Hauptbelastungszeuge der Staatsanwaltschaft, der angab, den Sprecher der Durchsagen von seinem Balkon aus gesehen zu haben, entpuppte sich bereits am ersten Verhandlungstag als Entlastungszeuge der Verteidigung. Seitens des Anwohners wurde der Angeklagte nicht nur nicht wiedererkannt, sondern die Person, die er gesehen habe, hätte ganz anders ausgesehen, insbesondere sei diese auch anders bekleidet gewesen als der spätere »Beleidiger«.

Die Polizisten vor Ort hatten gar keinen Megafonsprecher erkannt, einige gingen sogar von mehreren Sprechern aus. Tatsächlich sind im weiteren Verlauf des im Saal vorgeführten Videos mindestens zwei Megafone zu erkennen. Auf Nachfrage der Verteidigung gab der ermittelnde Beamte sogar an, wegen einer zweiten Person mit Megafon »mit dem gleichen Vorwurf« zu ermitteln.

Da die Beweisaufnahme wenig Belastendes zu Tage förderte, ließ das Gericht noch überraschend den Arbeitgeber des Angeklagten aus der Bundesgeschäftsstelle der Linken vorladen, ob dieser ihm einen Auftrag



Foto: Christian Jäger

zur »Störung des NPD-Aufzuges« erteilt habe. Der Hinweis, dass diese Beschäftigung damals noch gar nicht bestand, passte dem Gericht dabei sichtlich nicht ins Konzept.

Wenig ergiebig war auch die Auswertung der Hausdurchsuchung bei dem Angeklagten. Das erhoffte Megafon wurde zwar nicht gefunden, dafür aber eine schwarze Jack-Wolfskin-Jacke, die eine Person mit Megafon auf dem Video getragen haben soll. Der ermittelnde Beamte musste allerdings eingestehen, in dem Jahr »etwa fünf« solcher Jacken bei diversen Durchsuchungen sichergestellt zu haben. Dies sei ein absolut verbreitetes Kleidungsstück.

Verurteilt wurde Tim H. trotzdem: 1 Jahr und 10 Monate wegen Körperverletzung und schweren Landfriedensbruchs als »Koordinator« des Durchbruchs. Eigene Tätlichkeiten würden ihm zwar nicht vorgeworfen aber Übergriffe anderer müsse er sich als Rädelsführer mit anrechnen lassen. Belastend wurde dabei ins Feld geführt, dass seitens des Angeklagten eben nicht die geforderte »Entschuldigung bei der Dresdner Bevölkerung« erfolgte, sondern dieser von seinem Recht Gebrauch machte, in der Verhandlung zu schweigen. Und damit der postulierte Abschreckungseffekt auch wirkt, erfolgte die Verurteilung ohne Bewährung. Dabei geht selbst das Gericht in der schriftlichen Urteilsbegründung davon aus, dass der nicht vorbestrafte Angeklagte »künftig keine Straftaten mehr begehen wird«. Doch um den Angeklagten ging es recht wenig bei diesem Urteil. Folgerichtig fehlt es auch an Ausführungen, was der Angeklagte nun eigentlich gesagt haben soll, um »auf die Menschenmenge einzuwirken«. Eine kafkaeske Situation, für eine »Einwirkung« verurteilt zu werden, die gar nicht benannt wird. Neben der Verteidigung legte auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Sie forderte bereits in der Verhandlung eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten, wobei eine Freiheitsstrafe ab 2 Jahren grundsätzlich nicht mehr zur Bewährung ausgesetzt werden kann.

Noch im letzten Jahr musste sich das Amtsgericht Dresden in einem Revisionsbeschluss bezüglich eines »Blockade-Urteils« vom Oberlandesgericht sagen lassen, dass für »den Angeklagten belastende Schlussfolgerungen nicht auf bloße Vermutungen oder Möglichkeiten gestützt werden dürfen«. Und »dass es nicht Sache des Angeklagten ist seine Unschuld darzutun.« Nichts weniger als der Vorwurf, grundlegende Rechtsstaatsprinzipien missachtet zu haben. Geholfen hat der Hinweis wenig. ■

Eine Dokumentation des Urteils sowie Infos zur aktuellen Entwicklung gibt es auf:
https://de-de.facebook.com/WirBlockierenWeiter
http://sachsendrehtfreistaat.blogsport.de/

Für die Unterstützung im Fall Tim und weiteren von Repression in Dresden Betroffenen wurde ein **Spendenkonto** eingerichtet:

Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Kto. 7403887018
BLZ: 100 900 00
Berliner Volksbank
Stichwort: »FREISTAAT«

Objekt 21

Neonazistische trifft organisierte Kriminalität

Heribert Schiedel

Anfang 2013 konnte eine eigens gegründete Sonderkommission der Kriminalpolizei in Oberösterreich (OÖ) ein kriminelles Netzwerk zerschlagen, auf dessen Konto Brandanschläge, Drogenhandel, Schutzgelderpressung und schwere Misshandlungen gingen. Eine politische Dimension bekam der Fall durch die Tatsache, dass von den elf Ende Januar in Untersuchungshaft genommenen Verdächtigen gleich sechs der Neonaziszene zugerechnet werden. Konkret handelt es sich um die Führungsriege der Anfang 2011 behördlich aufgelösten Neonazigruppe Objekt 21, die es auf rund 200 Mitglieder und SympathisantInnen brachte.

Söldnerdienste im Rotlichtmilieu

Als im Mai 2012 in Wien ein Bordell in Flammen aufging, wurde umgehend ein eskalierender Konkurrenzkampf im Rotlichtmilieu dafür verantwortlich gemacht. Im Zuge der Ermittlungen gerieten dann oberösterreichische Neonazis ins Visier, einer von ihnen gab zu, dass sie von einem 51-jährigen Zuhälter dazu angestiftet worden seien, den Brand beim Konkurrenten zu legen. Der daraufhin aufgeflogenen Bande unter Neonaziführung wird mittlerweile die Verantwortung für Sachschäden in der Höhe von insgesamt 3,5 Millionen Euro zugeschrieben. Begonnen habe die Serie 2009 mit einem Brandanschlag auf ein Bordell in Kirchdorf/OÖ, wobei der Geschäftsführer entführt und (mit einer Motorsäge) gefoltert worden sei. Zwei Jahre später hätten Mitglieder der Bande in Schärding/OÖ das Auto eines weiteren konkurrierenden Zuhälters in Brand gesteckt. Daneben werden sie für insgesamt 23 Einbrüche, Schutzgelderpressungen und Misshandlungen von illegalisierten Prostituierten verantwortlich gemacht. Bei Hausdurchsuchungen konnten zehn Kilogramm Sprengstoff und zahlreiche illegale Waffen samt Munition beschlagnahmt werden. Die Sonderkommission hat mittlerweile 80 Personen vernommen, nun liegt der Fall bei der Staatsanwaltschaft, die schon in der Vergangenheit für ihr Zögern im Zusammenhang mit der behördlichen Bekämpfung von Objekt 21 kritisiert wurde.

Völkische Kulturpflege

Im März 2010 gründeten Neonazis aus dem Dunstkreis der örtlichen (informellen) Blood & Honour-Strukturen im oberösterreichischen Desselbrunn den Verein Objekt 21. Während laut Vereinsregister ein Manuel Spindler offiziell den Obmann gab, zog im Hintergrund Jürgen Windhofer die Fäden. Der mehrfach vorbestrafte Neonazi aus Ebensee führte schon den Kampfverband Oberdonau an und wurde erst 2009 wiederum zu einer Haftstrafe verurteilt. Anlässlich des neuerlichen Haftantrittes von Windhofer im Herbst 2010 zeigten zahlreiche (auch deutsche) Neonazis ihre Solidarität, etwa auf den Neonazi-Portalen Altermedia oder Alpen-Donau (siehe Artikel S. 26). Vom Gefängnis aus hielt Windhofer Kontakt zu seinen »Kameraden«, auf Facebook war er ebenfalls weiter aktiv. Auf seinem dortigen Profilbild trägt er einen Button mit der Forderung »Freiheit für Wolle«, womit der mutmaßliche NSU-Mittäter Ralf Wohlleben gemeint ist.

Das kriminelle Vorleben Windhofers ließ es ratsam erscheinen, ihn nicht mit offiziellen Leitungsaufgaben bei Objekt 21 zu betrauen. Auch inhaltlich versuchte man sich in Camouflage, um nicht gleich wieder verboten zu werden. So hieß es im Gründungsaufruf, man stelle »einen Verein zur Erhaltung und zur Pflege unserer tausende Jahre alten Kultur mitsamt ihrem Brauchtum« dar. Von den Mitgliedern forderte man die obligaten Sekundärtugenden wie »Kameradschaft, Ehrlichkeit, Treue, Verlässlichkeit und Disziplin«. Noch deutlicher wurden die Neonazis mit der Wahl ihres Vereinslogos, einem Schlagring, und ihrer Vereinsfahne, welche deutlich der Hakenkreuzfahne nachempfunden war. Auch der damals etablierte gleichnamige Neonaziversand ließ angesichts seines einschlägigen Angebotes rasch Rückschlüsse auf den politischen Charakter des Vereins zu. Eine breitere Öffentlichkeit begann sich aber erst für Objekt 21 zu interessieren, als bekannt wurde, dass sich der Verein in einem Haus des Vaters des österreichischen Regisseurs Stefan Ruzowitzky (»Die Fälscher«) eingemietet hatte. Die Neonazis richteten sich dort häuslich ein und begannen alsbald ihre neue, mit zahlreichen Nazi-Symbolen geschmückte Bleibe





[1] Neonazistischer »Balladenabend« im Objekt 21.

[2] Teilnehmer eines neonazistischen »Balladenabends« im Objekt 21.
Links: Jens Bruchergeifer von der Band »Sturmwehr«.
Rechts: Jürgen Windhofer.

für Veranstaltungen zu nutzen. So trat dort im September 2010 Jens Bruchergeifer (Sturmwehr) auf. Beste Kontakte bestanden darüber hinaus zum Freien Netz Süd (Nationales Bündnis Niederbayern) und nach Thüringen zu den dortigen Heimatschutz-Strukturen. In Gotha wurde im Zusammenhang mit den Brandanschlägen der deutsche Andreas Putyra verhaftet, auch in Oberösterreich soll zumindest ein deutscher Neonazi unter den Untersuchungshäftlingen sein. Es ist davon auszugehen, dass sich nun auch deutsche Behörden für die kriminelle Neonazi-Struktur rund um Objekt 21 interessieren, zumal es schon in der Vergangenheit immer wieder Spuren nach (Ober-)Österreich gegeben hat.

Lasche Behörden, untätige Politik

Im August 2010 kam es nach medialem Druck zu einer ersten Hausdurchsuchung im Vereinslokal, jedoch ohne wirklich Belastendes zu Tage zu fördern. Der Grund dafür könnte in den angeblichen guten Kontakten der Neonazis zur Polizei liegen. Zumindest behauptete ein Aktivist gegenüber dem Vermieter, dass man vor der Hausdurchsuchung gewarnt worden sei. Auch hieß es von Seiten der regionalen Behörde im Sommer 2010 noch, dass man zwar vom Verein, aber nichts von dessen Aktivitäten wisse. Erst nachdem antifaschistische Recherchen diese Aktivitäten nachgewiesen hatten, wurde der Verfassungsschutz aktiv. Im Herbst 2010 wurde Objekt 21 behördlich aufgelöst, was Anfang 2011 rechtskräftig wurde. Dennoch machten die Neonazis weiter, was eine neuerliche Hausdurchsuchung im Mai 2011 provozierte und in der Folge zu Anzeigen gegen elf Verantwortliche bei der in dieser Sache bis heute untätigen Staatsanwaltschaft Wels führte. Nun zog sich der Verfassungsschutz aus dem Fall zurück, da sich die mehrheitlich dem Skinheadmilieu entstammenden Neonazis gänzlich der organisierten Kriminalität verschrieben hätten. Dass mit diesen Machenschaften im Rotlicht- und Drogenmilieu die neonazistischen Aktivitäten finanziert wurden, bestreiten die Behörden jedoch bis heute kategorisch.

Noch im August 2010 berichteten Medien, die Polizei würde die Neonazis als »kleine Fische« verharmlosen. Nachdem diese – nicht vom Verfassungsschutz, sondern von der Kriminalpolizei – nun zum großen Fang erklärt worden waren, standen die säumigen Behördenteile unter Kritik und die Politik unter Zugzwang. Und so musste der Forderung der sozialdemokratischen Opposition und von antifaschistischen NGOs nach Einberufung des Landessicherheitsrates nachgegeben werden. Ob dieser mehr Substantielles hervorbringt als vergleichbare Aktivitäten seitens der oberösterreichischen Landespolitik in der Vergangenheit, muss leider bezweifelt werden. Zu stark ist die FPÖ in Oberösterreich, zu groß die Bereitschaft der ÖVP, die Augen vor den Dimensionen der neonazistischen Bedrohung zu verschließen. ■

Europas Rechte ein Jahr vor der Europawahl 2014

Carsten Hübner

Die Parteien der extremen Rechten haben sich in den letzten 25 Jahren zu einem festen Bestandteil der politischen Landschaft in Europa entwickelt. Ihre MandatsträgerInnen sitzen in vielen National-, Regional- und Lokalvertretungen. Im Europaparlament gehören derzeit rund 10 Prozent der 754 Abgeordneten nationalkonservativen, rechtspopulistischen oder neonazistischen Parteien an. Ein Überblick.

Die Enttäuschung im rechten Lager Österreichs war groß, als am Abend des 3. März 2013 die ersten Hochrechnungen zur Landtagswahl in Kärnten bekannt wurden. Im Stammland Jörg Haiders und der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) brach ihr regionaler Ableger, die »Freiheitliche Partei Kärntens« (FPK) mit Landeshauptmann Gerhard Dörfler an der Spitze, dramatisch ein und fiel in der WählerInnengunst von 44,89 Prozent (2008) auf nunmehr 16,85 Prozent.

Der Wahl vorangegangen war die Selbstauflösung des Landtages. Anlass waren schwerwiegende Korruptions- und Parteispendenskandale, die dem inzwischen verstorbenen Haider und Mitgliedern seiner Partei angelastet werden. Doch auch die politische Bilanz der Regierungszeit fällt durchweg negativ aus. Die wirtschaftliche Situation Kärntens ist äußerst angespannt. Es hat nicht nur die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer, sondern liegt auch bei der Arbeitslosigkeit mit 12,7 Prozent (Januar 2013) an der Spitze Österreichs. Im Ergebnis nimmt die Wohnbevölkerung seit mehreren Jahren ab, weil qualifizierte Arbeitskräfte abwandern.

Der 2008 tödlich mit dem Auto verunglückte Haider, eine Ikone der extremen Rechten in Europa, war zwischen 1989 und 1991 sowie von 1999 bis 2008 Landeshauptmann Kärntens. Dörfler folgte ihm im Amt.

Westeuropa: Rechtes Lager vielerorts stabil zweistellig

Die Wahlniederlage vom März dokumentiert aber nicht nur eine aktuelle Krise der »Freiheitlichen« in Österreich. Sie verweist gleichzeitig auf die strukturelle Stabilität und Stärke des rechten Lagers. Denn mit knapp 17 Prozent für die FPK und weiteren 6,4 Prozent für das Konkurrenzprojekt »Bündnis Zukunft Österreich« (BZÖ) haben weiterhin rund ein Viertel der WählerInnen Kärntens der extremen Rechten ihre Stimme gegeben. Das entspricht dem Landesdurchschnitt. Einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Gallup von Ende Februar zufolge kann die FPÖ bei der Nationalratswahl am 29. September 2013 derzeit mit 22 Prozent (2008: 17,54 Prozent) und das BZÖ mit 2 Prozent (2008: 10,70 Prozent) rechnen.

Die Situation in Österreich ist im westeuropäischen Vergleich keineswegs eine Ausnahme. Während das offen neonazistische und militante Parteienspektrum bei Wahlen, von Ausnahmen abgesehen, weitgehend bedeutungslos ist, konnte etwa in den Niederlanden die rechtspopulistische »Partei für die Freiheit« (PVV) von Geert Wilders bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im letzten Jahr trotz interner Querelen und einer geplatzten Duldung der konservativen Regierung immerhin 10,1 Prozent (2010: 15,5 Prozent) der Stimmen auf sich vereinen. Die christlich-fundamentalistischen Parteien »Christen Union« (CU) und »Reformierte Staatspartei« (SGP) legten leicht zu und kamen zusammen auf 5,2 Prozent (2010: 4,9 Prozent).

Ebenfalls stabil zeigte sich die »Dänische Volkspartei« (DF) unter Führung von Spitzenkandidatin Pia Merete Kjærsgaard. Die Partei hatte bis zur Wahl im September 2011 die rechtsliberale Regierung von Lars Løkke Rasmussen geduldet und holte 12,3 Prozent (2007: 13,9 Prozent).

Sogar deutlich zulegen konnte die »Front National« (FN) in Frankreich. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni 2012 kam sie auf 13,6 Prozent (2007: 4,3 Prozent). Parteichefin Marine Le Pen, die Tochter von FN-Gründer Jean-Marie Le Pen, verlor mit 49,9 Prozent nur äußerst knapp das Duell um das Direktmandat im Wahlkreis Pas-de-Calais. Marine Le Pen gibt vor, ihre Partei aus der neonazistischen Ecke ins nationalkonservative demokratische Spektrum führen zu wollen, was zu einem Wiedererstarken der FN geführt hat. Beim ersten Wahlgang um das Präsidenten-

amt am 22. April 2012 holte sie 17,9 Prozent und damit fast 6,5 Millionen Stimmen.

Aber auch einer ausgewiesen neonazistischen Partei gelang bei den Wahlen im Mai und im Juni 2012 in Griechenland der Einzug ins Parlament. Während die traditionelle Rechtspartei LA.O.S. schwächelte und auf 2,9 bzw. 1,6 Prozent (2009: 5,6 Prozent) fiel, kam die militante NPD-Schwesterpartei »Goldene Morgendämmerung« überraschend auf 6,97 bzw. 6,92 Prozent (2009: 0,29 Prozent) und verfügt seither über 18 Mandate.

Bedeutende Verluste musste demgegenüber die extreme Rechte in Belgien hinnehmen, wo der völkische »Vlaams Belang« (VB) bei den Parlamentswahlen im Juni 2010 deutlich verlor und im Landesdurchschnitt nur noch auf 7,76 Prozent (2007: 12 Prozent) der Stimmen kam. Und auch in Italien konnte die »Lega Nord« (LN) Ende Februar 2013 nicht an ihre bisherigen Wahlerfolge anknüpfen. Im Wahlbündnis mit Silvio Berlusconis »Mitte-Rechts-Koalition« kam die LN landesweit lediglich auf knapp 4,1 Prozent der Stimmen (2007: 8,3 Prozent). Gleichwohl stellt sie seit der gleichzeitig abgehaltenen Regionalwahl in der Lombardei, Italiens bevölkerungsreichster Region, mit Roberto Maroni erstmals seit Mitte 1990er Jahren wieder den Regionalpräsidenten.

Osteuropa: Extreme Rechte weiterhin sehr stark

In keinem anderen Land Europas scheint die extreme Rechte derzeit jedoch so stark wie in Ungarn. Neben der im April 2010 errungenen absoluten Mehrheit des nationalkonservativen Wahlbündnisses »Fidesz-KDNP« unter Führung von Ministerpräsident Viktor Orbán (52,73 Prozent) ist auch die militante neofaschistische Partei »Jobbik« mit 16,67 Prozent der Stimmen im Parlament vertreten (47 Sitze). Außer ihrer trotz Verbot fortbestehenden Parteimiliz »Ungarische Garde« gibt es eine Reihe weiterer gewalttätiger und zum Teil bewaffneter Formationen, die für eine Vielzahl von Übergriffen auf die ungarische Roma-Minderheit verantwortlich sind.

In diesem gesellschaftlichen Klima sind rassistische, antisemitische, völkische sowie antikommunistische und demokratiefeindliche Ressentiments in den vergangenen Jahren Gemeingut der politischen Auseinandersetzung von rechts geworden und bildeten nicht selten die Grundlage für Gesetzesvorlagen und Verfassungsänderungen der Regierung. Eine klare Distanzierung von europäischer Seite ist bisher dennoch ausgeblieben. Im Gegenteil. Der Fidesz ist weiterhin zusammen mit den deutschen Christdemokraten Mitglied der »Europäischen Volkspartei« (EVP) und ihrer Europafraktion.

Unverändert stark ist auch die nationalkonservative polnische Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) unter Führung von Jaroslaw Kaczynski, die bei den Sejm-Wahlen im Oktober auf 2011 knapp 29,9 Prozent (2007: 32,11 Prozent) der Stimmen kam. Während andere Rechtsparteien wie die »Liga Polnischer Familien« oder »Samoobrona« inzwischen völlig an Bedeutung verloren haben, vertritt die PiS weiterhin erfolgreich ein nationalistisch und katholisch-fundamentalistisch ausgerichtetes Milieu rechts der konservativen Regierungspartei »Bürgerplattform« (PO) von Ministerpräsident Donald Tusk. Zu ihrem Umfeld gehören der Sender »Radio Maryja« (Vgl. AIB 85) und Teile der Gewerkschaft »Solidarnosç«.

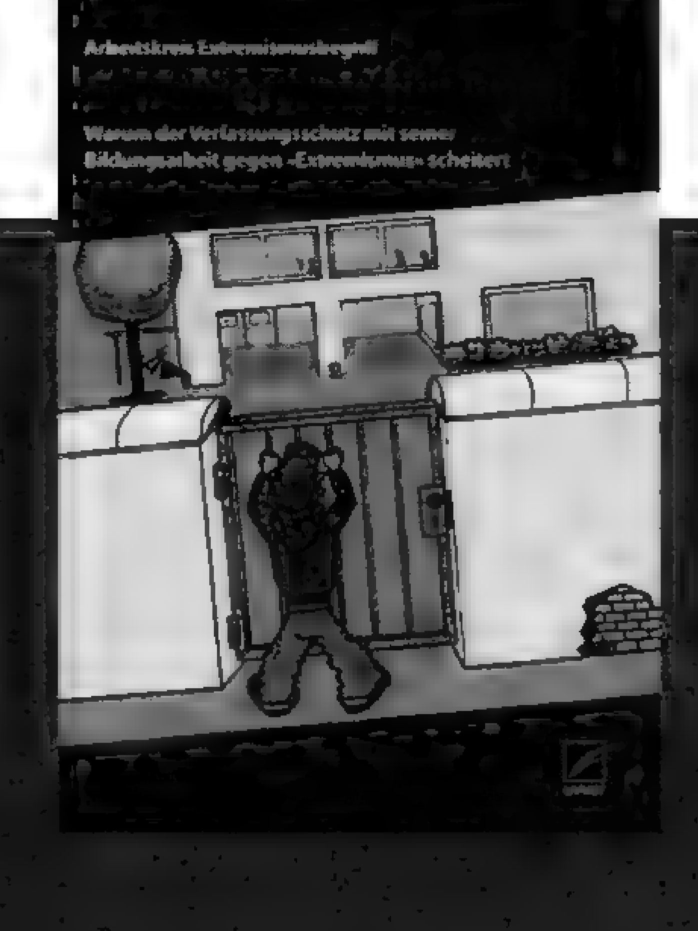
In Bulgarien stehen zudem für den 12. Mai 2013 vorgezogene Parlamentswahlen an, weil die konservative Minderheitsregierung unter Bojko Borissow (GERB) aufgrund gewaltsam verlaufener sozialer Proteste im Februar diesen Jahres ihren Rücktritt erklärte. Borissow hatte sich nach den Wahlen im Juli 2009 auch von der neonazistischen Partei »Ataka« von Wolen Siderow dulden lassen, die auf 9,36 Prozent (2005: 8,93 Prozent) der Stimmen gekommen war. Siderows Partei und seine Medien hetzen regelmäßig gegen die türkische und Roma-Minderheit Bulgariens. Immer wieder kommt es auch zu massiven antisemitischen Ausfällen.

Ausblick

Die Europawahlen 2014 finden unter dem Eindruck der aktuellen Finanzkrise und der Austeritätspolitik Brüssels statt. Das dürfte nationalkonservativen und rechtspopulistischen Parteien in ihrer europafeindlichen Haltung in die Hände spielen. Eine Stärkung der euroskeptischen und rechten Fraktionen »Europäische Konservative und Reformisten« (EKR; 53 Abgeordnete, u.a. PiS und CU) und »Europa der Freiheit und Demokratie« (EFD; 36 Abgeordnete, u.a. LN, SGP, DF, LA.O.S) könnte die Folge sein.

Aber auch das neonazistische Spektrum wird seine Chancen zu nutzen versuchen, wie die Erfolge der »Front National« in Frankreich, der »Goldenen Morgendämmerung« in Griechenland oder von »Jobbik« in Ungarn befürchten lassen. Ob es 2014 allerdings auch in diesem Lager für eine Fraktionsbildung reichen wird, ist schwer zu sagen. Seit 2009 sind dafür 25 Abgeordnete aus sieben Ländern erforderlich. Derzeit fraktionslos sind 24 Abgeordnete, die für extrem rechte Parteien ins Europaparlament gewählt wurden.

Die Hoffnungen richten sich deshalb auch auf die deutsche NPD. Denn nachdem das Bundesverfassungsgericht die Fünf-Prozent-Hürde für die Europawahlen kassiert hat, reichen etwas mehr als ein Prozent für ein Mandat aus Deutschland. Trotz oder gerade wegen ihrer gegenwärtigen Schwäche wird sich die NPD diese Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen. ■

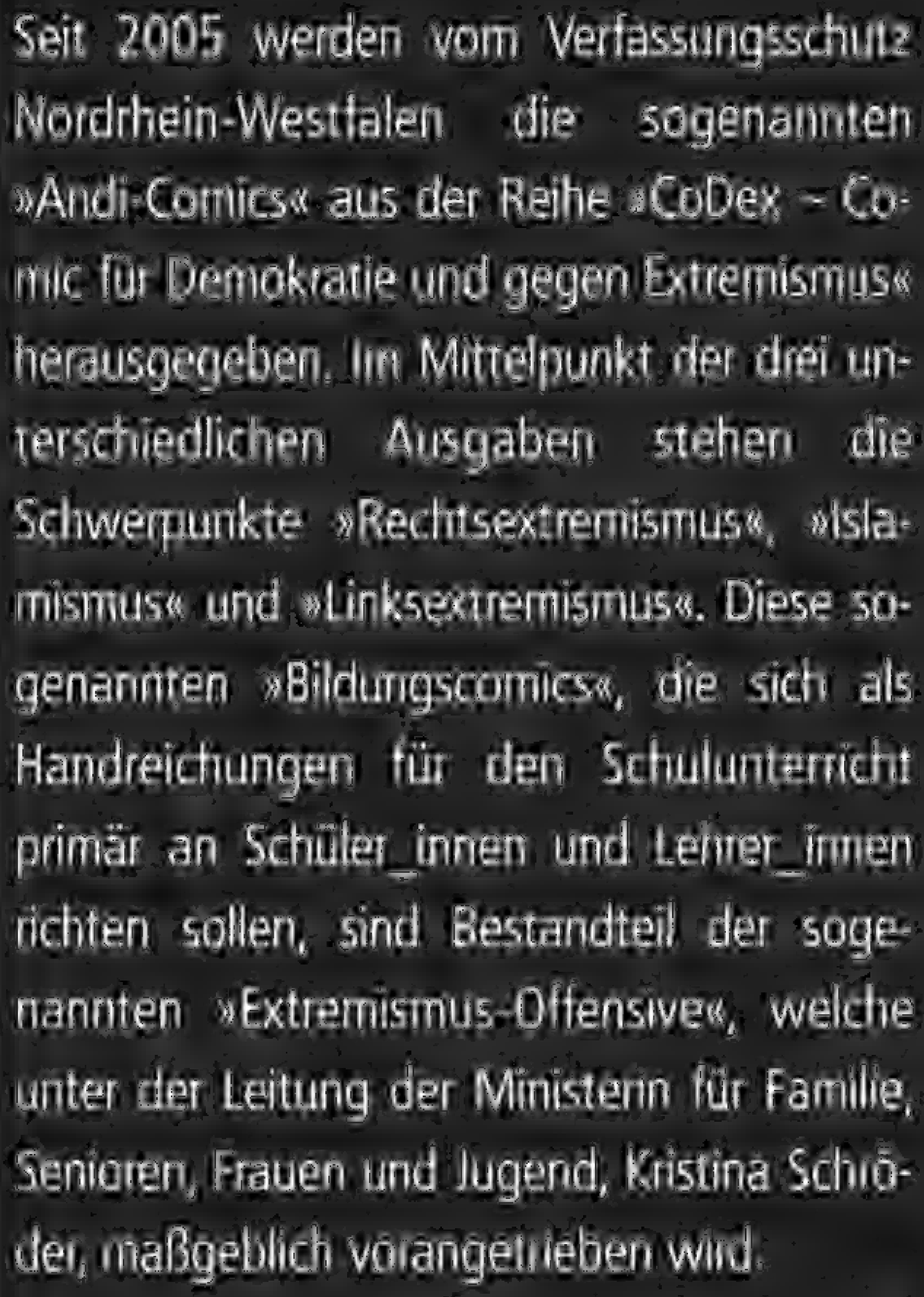


Patrick Gensing:
Terror von rechts. Die Nazi-Morde und das Versagen der Politik
Rotbuch, 2012
240 Seiten

Anhand des Buchcovers könnte man meinen, dass »Terror von rechts« einfach nur eines der zahlreichen NSU-Bücher ist, die derzeit reihenweise in den Ladenregalen stehen. Doch das Porträtfoto von Rechtsterroristin Beate Zschäpe täuscht. Patrick Gensing gelingt auf knapp 230 Seiten das, was vielen NSU-Büchern fehlt: er beschreibt nicht zum zehnten Mal, wann Zschäpe welche Katze zum Tierarzt gebracht hat, sondern nimmt die brutale Mordserie des NSU zum Anlass, Rassismus und Neonazismus als gesamtgesellschaftliches Problem zu beleuchten. Durch seine langjährige Arbeit für Tagesschau.de und Publikative.org (früher NPD-Blog) kann Gensing auf einen reichhaltigen Fundus an kleinen und großen Hintergrundgeschichten zum Thema zurückgreifen. Trotzdem ist »Terror von rechts« keineswegs eine bloße Aneinanderreihung der Blogeinträge von Publikative.org. Auch zahlreiche Gespräche mit Politiker_innen, Szenekenner_innen und Journalist_innen fließen in die Texte ein. Das tut dem Buch gut. Anhand vieler konkreter Beispiele zählt Gensing auf, wo Politik und Sicherheitsbehörden im Kampf gegen rechts versagen und vertuschen. Aber auch die Zivilgesellschaft nimmt er in die Pflicht. »Die Parteien sind nur so gut wie die Menschen, die sich dort engagieren, und die Streitkultur ist nur so wertvoll wie die Beiträge der einzelnen Bürger«, bilanziert er. Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, fehlende Demokratieteilhabe und die Besonderheit der extrem rechten Szene in Ostdeutschland vom Mauerfall bis heute werden in keinem anderen NSU-Buch so dezidiert analysiert. ■



Arbeitskreis Extremismusbegriff:
Schulverweis für Andi!
Warum der Verfassungsschutz mit seiner Bildungsarbeit gegen Extremismus scheitert
UNRAST-Verlag, Münster, 2012
119 Seiten



Philippe Greif

Seit 2005 werden vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die sogenannten »Andi-Comics« aus der Reihe »CoDex – Comic für Demokratie und gegen Extremismus« herausgegeben. Im Mittelpunkt der drei unterschiedlichen Ausgaben stehen die Schwerpunkte »Rechtsextremismus«, »Islamismus« und »Linksextremismus«. Diese sogenannten »Bildungscomics«, die sich als Handreichungen für den Schulunterricht primär an Schüler_innen und Lehrer_innen richten sollen, sind Bestandteil der sogenannten »Extremismus-Offensive«, welche unter der Leitung der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, maßgeblich vorangetrieben wird.
Die »Extremismus-Offensive« zeichnet sich durch den krampfhaften Versuch aus, entlang der sogenannten »Extremismustheorie« »Rechtsextremismus« mit »Linksextremismus« weitgehend gleichzusetzen. Ein politisch wie wissenschaftlich umstrittenes Projekt, was an Absurdität kaum zu überbieten ist. Eindeutige und mehrfach belegte, weit verbreitete, fremdenfeindliche, antisemitische und demokratiegefährdende Einstellungen in der sogenannten »Mitte der Gesellschaft« werden dabei durchweg vernachlässigt und fatalerweise relativiert.
Das Buch »Schulverweis für Andi« bietet eine gut verständliche, vielseitige und profunde Analyse des Diskurses zum Extremismusbegriff. Dabei werden nicht nur die »Andi-Comics« selbst analysiert. Im Buch wird herausgearbeitet, dass sich der Verfassungsschutz zunehmend und auf offensive Weise in den Bereich der politischen Bildungsarbeit hineindrängt. Dabei handelt es sich nicht nur in juristischer Hinsicht um einen handfesten Skandal. Diese offensive und selbstermächtigende Ausweitung der Befugnisse eines Geheimdienstes, wohlgemerkt einem institutionellen Bestandteil der exekutiven Staatsgewalt, zeugt darüber hinaus von einer bedenklichen demokratiegefährdenden Tendenz.
Den Autor_innen des AK Extremismusbegriff gelingt nicht nur eine überzeugende Zusammenführung von comic-theoretischen, juristischen und politikwissenschaftlichen Perspektiven auf den »Extremismus-Diskurs«, das Buch »Schulverweis für Andi« stellt darüber hinaus ein gelungenes Beispiel für ein notwendiges und wissenschaftlich reflektiertes antifaschistisches Engagement in der politischen Bildungsarbeit dar, welches das »Linksextremismus«-Verständnis von Verfassungsschutz, Schröder und Co. ins öffentliche Abseits stellt. ■

Philippe Greif (Dipl. Pol.) arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Philipps-Universität Marburg.

Zum Weiterlesen:
Palandt, Ralf (2011): Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Comics; Verlag Archiv der Jugendkulturen, Berlin; 400 Seiten.

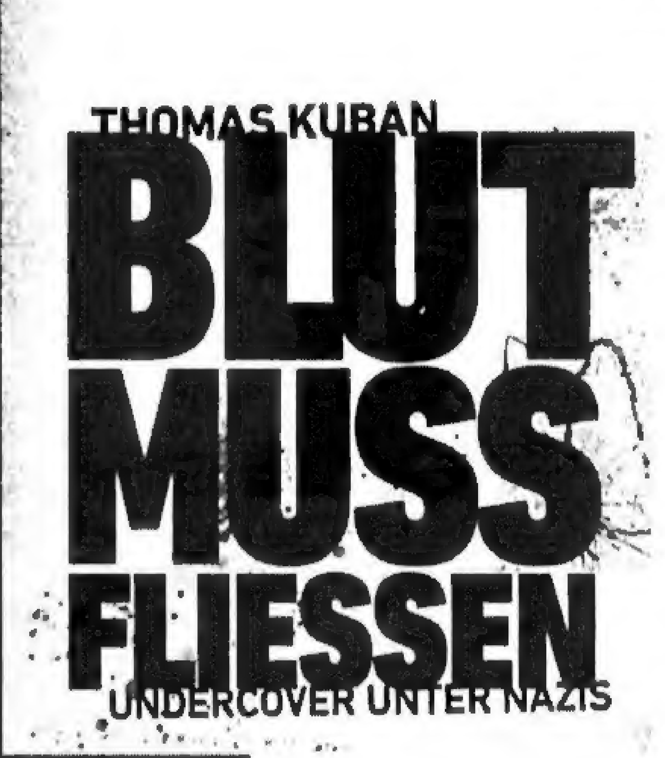
STADT DER VIELFALT?
Rassismus, soziale Ausgrenzung und Nazigewalt in Erfurt

Arbeitsgruppe Vielfalt beim Bildungskollektiv Biko:
Stadt der Vielfalt? Rassismus, soziale Ausgrenzung und Nazigewalt in Erfurt
edition assemblage – Reihe Antifaschistische Politik [RAP], Münster, 2013

Im Jahr 2009 wurde Erfurt von der Bundesregierung die Auszeichnung zur »Stadt der Vielfalt« verliehen. Dass dieser Titel vielmehr ein schmückendes Beiwerk der auf Tourismus schielenden thüringischen Landeshauptstadt, denn gesellschaftliche Realität darstellt, wird hier anschaulich verdeutlicht.
Die auf Interviews von neonazistischer und rassistischer Gewalt Betroffener, Hintergrundberichten zivilgesellschaftlich und unabhängig antifaschistisch engagierter Gruppen sowie Analysen zur Situation in Erfurt aufbauende Broschüre, zeichnet das Bild einer Stadt, die tatsächlich ein hohes Maß an »Vielfältigkeit« zu bieten hat. Doch »vielfältig sind in Erfurt nur die Neonazis.« Wobei die Broschüre, und dies ist eine ihrer Stärken, nicht nur neonazistische Aktivitäten und Organisationsansätze zu beleuchten weiß, sondern alltäglichen Rassismus, Polizeigewalt und Repression sowie eine auf Konsum basierende Innenstadtverdrängung thematisiert.
Einleitend gibt die Broschüre Betroffenen von rassistischer Diskriminierung und neonazistischer Gewalt Raum ihre Alltagserfahrungen zu schildern. »Ich bin schwarz, bin keine Deutsche, keine Europäerin, also werde ich hier ohne Respekt behandelt. Das ist meine Perspektive: Ich bin nicht willkommen in Erfurt«, so das Fazit einer Interviewten. Diese Einschätzung beruht nicht alleine auf der Zunahme neonazistischer Angriffe in Erfurt, sondern vielmehr auf gemachte Erfahrungen mit der Polizei. Diese setzt nicht nur repressive Innenstadtverordnungen um (so ist es verboten, sich als Gruppe regelmäßig an den gleichen Orten zu treffen, um niemanden zu »stören«) sondern sie scheint in hohem Maße gegen linke, subkulturelle Menschen vorzugehen und zu Neonazis zum Teil fast freundschaftliche Beziehungen zu pflegen. Kein Wunder also, dass Polizeigewalt und -handeln ebenfalls einen großen Teil der Berichterstattung einnimmt. Angesichts dessen wirkt der (kurze) Beitrag der Beratungsstelle ezra zu »polizeilichem Fehlverhalten« im besten Falle naiv, schlechterdings verharmlosend, stellt damit aber auch eine Ausnahme dar.
Auch wenn eine Konsequenz aus der Auseinandersetzung mit diesen vielfältigen Problemlagen für linke Gruppen in Erfurt darin bestand, im Oktober 2012 eine Demonstration zu organisieren und auf diesem Wege eine öffentliche Debatte über die Verhältnisse anzuregen, scheint die Dokumentation des Aufrufs sowie diverser gehaltener Redebeiträge im Vergleich zum Rest der Publikation doch etwas arg raumeinnehmend.
Die hier zusammengestellten Texte sind aber nicht nur für Thüringer_innen von Interesse, sondern können als Beispiel für ähnliche Auseinandersetzungen in anderen Städten dienen, die (noch) nicht dokumentiert sind. ■

Thomas Kuban:
Blut muss fließen.
Undercover unter Nazis
Campus Verlag, 2012
317 Seiten, 19,99 EUR





»Blut muss fließen, knüppelhageldick, und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik«, gröhlt es aus den Kehlen der Neonazis. Szenen, die der Autor Thomas Kuban bei seiner knapp 15-jährigen Recherche in der neonazistischen Rechtsrockszene nur allzu oft erlebt hat. Rund 90 Undercover-Drehs mit versteckter Kamera, davon rund 50 Konzerte, liegen dieser zugrunde. Neben den ausführlichen Schilderungen seiner Konzertbesuche liefert Kuban auch einen umfassenden Einblick in die Vertriebsstrukturen von Labels, die extrem rechte Bands vertreiben. Kritik übt der Autor nicht nur an den Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden, die bei Rechtsrock-Konzerten gerne mal wegschauen bzw. erst gar nicht vor Ort sind, sondern auch an den Medien. Hier insbesondere an den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Beispielsweise der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR), in dessen Sendegebiet mehr als 40 der von Kuban gefilmten Konzerte lagen, kaufte kein einziges mal Material. Die gängigen Absagen der Redaktionen reichten von »zu speziell«, »Ich seh das Thema nicht« bis hin zu »Zu wenig Geld im Etat« oder auch »Kein Platz in der Sendung«. Die Verbitterung darüber ist nachvollziehbar. Umso interessanter ist in diesem Kontext die Frage, warum Kuban nie das Handtuch geworfen hat. Die Gefahr bei Drehs mit versteckter Kamera war enorm groß und die Honorare für verkauftes Material deckten nicht ansatzweise die Kosten für Kameraequipment, Mietwagen, Konzerttickets und Unterkünfte. Die weitgehende Ignoranz ebenfalls unbezahlter antifaschistischer Recherche und Öffentlichkeitsarbeit bleibt jedoch unverständlich. ■

Abonniert

das Antifaschistische Infoblatt



Impressum

Antifaschistisches Infoblatt
26. Jahrgang
Nummer 98 | 1.2013

Preis 3,50 Euro
Auslandspreis 4,50 Euro

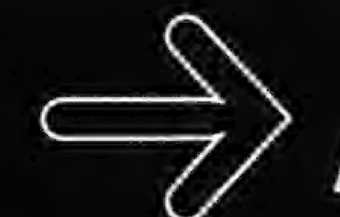
ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Infoblatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. Ulrike Müller (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin



Abokonditionen

Preise*

- für 5 Ausgaben im Abonnement 17,50 Euro
- für 10 Ausgaben im Abonnement 35,- Euro

Weiterverkauf

- ab 3 Exemplaren je 3,50 Euro
- ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
- ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

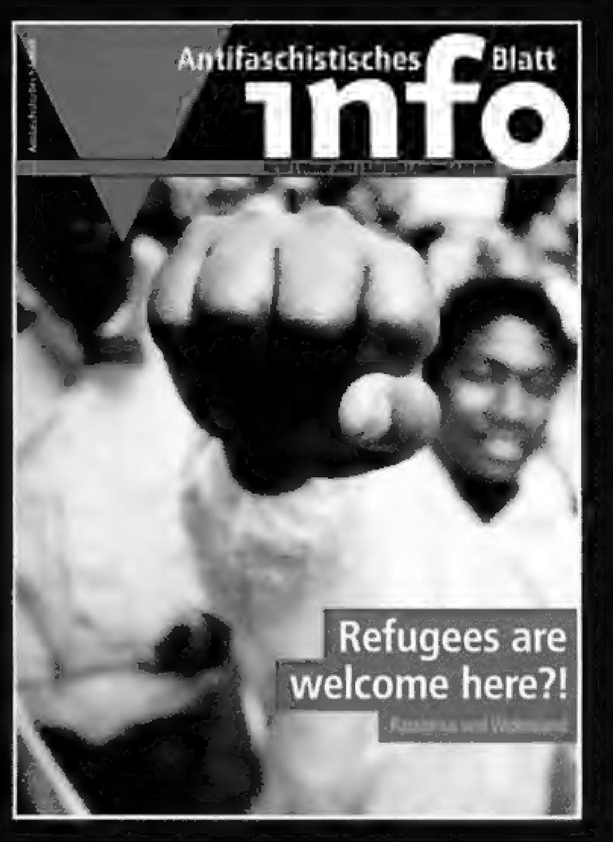
* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Zahlung per Überweisung oder per Einzugsermächtigung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 97
Refugees are welcome here? Rassismus und Widerstand; Das Netzwerk der Hammerskins; 20 Jahre Brandanschlag in Mölln



AIB 96
V-Leute und Aktenvernichter. Die Sicherheitsbehörden und der rechte Terrorismus; Interview mit Volker Beck; Eine Straße für Silvio Meier

Absender_in

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe [ ]
für 5 ○ 10 ○ Ausgaben (bitte ankreuzen)

Das Abonnement kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden. Es verlängert sich automatisch um 5 bzw. 10 Ausgaben, wenn es nicht schriftlich gekündigt wird.

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle [ ] Exemplare.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:


[ ]

Datum, Unterschrift

Empfänger_innen

Antifaschistisches Infoblatt (AIB)

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


DIE NEUE LIVE DVD, BLU-RAY
NOCHES COMO ESTAS
die TOTEN HOSEN
LIVE IN BUENOS AIRES
Die Doppel DVD/Blu-Ray zum Preis einer Einfach DVD/Blu-Ray
Inkl. Bonus BETRUNKEN IM DIENST: DIE WOHNZIMMER JUBILÄUMSTOUR
Konzertmitschnitte und Dokumentaraufnahmen von allen Stationen der Wohnzimmer-Tournee 2012!
JKP